

AfD beschäftigt den Bundestag - mit sich selbst

Wieder einmal hat die AfD die Tagesordnung des Bundestags maßgeblich beeinflusst. Diesmal aber nicht thematisch. Das Parlament beschäftigt sich am Freitag mit den provokanten Äußerungen der rechten Partei zur deutschen Erinnerungskultur.

23.02.2018

Provokationen der AfD zur deutschen Erinnerungskultur haben es am Freitag auf die Tagesordnung des Bundestags geschafft: In einer von den Grünen beantragten Aktuellen Stunde wurde im Berliner Reichstagsgebäude über „Demokratie und Erinnerungskultur angesichts rechtsextremistischer Angriffe“ debattiert. Das zwang auch die AfD zur Positionierung. Ein Redner sprach zwar von „Selbstkritik“, zeigte zugleich aber wenig Reue für Äußerungen der Vergangenheit.

„Einzelne Stimmen aus dem Gesamtkonzert der Partei haben in den roten Bereich hinein übersteuert“, sagte der AfD-Abgeordnete Marc Jongen. Es seien Dinge geäußert worden, die „im Ton unangemessen“ gewesen seien. Gleichzeitig betonte er aber auch, dass er sich keine „Moralpredigten über Hetze“ von Parteien anhöre, die es nicht für nötig befänden, „die von Deutschlandhass triefenden Tiraden eines Deniz Yücel in einer Silbe“ zu kritisieren. Erst wenn Yücel Aussagen als rassistische Hetze erklärt würden, wäre die AfD zu einer Diskussion bereit, sagte Jongen. Am Donnerstagabend hat der Bundestag mit einer klaren Mehrheit einen Antrag der AfD mit der Forderung zur Missbilligung von Äußerungen des Journalisten Yücel durchfallen lassen.

Die Debatte im Plenum verlief von Beginn an hitzig - und sorgte gleich beim ersten Redner, dem Grünen-Abgeordneten Konstantin von Notz, für eine Verwarnung in Richtung AfD. Bundestagsvizepräsident Wolfgang Kubicki (FDP) erteilte dem AfD-Abgeordneten Thomas Seitz einen Ordnungsruf. Die Abmahnung galt Kubickis Worten zufolge für die Aussage, dass es richtig sei, dass das Holocaust-Denkmal ein „Mahnmal der Schande“ sei.

Notz warf der AfD „Geschichtsrevisionismus in Reinform“ vor. Aus den Reihen der AfD hätten Abgeordnete kürzlich bei der Gedenkstunde für die Opfer des Nationalsozialismus einen Holocaust-Überlebenden Applaus verweigert. „Stattdessen faseln Sie von 'Schuld kult', von einer 'Erinnerungsdiktatur', von einem 'Denkmal der Schande'“, sagte Notz. Der AfD-Politiker Björn Höcke hatte im Zusammenhang mit dem Holocaust-Mahnmal in Berlin von einem „Denkmal der Schande“ gesprochen und eine „Wende“ in der Erinnerungskultur gefordert. In ihrem Wahlprogramm sprach die AfD von einer „Verengung“ der Erinnerungskultur auf die Zeit des Nationalsozialismus.

Die parlamentarische Geschäftsführerin der Grünen, Britta Haßelmann, sagte, dass das „völkische Gerede“ der AfD-Abgeordneten kein Zufall sei. Stattdessen verfolgten sie damit die Strategie, „das Sagbare immer weiter zu verschieben“. Die SPD-Abgeordnete Michelle Müntefering sagte, man müsse sich Nationalismen und vergifteten Debatten immer wieder neu entgegenstellen. Das gehe am besten durch eine aufgeklärte und gebildete junge Generation, die sich nicht von Rechten ködern ließe. Sie sprach sich zudem für Besuche Jugendlicher in Konzentrationslager-Gedenkstätten aus, die kein Zwang, sondern eine Selbstverständlichkeit sein sollten.

Marian Wendt (CDU) sagte, dass Geschichtsbewusstsein unentbehrlich sei. Er kritisierte die Forderung des baden-württembergischen AfD-Politikers Wolfgang Gedeon, die Verlegung von „Stolpersteinen“ zur Erinnerung an Ermordete der NS-Zeit zu beenden. Dafür müsse man sich schämen, sagte er. Äußerungen der AfD, wonach Zuwanderer Antisemitismus importierten, entgegnete Wendt, Erinnerungskultur sei ein andauernder Lernprozess. Das betreffe auch Zuwanderer. „Hier wird Antisemitismus nicht geduldet“, mahnte Wendt.

URL : <http://www.fr.de/politik/rechtsextremismus/afd-afd-beschaefigt-den-bundestag-mit-sich-selbst-a-1454792>

Weltklimakonferenz: Klimakanzlerin ohne Kleider

Von Alexandra Endres, Bonn

15. November 2017

1 Auf dem Bonner Gipfel bekräftigt Angela Merkel den deutschen Willen zum Klimaschutz. Doch in Berlin handelt sie nicht danach. Ihre Glaubwürdigkeit steht auf dem Spiel.

5 Angela Merkel hatte in Bonn einen Ruf zu verlieren, den Ruf der Klimakanzlerin. Im eigenen Land hat sie den längst nicht mehr. Auf den Klimagipfeln hingegen wird die deutsche Energiewende immer noch als Modell bewundert – obwohl die deutschen Emissionen steigen, anstatt zu sinken, und obwohl dadurch das Ziel, den Ausstoß bis Ende des Jahres 2020 um 40 Prozent im Vergleich zu 1990 zu senken, jeden Tag ein Stück weiter außer Reichweite gerät.

5 Das Ziel hat sich die Bundesregierung, schon damals unter Angela Merkel, vor zehn Jahren selbst gegeben. Trotz der Energiewende aber hat sich seither in Sachen Emissionen nicht sehr viel getan. Aktuelle Berechnungen des Bundesumweltministeriums zeigen sogar: Ändert sich nichts, wird Deutschland sein 2020er-Versprechen auf keinen Fall halten können. Das wissen auch viele Delegierte auf der Weltklimakonferenz.

15 Und nach 2020 wird es nicht einfacher: Bis zum Jahr 2050 müsste Deutschland seine Emissionen um 95 Prozent senken, nicht weniger. Das sagen auf dem Gipfel in Bonn nicht nur Klimaschützer, sondern auch Vertreter des Umweltministeriums – die immerhin Teil einer noch amtierenden Merkel-Regierung sind. Eine Reduzierung um 95 Prozent: Das kann nur gelingen, wenn Deutschland aus der Kohle aussteigt, und zwar möglichst schnell. Denn Investitionsentscheidungen, die heute getroffen werden, legen die Energieversorgung für die nächsten Jahrzehnte fest.

Wohlstand – aber bitte nur klimafreundlich

20 Niemand weiß das besser als die Kanzlerin. Nur wenn Investitionen klimafreundlich seien, "können wir unseren Wohlstand in Zukunft sichern", sagte sie in Bonn. Sie sprach über die anstehende Dekarbonisierung der Industriestaaten; sie bekräftigte, dass Deutschland zum Pariser Klimaabkommen stehe; und sie sagte, dass die bisher unter dem Abkommen registrierten nationalen Klimaziele nicht ausreichen würden, um das Pariser Versprechen zu erfüllen – die Erderwärmung deutlich unter zwei Grad zu halten. Die Arbeit fange also jetzt erst an.

25 Das sind wohlgesetzte und kluge Worte von Merkel. Doch sie zählen nicht, solange sie in Berlin folgenlos bleiben. Das 2020er-Ziel nannte Merkel "ehrgeizig". Sie sagte nicht einmal, dass sie es erfüllen wolle, sondern betonte ausdrücklich, dass "in den anstehenden Gesprächen" in Berlin auch andere Fragen "wie Arbeitsplätze und die Bezahlbarkeit von Energie" eine Rolle spielen würden.

30 Würden die – vermutlich – künftigen Koalitionsparteien das Pariser Klimaabkommen ernst nehmen, müssten sie quasi sofort den Kohleausstieg beschließen (und sich dann möglichst schnell um den Umbau des Verkehrs kümmern). Stattdessen hieß es von Merkel: "Das werden wir in den nächsten Tagen ganz präzise diskutieren müssen." Kein Wort also vom deutschen Kohleausstieg, dabei rennt den Sondierern die Zeit für präzise Diskussionen davon.

35 Unterdessen haben Klimaforscher ihre Prognosen korrigiert: Der Klimawandel schreitet schneller voran als gedacht – Hurrikane machen ganze Inseln unbewohnbar, wie zuletzt in der Karibik, der Meeresspiegel steigt, und die Schäden durch Extremwetterereignisse brechen neue Rekorde. Es bleibt immer weniger Zeit zu

handeln, gleichzeitig wird es aber auch immer teurer und schwieriger, je länger nicht gehandelt wird.

Kohleausstieg als Überlebensfrage

- 60 Vor zwei Jahren, auf dem Pariser Klimagipfel, gehörte Deutschland gemeinsam mit den Marshallinseln zu einer Koalition der Ehrgeizigen, die mit viel diplomatischem Einsatz in bewegenden Auftritten für ein ehrgeiziges Abkommen kämpfte. In Bonn wurde nun Hilda Heine, die Präsidentin der Marshallinseln, nach der deutschen Kohlepolitik gefragt. Sie sagte: "Wir beobachten nicht nur Deutschland, sondern alle Länder hier. Sie müssen die Kohle im Boden lassen, wenn wir überleben sollen."
- 45 Die Kanzlerin ihrerseits erklärte, der Klimawandel entscheide darüber, "ob Menschen in Zukunft, zum Beispiel auf den Pazifikinseln, leben können". In ihrer Rede hätte sie Konkreteres zur Frage sagen können, was die nächste deutsche Regierung unternehmen will, um die Klimakatastrophe aufzuhalten, die den Inseln droht. Merkel ist Naturwissenschaftlerin, sie kennt den Befund. International gilt sie noch als Klimakanzlerin. Wenn sie diesen Ruf behalten will, muss sie den wohlgesetzten Gipfelreden zu Hause aber auch Taten folgen lassen. Andernfalls riskiert sie ihre Glaubwürdigkeit – und steht irgendwann nackt da, wie der Kaiser im Märchen, den alle für seine prächtigen Kleider bewunderten, obwohl er doch gar keine trug.
- 50

Grüne pochen auf automatische Zahlung an arme Familien

Stand: 30.04.2018 von Sabine Menkens

Das Deutsche Kinderhilfswerk fordert von der künftigen Regierung mehr Unterstützung für Kinder aus sozial schwachen Familien. Fast drei Millionen Kinder sind in Deutschland von Armut betroffen.

Die Grünen verlangen, dass die Bundesregierung ihren Kampf gegen Kinderarmut deutlich verschärft. „Es darf nicht sein, dass Menschen, die arbeiten, durch ihre Kinder in Armut rutschen“, sagte die Grünen-Vorsitzende Annalena Baerbock. Zwei einfache Schritte, um die Situation von Kindern zu verbessern, seien die automatische Auszahlung des Kinderzuschlags und die Einführung eines kostenlosen Schulessens.

Zum Kinderzuschlag hatten die Grünen am Freitag einen Antrag in den Bundestag eingebracht. Demnach soll die Leistung, die armutsgefährdete Familien zusätzlich zum Kindergeld beantragen können, künftig automatisch ausgezahlt werden. Bislang nähmen 70 Prozent der Eltern, die Recht auf den Kinderzuschlag haben, diesen nicht in Anspruch, argumentiert die Partei. Grund: Die Antragsverfahren seien so kompliziert. Zudem müssten die Anspruchsvoraussetzungen reformiert werden. „Es muss verhindert werden, dass man sofort wieder in die Armut driftet, wenn man einen Euro dazuverdient. Und wir müssen dafür sorgen, dass der Kinderzuschlag existenzsichernd ist“, sagte Baerbock weiter. Der Antrag soll jetzt im Familienausschuss weiter beraten werden.

Unterstützung erhalten die Grünen dabei vom Deutschen Kinderhilfswerk. „Beim Kinderfreibetrag, von dem vor allem gut verdienende Eltern profitieren, prüft das Finanzamt von Amts wegen die Anspruchsberechtigung, beim Kinderzuschlag für gering verdienende Eltern werden diese vom Staat alleingelassen“, sagte Holger Hofmann, Bundesgeschäftsführer des Deutschen Kinderhilfswerkes. Wünschenswert sei eine automatische Auszahlung des Kinderzuschlags mit dem Kindergeld. Derzeit führten Beantragungsprozeduren, komplexe Anrechnungsregelungen und die Höchststeinkommensgrenze dazu, dass Eltern zwischen Ämtern hin- und hergeschoben würden. Auch ende der Bezug bei mehr Erwerbsarbeit abrupt, und der Familie stehe dann weniger Geld zur Verfügung, so Hofmann. Der Kinderzuschlag müsse deshalb grundlegend reformiert werden.

Dass es beim Thema Kinderzuschlag Verbesserungsbedarf gibt, hat auch die große Koalition erkannt. Die Beantragung müsse „entbürokratisiert und, wo möglich, mit anderen Leistungen zusammengelegt werden“, heißt es im Koalitionsvertrag von CDU, CSU und SPD. Außerdem soll er so weit erhöht werden, dass zusammen mit dem Kindergeld das „sächliche Existenzminimum“ eines Kindes in Höhe 399 Euro abgedeckt ist.

[...] Das aber reicht den Grünen noch nicht. Es sei „nicht erkennbar“, dass die Regierung das zentrale Problem des Kinderzuschlags angehen werde – dass nämlich die meisten armutsgefährdeten und anspruchsberechtigten Kinder und Eltern nicht erreicht würden. „Daraus ergibt sich für den Staat zwingend die Aufgabe, die Leistung so umzugestalten und zu vereinfachen, dass sie ihren Zweck auch erfüllt. Die Auszahlung des Kinderzuschlags

muss so einfach werden wie heute die Förderung von Spitzenverdienern über den Kinderfreibetrag“, argumentieren sie in ihrem Antrag.

„Kindern fehlt nicht nur ausreichendes Mittagessen“

Darüber hinaus pochen die Grünen darauf, das Schulessen für Kinder armer Familien kostenfrei anzubieten und den Eigenanteil in Höhe von einem Euro täglich für Familien zu streichen, die Anspruch auf Leistungen aus dem Bildungs- und Teilhabepaket haben. [...]

Zu viele Familien könnten den einen Euro fürs Schulessen nicht zahlen und scheiterten an den bürokratischen Hürden, so die Grünen-Vorsitzende. „Diesen Kindern fehlt dann nicht nur ein ausreichendes Mittagessen, sondern sie sind außen vor: Sie hängen in der Mittagspause alleine auf dem Schulhof rum, während die anderen sich munter in der Kantine satt essen. So erfahren Kinder von Anfang an: Du kannst nicht dabei sein.“ Als einer der reichsten Staaten der Welt dürfe Deutschland Kinderarmut nicht hinnehmen.

Tatsächlich ist die Zahl der Kinder, die in Hartz-IV-Familien leben, zuletzt stark angestiegen. Nach den jüngsten Statistiken der Bundesagentur für Arbeit ist inzwischen jedes siebte Kind auf Grundsicherung angewiesen. Vor fünf Jahren war es noch jedes achte. Insgesamt lebten im vergangenen Juni 2,052 Millionen Kinder und Jugendliche unter 18 Jahren in Familien, die wegen Jobverlusts oder zu geringen Lohns auf Hartz IV angewiesen waren. Einen wachsenden Anteil davon stellen demnach inzwischen Kinder und Jugendliche aus EU-Zuwanderer- und Flüchtlingsfamilien. In Familien ohne ausländischen Pass habe sich die Lage in den zurückliegenden Jahren verbessert.

URL : <https://www.welt.de/politik/deutschland/article175949652/Kinderzuschlag-Gruene-pochen-auf-automatische-Zahlung-an-arme-Familien.html>

Demonstration gegen Judenhas : „Fragste ma' da drüb'm“

25.04.2018 Von Oliver Noffke

Kippas soweit das Auge reicht: In Berlin setzen 2000 Menschen ein Zeichen gegen Antisemitismus und solidarisieren sich mit den dort lebenden Juden. Doch das kann erst der Anfang sein.

Wo bekommt man eigentlich eine Kippa her? Seit dem Wochenende war die Frage nach der traditionellen Kopfbedeckung männlicher Juden immer wieder unter Hauptstädtern zu hören. Der Aufruf, gemeinsam Kippa zu tragen, von Gideon Joffe, Vorsitzendem der Jüdischen Gemeinde zu Berlin, war allgegenwärtig. Er lief über die großen Medientafeln an den S-Bahnhöfen, sämtliche Lokalzeitungen hatten immer wieder berichtet. Aber woher man das kleine Stoffhütchen bekommen sollte, schien niemand zu wissen.

Selbst bei der Solidaritätsveranstaltung „Berlin trägt Kippa“ in der Fasanenstraße ist am Mittwochabend immer wieder diese Frage zu hören. „Fragste ma' da drüb'm“, ist meist die Antwort. Gemeindeglieder, Sport- und Jugendclubs verteilen welche. Viele haben ihre eigene mitgebracht. So wie der 39 Jahre alte Matthias Kundt, der im Bezirk Schöneberg lebt. „Ich war erst vor Kurzem in Israel“, sagt er. „Es hat mir sehr gut gefallen, und ich finde es außerdem absolut nicht in Ordnung, was da passiert ist im Prenzlauer Berg.“ Vor einer Woche hatte dort ein 19-Jähriger mit einem Gürtel auf einen jungen Israeli eingeschlagen, weil dieser eine Kippa trug. Diese hatte der Israeli angezogen, der sich in Interviews als arabisch und nicht gläubig bezeichnete, weil ein Freund aus Israel zu ihm gesagt hatte, dass man in Berlin nicht mit Kippa durch die Straßen laufen könne.

Wie viele andere im Publikum ist Kundt kein Jude. Über der Brusttasche seines Jacketts hat Kundt eine Nadel plaziert. Die deutsche und die israelische Flagge sind daran miteinander verschlungen. „Seien wir ehrlich, diese Anfeindungen gibt es nicht nur gegen Juden, die gibt es gegen alle möglichen Gruppen. Man muss aber sagen: Nein, wir machen da nicht mit.“

Angriff im Zentrum der Latte-Macchiato-Spießigkeit

Der Angriff auf den Kippaträger hat viele Berliner erschüttert. Nicht nur wegen des gnadenlosen Hasses in den Augen eines Teenagers. Bestürzend war vor allem, dass die Attacke nicht in einem „Problemkiez“ stattfand, sondern am geradezu idyllischen Helmholtzplatz im Prenzlauer Berg. Mitten im post-gentrifizierten Zentrum der Latte-Macchiato-Spießigkeit. Quasi „unter uns“, so der Tenor in den Kommentarspalten: Mitten am Tag.

Seine Gemeinde sei daraufhin mit Solidaritätsbekundungen geradezu überschüttet worden, sagt Joffe. „Dass wir heute hier sind, liegt an den Nicht-Juden.“ Mehr als 2000 Menschen sind seinem Aufruf gefolgt. Doppelt so viele wie erhofft. „Seit dem Zweiten Weltkrieg haben nie wieder so viele Menschen gemeinsam Kippa in Deutschland getragen, wie hier heute in Berlin“, ruft er ins Mikrofon. Auch Annette Widmann-Mauz, die Beauftragte der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration, will noch nie so viele Kippas gesehen haben. „Und ich war schon oft in Israel“, sagt sie.

Die 2000 Menschen, die am Abend Kippa tragen, erscheinen von hinten wie eine riesige Menge. Inmitten einer Großstadt, in der 3,6 Millionen Menschen leben, sind 2000 aber dann doch nur eine kleinere Gruppe, die jetzt von Journalisten und Sicherheitsbeamten durchpflügt wird. [...]

Politik mangelt es an konkreten Vorschlägen

[...] Es waren auch viele Vertreter von Organisationen und Parteien da. Der Regierende Bürgermeister Michael Müller von der SPD zum Beispiel. Er tut sich jedoch bei konkreten Vorschlägen zur Bekämpfung von Antisemitismus, etwa an Berliner Schulen, schwer, beschränkt sich darauf zu sagen, es müssen nun „konkrete“ Antworten gefunden werden. Der Grünen-Politiker Cem Özdemir und Volker Kauder, Fraktionsvorsitzender der Union im Bundestag, wiederholen im Sinn die Worte von Kanzlerin Angela Merkel, wonach Antisemitismus nicht plötzlich mit den Flüchtlingen ins Land gekommen sei, nehmen aber gleichzeitig die Muslime in die Pflicht. Rechtsanwältin Seyran Ates zieht unterdessen auf dem Podium eine Kippa auf. Seit sie mit anderen eine liberale Moschee in Berlin gegründet hat, steht sie selbst unter Polizeischutz.

[...] Wer wissen will, wie viel Verständnis der Deutsche durchschnittlich für jüdische Gläubige in Berlin aufbringen kann, der braucht sich nur für eine Stunde vor der Synagoge am Fraenkelufer in Berlin-Kreuzberg zu setzen. Es dauert nicht lange, bis die dort wachenden Polizisten einen Fahrradfahrer ohne Helm anhalten und ihm einen Strafzettel verpassen. Statt Einsicht zu zeigen, pöbeln die Radfahrer meist lieber die Gemeindemitglieder an. Schließlich stehe die Polizei ja alleine wegen denen hier.

Berlin ist eben auch, wenn jüdische Kinder wissen, dass der Polizist vor ihrem Kindergarten, ihrer Schule oder der Synagoge mit Vornamen Heinz heißt, fasst es Dalia Grindfeld von der Jüdischen Studierendenunion Deutschland am Ende der Veranstaltung zusammen. Nach ihrem Redebeitrag brechen die meisten auf. Bevor sie auf den Ku'damm abbiegen, ziehen viele ihre Kopfbedeckung wieder ab. Ein paar junge Israelis schießen noch Selfies von sich und ihren Kippas auf dem Einkaufsboulevard.

URL: <http://www.faz.net/aktuell/politik/inland/berlin-traegt-kippa-2000-menschen-demonstrieren-gegen-antisemitismus-15560731.html>

Intersexualität : Hallo, ich bin die dritte Option

Von Annett Heide

24. Januar 2018 *die Zeit*

1 Maxi Bauermeister wurde mit uneindeutigen Geschlechtsmerkmalen geboren und zu einem Mädchen zwangsoperiert. Jetzt lebt er mit der Freiheit, beides zu sein, Mann und Frau.

Anmerkung der Redaktion: In Absprache mit der Hauptperson dieser Geschichte verwenden wir aus erzählerischen und grammatikalischen Gründen das männliche Personalpronomen.

5 Du bist 18, als du dich zum ersten Mal in einen Jungen verliebst. Du willst mit ihm schlafen, aber du erfährst, dass dies nicht so einfach geht. Das, was du für deine Vagina hältst, sei nur zwei Zentimeter tief, sagen die Ärzte. Damit Geschlechtsverkehr möglich ist, müsstest du dich zunächst operieren lassen. Du lässt dich operieren. Mit dem Geschlechtsverkehr klappt es trotzdem nicht, dein Freund lässt dich sitzen.

10 Deine Eltern sagen nichts. [...] Das Schlimmste ist das Alleinsein. Das Gefühl, dass du ein Störfaktor bist, etwas, das nicht der Norm entspricht. Etwas, für das es keinen Platz gibt. Ein Monster.

Maxi Bauermeister, 33 Jahre alt, 1,64 Meter groß, gut 50 Kilo schwer, Landwirt, sitzt in einer großen Wohnküche in einem Bauernhaus in Brandenburg, als, und nun wird es schwierig – als er seine Geschichte erzählt? Als sie ihre Geschichte erzählt? Beides trifft nicht zu, Bauermeister ist weder Mann noch Frau, Personalpronomen mag Bauermeister nicht.

15 Im vergangenen November entschied das Bundesverfassungsgericht, dass bei standesamtlichen Einträgen neben "männlich" und "weiblich" ein dritter Geschlechtereintrag wie "anders" oder "divers" möglich sein muss, weil alles andere diskriminierend sei. [...] Es ist das erste Gesetz dieser Art in Europa. Zum ersten Mal wird nun offen über etwas gesprochen, was es schon seit der Antike gibt: die geschlechtliche Uneindeutigkeit. Hermaphroditos ist in der griechischen Mythologie die Figur, deren Körper sowohl männliche als auch weibliche Geschlechtsmerkmale aufweist. Nach Schätzungen von Selbsthilfeverbänden leben 160.000 solche Menschen in Deutschland, was kaum jemand ahnt, häufig nicht einmal die Betroffenen selbst.[...]

20 Maxi Bauermeister ist keine Person, die in den Vordergrund drängt. Im Gegenteil. Es war kompliziert, Bauermeister überhaupt zu finden, denn kaum eine intersexuelle Person in Deutschland möchte über sich sprechen, schon gar nicht unter richtigem Namen und mit einem Foto. [...] Dies sagt viel über den Grad an Ächtung, Hohn, Ablehnung und Unverständnis aus, dem Intersexuelle begegnen.

25 Bauermeister ist bereit zu reden, in der Hoffnung, durch den offenen Umgang mit der "dritten, eigenen Geschlechtlichkeit" aufzuklären, Verständnis zu wecken, "damit irgendwann die Ärzte Eltern bei der Geburt eines intersexuellen Kindes sagen: Das ist nicht schlimm, da muss man nichts machen. Es ist ein gesundes Kind. Freuen Sie sich!" Bei Bauermeister selbst war das ganz anders.

30 [...] Der abgelegene Gemeinschaftshof, auf dem Bauermeister Mitgesellschafter ist, betreibt ökologische Landwirtschaft mit Käse, Kräutern und Gemüse, was auf den Märkten im Umkreis verkauft wird. Bauermeister trägt einen weiten Pullover, Handwerkerhosen, eine Mütze. Tee steht auf dem Tisch. Die Stimme klingt hell, aber männlich, was an dem Testosteron liegt, das er seit einigen Jahren jeden Morgen schluckt wie andere Vitamintabletten.

35

Bauermeister tritt als Mann auf, kleidet sich so, auch wenn er durch Testosteron keinesfalls ein Mann werden will, sondern dem Körper etwas gibt, was er selbst nicht mehr produzieren kann, weil er keine Keimdrüsen mehr hat. Seither fühlt er sich viel besser, ausgeglichener, ruhiger.

40 Maximiliane Maria Bauermeister wurde im Oktober 1984 in Westberlin geboren. Die Schwangerschaft war kompliziert, das Baby wuchs nicht richtig, wegen unregelmäßiger Herztöne wurde es einen Monat vor dem errechneten Termin per Kaiserschnitt geholt. Sehr leicht, knapp vier Pfund schwer, ansonsten gesund. "Aber es war wohl klar, dass ich kein Junge und kein Mädchen war", erzählt Bauermeister, "mein Geschlechtsteil entsprach nicht der Norm." Wie sah es denn aus? "Ich weiß nicht viel darüber. Ich hatte eine Art Hautlappen, der nicht viel Ähnlichkeit mit einem Penis gehabt haben soll, und Hodenhochstand. Schamlippen gab es nicht. Mein Chromosomensatz war männlich."

45 Kurz vor Maxis zweitem Geburtstag begann die Umsetzung des Plans, ein Mädchen aus Maxi zu machen. [...] Es folgten weitere Operationen, wie viele, weiß Bauermeister nicht genau [...] Die Stimme, der Busen, die Psyche, alles sollte weiblicher werden. Denn von alleine passierte nichts. Mit den Hormontropfen wuchs der Busen. Der ist nun da, bis heute. Man könnte ihn nur wegschneiden. Dass sie ihre Tage nicht bekam, wurde nicht thematisiert.

50 Von klein auf hatte Maxi sich geweigert, Mädchenkleidung zu tragen. So lange sie denken kann, verhüllte sie sich in Kapuzenpullovern. Mit Puppen und Prinzessin zu spielen lehnte sie ab. Die Haare trug sie mal kurz, mal in Rastalocken. Dreimal wechselte sie die Schule. "Ich habe es nicht infrage gestellt, ein Mädchen zu sein, aber meine Theorie ist, dass ich gemerkt habe, dass etwas mit mir nicht stimmt." [...]

55 Es gab niemanden, mit dem Maxi über all das sprechen konnte.

Man kann sich nur schwer vorstellen, dass Eltern ihr Kind über seine eigene Identität im Dunkeln lassen. Und es mit all diesen Problemen alleine bleibt. Wie konnte die Mutter so lange ignorieren, dass ihr Kind unglücklich war, die Schule ständig wechselte, kaum Freunde hatte? "Wir können sie fragen. Mittlerweile ist sie auch der Meinung, dass die Operation ein Fehler war."

15 Minuten Ruhm

Karrieren *Nach dem Scheitern der Jamaikagespräche erlebt Frank-Walter Steinmeier die Sternstunde seiner Präsidentschaft. Muss er demnächst dafür büßen?*

Er ist gerade auf dem Weg durch die Erfurter Altstadt, hat die engen Geschäftsstraßen hinter sich gelassen und steuert auf die Mikwe zu, die mittelalterliche Ruine des jüdischen Tauchbads, wo er ein Grußwort an die Thüringer richten will. Er will eigentlich nur sagen, wie schön es hier ist, wie nett er empfangen wird, als ihm ein älterer Herr hinterherruft: „Herr Bundespräsident, machen Sie den Jungs Druck, dass wir endlich wieder eine Regierung haben!“

Steinmeier dreht sich um und sucht den Mann in der Menge. Was soll er jetzt sagen?

10 Seit vor drei Wochen die Sondierungen für eine Jamaikakoalition scheiterten, es also vorerst keine neue Regierung in Deutschland gibt, wird Steinmeier von einer ungewohnten Welle der Sympathie getragen. Kein Superlativ erscheint groß genug für ihn. Steinmeier ist jetzt: der mächtigste Deutsche. Der mächtigste Bundespräsident. Der Mann, der Deutschlands Demokratie retten muss. Oder der Mann, der Deutschland vor einem zweiten Weimar bewahrt.

15 Präsident Superman.

Er hat lange auf diesen Moment gewartet, auf die ungeteilte Begeisterung von Menschen, die ihn aus ihren Fenstern hängend, um Selfies bettelnd, als den mächtigsten Mann Deutschlands begrüßen wie einen König. Sie stehen Spalier¹, wenn er in Thüringen aus seinem Dienstwagen steigt, schenken ihm Plätzchen, sie klatschen ihn ab. Er bekommt sogar Szenenapplaus, wenn er ein ganz gewöhnliches Pressestatement abgibt. Wenn Steinmeier in diesen Tagen unterwegs ist, ist nichts mehr gewöhnlich. Es herrscht permanenter Ausnahmezustand.

20 Aber Steinmeier will sich nicht einfach hinwegtragen lassen von einer Stimmung, das ist nicht seine Art. Und er weiß, wie gefährlich das ist, die „15 minutes of fame“, die gefährlichen 15 Minuten Ruhm, die man am Ende teuer bezahlen muss. Er ist jetzt derjenige, auf dem alle Hoffnung liegt. Er soll für alles sorgen, vor allem für eine neue Regierung.

Er schaut den älteren Herrn an, der ihm hinterhergerufen hat.

„Und wenn sie da ist“, ruft Steinmeier und meint damit die Regierung, „dann schimpft ihr wieder.“

30 Vor wenigen Wochen war Steinmeier noch ein Präsident, für den sich kaum jemand interessierte. Nach mehr als sechs Monaten im Amt musste er immer noch um Aufmerksamkeit buhlen, und lange schien es, als könne er nicht aus dem Schatten seines Vorgängers Joachim Gauck heraustreten, der so viel besser reden kann. Nun aber ist er über Nacht der Mann der Stunde geworden. Alle bisherigen Urteile über Steinmeier haben sich ins Gegenteil verkehrt.

¹ Spalier stehen : faire une haie d'honneur

Was ihm vor ein paar Tagen noch als Langeweile ausgelegt wurde, gilt nun als Ausweis von
35 Verlässlichkeit. Besser konnte es für ihn gar nicht laufen.

Das heißt nicht, dass sich nicht alles genauso schnell wieder ändern könnte. Steinmeier hat den Hype um SPD-Chef Martin Schulz erlebt, er weiß, wie schnell es vorbei sein kann mit der Popularität. Heute wird er bejubelt wie der Kaiser von Deutschland, morgen ist er vielleicht wieder der Langweiler.

40 Es ist genau genommen nicht viel, was Steinmeier zu einem allseits gelobten Staatsoberhaupt gemacht hat. Er hat Parteichefs und die Fraktionsvorsitzenden nacheinander ins Schloss Bellevue eingeladen, um sie an ihre Verantwortung zu erinnern, an eine Selbstverständlichkeit also. Sie sollten sich darum bemühen, dass es in Deutschland bald eine neue Regierung gibt. Steinmeier hat befolgt, was die Verfassung von ihm als Staatsoberhaupt verlangt. Er hat, anders
45 gesagt, nur seine Pflicht getan, das allerdings unfallfrei, und dafür ist er nun ein Held. [...]

Um ein erfolgreicher Bundespräsident zu werden, braucht es manchmal gar nicht so viel. Manchmal reicht eine einzige gute Rede zur rechten Zeit, um als Bundespräsident in Erinnerung zu bleiben. [...]

Es ist nicht leicht, diesen Moment tatsächlich zu erwischen, es ist manchmal auch Zufall und
50 Glück mit dabei. Der Bundespräsident hat ein Amt ohne Macht, in dem es nicht zuletzt um Haltungsnoten geht, eine intakte Fassade, den richtigen Ton. Es geht darum, ein klares Profil zu finden, das passende Thema, das am Ende die Präsidentschaft definiert. [...]

Steinmeiers Thema ist nun gesetzt: die Große Koalition. Die nächste Bundesregierung wird, wenn sie denn ohne Neuwahlen zustande kommt, wie keine davor die des amtierenden Bundespräsidenten sein. Egal wie viel Anteil Steinmeier an der Regierungsbildung tatsächlich
55 hätte, es würde immer die Regierung sein, die er ins Amt gebracht hat.

Sollte es diese neue Regierung tatsächlich geben, wird man von Steinmeier sagen, dass er ihr Vater sei, dass er die Gespräche geführt habe, die sie erst möglich gemacht hätten. Er hat das
60 Machtwort gesprochen, das die SPD zum Umdenken bewegte. Nach dem Gespräch zwischen Steinmeier und Martin Schulz schloss die SPD eine Große Koalition nicht mehr aus.

Es ist die Geschichte, die Steinmeier als Bundespräsident groß gemacht hat, sie könnte zugleich sein Fluch werden. Jetzt, da alles wackelt, sogar die Kanzlerin, ist Steinmeier der Garant der Stabilität.

Morgen aber, wenn die Ödnis der Großen Koalition einsetzen sollte, würde er der Vater der
65 Stagnation sein. Als ihn in Mühlhausen einer der Mitreisenden bittet, ein Foto vor dem SPD-Café Freiraum zu machen, greift eine Mitarbeiterin ein: dort lieber kein Foto. Nicht zu viel Nähe zur Parteipolitik. Aber ist es dafür nicht viel zu spät?

(...) Steinmeier hat wirklich Politik gemacht, das unterscheidet ihn von seinem Vorgänger. Aber er will kein Politiker mehr sein. Für die Regierungsarbeit sind jetzt andere verantwortlich. Deshalb gibt er sich in Thüringen auch Mühe, den Eindruck zu zerstreuen, er sei ein
70 mächtiger Mann. [...]

Quelle: *Der Spiegel*, Nr. 50/2017, 09.12.2017, von Marc Hujer

Außenpolitik: Deutschland, fast startklar

Von wegen "mehr Verantwortung": Das angeblich mächtigste Land Europas braucht endlich eine strategische Debatte über seine Außenpolitik. Über militärische Fähigkeiten muss dabei auch geredet werden.

5 Sie hätte diesen Satz nicht sagen müssen. Sie hätte einfach darüber hinwegscheln können, und niemand hätte sich beschwert. Keiner der Verbündeten wäre enttäuscht darüber gewesen, dass Deutschland sich nicht am Militärschlag gegen Syrien beteiligt; es hätte auch keine öffentliche Debatte darüber gegeben, warum die Bundesregierung sich außenpolitisch mal wieder wegduckt. Dass die Mehrheit der Deutschen gegen Kriegseinsätze der Bundeswehr ist? Weiß man in London und Paris. Dass die Bundeswehrflugzeuge nicht immer fliegen und
10 die Gewehre der Soldaten nicht immer schießen können? Auch die Probleme mit der Ausrüstung kennt man schon.

Am Donnerstag vergangener Woche hätte Angela Merkel es bei diesen Worten belassen können: "Wir unterstützen, dass alles getan wird, um ein Zeichen zu setzen, dass der Einsatz von Chemiewaffen nicht akzeptabel ist." Aber dann sagte sie eben noch einen zweiten Satz.
15 Etwas, das weder mit ihrem Außenminister noch mit ihrer Verteidigungsministerin abgestimmt war und selbst für ihr engeres Umfeld überraschend kam: "Deutschland wird sich an einer eventuellen militärischen Aktion nicht beteiligen."

Obwohl die Bundeswehr dazu technisch in der Lage gewesen wäre. Obwohl Regierungsgutachten zudem bestätigten, dass auch der Parlamentsvorbehalt – der vor einem
20 Einsatz der Bundeswehr eine Abstimmung im Bundestag verlangt – kein Problem gewesen wäre.

Mit ihrem kategorischen Nein zur militärischen Hilfe in Syrien hat Merkel eine Debatte abgewürgt, die schon längst hätte begonnen werden müssen – und zwar von ihr selbst: Was genau ist eigentlich Deutschlands Rolle in der Welt?

25 Militärationen richtig finden, sie für notwendig halten, sie begrüßen – und andere sie dann ausführen lassen? Vier Jahre nachdem der Bundespräsident, der Außenminister und die Verteidigungsministerin unisono angekündigt haben, Deutschland werde künftig "mehr Verantwortung" in der Welt tragen, läuft das internationale Krisenmanagement der Bundesregierung immer noch nach dem Muster: Wenn es hart wird, sind wir nicht mehr
30 dabei. Dass die Bundeswehr etwas nicht kann oder das Grundgesetz etwas nicht erlaubt, dient oft als Begründung. Doch das Problem liegt tiefer.

Dem größten und wirtschaftlich stärksten Land Europas fehlt eine strategische Außen- und Sicherheitspolitik, in der eine gestärkte und funktionierende Bundeswehr ihren Platz findet. Weil es keine Strategie gibt, gibt es auch keine Debatten; weil es keine Debatten gibt, bleiben
35 die Deutschen bei ihrem historisch bedingten Vorbehalt gegen alles Militärische; und weil die Deutschen Militärschläge ablehnen, gibt es keine Strategie. Es ist ein Teufelskreis. Eine Chance, ihn aufzubrechen, hat die Kanzlerin gerade vertan.

In Deutschland kann politisch punkten, wer die Argumentationsmuster der Anti-Militärschlag-Front bedient: Es gebe kein UN-Mandat für einen Angriff auf syrische Ziele; es
40 drohe eine Eskalation mit Russland; es könne zivile Opfer geben; es lägen doch keine

eindeutigen Beweise vor, wer das Giftgas eingesetzt habe; die Amerikaner bombten stets zuerst und fragten dann erst nach dem Warum.

Jeder einzelne Punkt ist überlegenswert, doch es verwundert schon, wie wenig Gehör demgegenüber die Argumente finden, die für ein militärisches Vorgehen in Syrien sprechen:
45 Der Einsatz von Giftgas bricht das Völkerrecht; es gibt eine Schutzverpflichtung der internationalen Gemeinschaft gegenüber der Bevölkerung, die von der eigenen Regierung mit Fassbomben angegriffen wird; alle Indizien, Geheimdienstkenntnisse und früheren Vorfälle deuten auf Assads Armee als Verursacher des Giftgasangriffs hin. [...]

Nur wenig davon verfährt bei den Deutschen¹. Und dass die Militärschläge vom Wochenende
50 begrenzte, exakt ausgeführte Angriffe auf gut ausgewählte Ziele waren – ohne zivile Opfer –, ging komplett unter. Das ist das eine auffallende Verhaltensmuster, das weniger befremdliche.

Das andere besteht darin, dass Bilder vom qualvollen Tod durch Giftgas die Deutschen zwar schockieren. Aber nicht die Empörung darüber treibt sie auf die Straßen, sondern der Zorn auf jene westlichen Mächte, die militärische Konsequenzen daraus ziehen. Bei Giftgasangriffen
55 gegen Zivilisten werden die Achseln gezuckt, bei Militärschlägen gegen die Giftgasangreifer wird mobilisiert. Warum ist das so?

Laut einer Studie der Körber-Stiftung ist das Interesse der Deutschen an der Außenpolitik in den vergangenen Jahrzehnten zwar gewachsen, die Bereitschaft zu stärkerem internationalem Engagement aber gesunken. [...] Schussfolgerung der Studie: Mehr außenpolitisches
60 Engagement bedeutet für die Deutschen nur eines, die verstärkte Suche nach zivilen Lösungen. Alles Militärische bleibt verpönt.

Es ist noch nicht einmal ein Jahr her, da verkündete Merkel in einem Bierzelt in Bayern die Emanzipation von den USA. "Die Zeiten, in denen wir uns auf andere völlig verlassen konnten, die sind ein Stück vorbei", sagte sie. "Wir Europäer müssen unser Schicksal wirklich
65 in unsere eigene Hand nehmen." Für das Bekenntnis zu Europa bekam die Kanzlerin sehr viel Applaus. Nur folgte daraus eben nichts.

Und so ist es jetzt Emmanuel Macron, der die europäischen Interessen wahrnimmt, der mit dem US-Präsidenten auf Augenhöhe spricht und der als starke Stimme Europas gilt. Es habe in Paris "eine gewisse Ernüchterung" über Merkels kategorisches Nein zur Beteiligung am
70 Militärschlag gegen Syrien gegeben, heißt es in deutschen Regierungskreisen. Im Umfeld Macrons wünscht man sich offenbar, dass Merkel sich nicht länger hinter ihm versteckt.

Als Macron am Dienstag vor die Abgeordneten des Europäischen Parlaments in Straßburg trat, da sprach er am leidenschaftlichsten über Syrien: "Wir können nicht sagen, das Recht gilt für uns, aber nicht für die anderen, die draußen in der Realität leben!" Die "anderen", das
75 waren die syrischen Zivilisten, welche die Giftgasattacken von Assad erleiden mussten. "Nein", rief Macron laut, "und nochmals nein!"

Es war auch eine Botschaft an die Deutschen. [...]

Quelle: *www.zeit.de*, 19.04.2018, von Jochen Bittner, Marc Brost, Peter Dausend, Tina Hildebrandt und Michael Thumann

¹ Nur wenig davon verfährt bei den Deutschen : Ca ne convainc pas les Allemands.

Große Koalition: Schatten und Scharaden

Eigentlich wollen Union und SPD die Sondierung schnell erledigen. Doch wie kann das gelingen bei so vielen Problemen?

Es soll jetzt ganz schnell gehen. Schon bevor die Sondierungen zur großen Koalition am Sonntag offiziell beginnen, wird im Hintergrund verhandelt: Es geht um die Tagesordnung, die Größe der Arbeitsgruppen – und die ersten Inhalte. "Die SPD braucht einen Skalp", sagt ein hochrangiger CDU-Politiker. Was genau das sein könnte, auch darüber sprechen Parteichefs und Generalsekretäre von Union und SPD schon jetzt. Gleichzeitig hat man in den ersten Telefonaten des neuen Jahres absolutes Stillschweigen verabredet: Nichts soll an die Öffentlichkeit dringen, kein Verhandlungsstand und auch kein Ärger über die anderen. Zu schwierig ist der Weg in diese Koalition. Zu angeschlagen sind alle Verhandler.

Dies wird – wenn sie denn zustande kommt – eine andere Regierung werden als die letzte große Koalition unter Angela Merkel: 2013 schrammte die Union am Wahlabend knapp an der absoluten Mehrheit vorbei, die SPD dagegen war stehend k. o. Diesmal ist auch Merkel unter Druck. 2013 konnte die Union gegenüber den Sozialdemokraten großzügig sein. 2018 muss Merkel sehen, wie sie den eigenen Laden zusammenhält. Die SPD wiederum setzt auf Konfrontation: Es soll nicht wieder so laufen, dass die Genossen am Anfang die Ideen liefern und die Union am Ende im Kanzleramt bleibt. Doch das demonstrative Selbstbewusstsein, mit dem die SPD-Spitze auftreten will, kann die innere Zerrissenheit der Partei kaum kaschieren. Verhandlungstaktisch wollen die Sozialdemokraten in den Sondierungen alles fordern, was bei der Union erhebliche Schluckbeschwerden auslösen¹ dürfte: höhere Erbschaftsteuer, Anhebung des Spitzensteuersatzes, Bürgerversicherung, Milliardeninvestitionen in den sozialen Wohnungsbau, in die Schulen und in den weiteren Ausbau der Ganztagsbetreuung – Letzteres verbunden mit der Ansage, dass die CSU die versprochene Erhöhung des Kindergeldes knicken² kann. In der Union, davon ist man in der SPD überzeugt, wird das den internen Streit befeuern.

Bei den Jamaika-Gesprächen hieß es noch, die Sondierungen müssten mit sehr konkreten Ergebnissen und überaus umfangreichen Papieren enden. In der SPD-Spitze glaubt man nun, nicht mehr als zehn Punkte auf möglichst wenigen Seiten zu brauchen, um beim Parteitag am 21. Januar die Zustimmung zu offiziellen Koalitionsverhandlungen zu bekommen. Außerdem haben die Genossen durchgesetzt, dass in den Gesprächen nächste Woche jede Partei nur zwei bis drei Mitglieder in die Arbeitsgruppen entsendet.

All das kann freilich nicht überdecken, dass die SPD ein massives Führungsproblem hat. In der Parteispitze muss man lange suchen und findet dann immer noch keinen, der Martin Schulz zutraut, die SPD aus der Krise zu führen. Am meisten entsetzt über die strategischen Fehler ist der Mann, der Schulz ausgesucht hatte: Sigmar Gabriel. Und am meisten genervt von Gabriels Interviews und Einlassungen zur Lage der SPD ist Martin Schulz. Eine Männerfreundschaft zerbröseln in aller Öffentlichkeit – mit Konsequenzen für die Politik.

Denn in der nächsten großen Koalition – da sind sich alle Genossen einig – kommt der Person des Vizekanzlers enorme Bedeutung zu. Es soll eben keine Regierung *unter* Merkel, sondern eine *mit* Merkel sein. Und das bedeutet: Der Vizekanzler soll nicht nur die

¹ Schluckbeschwerden auslösen : rester à travers la gorge ; être dur à avaler

² knicken : ici : oublier, faire un trait sur qc.

Kabinettsitzung leiten dürfen, wenn Merkel in Urlaub ist. Er muss sich auch inhaltlich gegen die Kanzlerin stellen können. Deswegen, so sehen es einflussreiche Sozialdemokraten, müsse dieses Amt an den einzigen Minister im Kabinett fallen, der ein formales Vetorecht genießt: den Finanzminister. Die Frage ist nur: Wer könnte es machen? Sigmar Gabriel hat signalisiert, dass ihn der Job reizen würde. Dann könnte Martin Schulz, der erfahrene Europapolitiker, das Auswärtige Amt übernehmen. Allerdings dürfte ein Vizekanzler Gabriel in der SPD so wenig mehrheitsfähig sein wie der Vorschlag, Martin Schulz zum Finanzminister zu machen. Wie man es dreht und wendet: Der SPD erwächst aus jeder neuen Gelegenheit ein neues Problem.

Merkels Zeit läuft ab

Aber auch für Merkel ist das Zustandekommen der großen Koalition überlebenswichtig. Ganz unverblümt räumt man in ihrem Umfeld ein, dass die CDU der SPD in den Verhandlungen sehr, sehr weit entgegenkommen werde.

In Umfragen sprach sich jüngst eine Mehrheit dafür aus, dass Merkel in absehbarer Zeit abtritt, und auch in der CDU wünschen sich das immer mehr Leute. [...]

Sie wolle auch im Fall von Neuwahlen wieder antreten, hatte Merkel nach der Bundestagswahl schnell bekannt, um eine Personaldebatte abzuwürgen, bevor sie überhaupt entstehen konnte. Was machen wir, wenn Merkel wirklich wieder antritt? Das ist die vielleicht noch unangenehmere Frage, vor die sich die CDU gestellt sehen könnte, wenn die Verhandlungen um die Groko scheitern. Würde dann jemand zu Merkel gehen und ihr sagen: Danke, Angela, es reicht? Eher nicht.

Dass Gerhard Schröder 2004 den Parteivorsitz abgab und "nur" Kanzler blieb, hat Merkel immer für Schröders größten Fehler gehalten und für die Mitursache seines Sturzes. Doch seit sie das gesagt hat, haben sich ihre eigenen Spielräume drastisch verringert. Mit ein paar neuen frischen Gesichtern im Kabinett könnte die Kanzlerin dem Bedürfnis nach sichtbarer Erneuerung entgegenkommen. Inhaltlich müsste diese über die Partei erfolgen – und da käme vor allem eine infrage: Annegret Kramp-Karrenbauer. Sie ist mit 55 Jahren jung genug, um für eine Erneuerung zu stehen, hat Regierungserfahrung – und ist trotz großer Treue zu Merkel inhaltlich weniger festgelegt.

Merkel steht also im Grunde wieder vor der Frage, vor der sie zu Beginn ihrer Karriere stand: Wie viel Macht muss sie abgeben, um die Macht zu behalten? Damals überließ sie Edmund Stoiber beim berühmten Frühstück von Wolfratshausen die Kanzlerkandidatur. Sie wusste, dass ihre Zeit noch kommen würde. Doch spätestens seit der Wahl 2017 läuft auch Merkels Zeit ab.

Quelle: www.zeit.de / 3.1.2018 von Marc Brost, Tina Hildebrandt, Peter Dausend

Merkel und Macron Die zwei von der Baustelle

Der Ort, an dem sich Angela Merkel und Emmanuel Macron, der an diesem Montag in Washington von Amerikas Präsidenten Donald Trump empfangen wird, am Donnerstag trafen, war gut gewählt: eine Baustelle. Mitten in Berlin wird das Stadtschloss wieder aufgebaut, ein Riesenprojekt. Wenn es im nächsten Jahr fertig ist, zieht dort das Humboldt-Forum ein. Man kann dann besichtigen, was Alexander von Humboldt und andere von ihren Reisen in ferne Länder mitgebracht haben. Aber noch ist davon nichts zu sehen, es wird geschraubt und gehämmert, überall liegt Staub herum. So ähnlich ist es in den deutsch-französischen Beziehungen auch. Beide Seiten arbeiten mit Hochdruck an gemeinsamen Positionen für Europas Zukunft. Bis Ende Juni sollen die Fundamente stehen. Das Ziel ist ehrgeizig, denn während der langen Koalitionsverhandlungen mussten die Arbeiten ruhen.

Stadtschloss und Humboldt-Forum entstehen nach fertigen Plänen - für Europa gibt es die nicht. Die Regierungen in Paris und Berlin haben jeweils eigene Vorstellungen, und selbst wenn sie sich einig werden, sind da noch 27 andere Mitgliedstaaten. Zunächst müssen sich erst einmal die Koalitionspartner in Berlin einig werden, und das ist keineswegs mit dem Koalitionsvertrag erledigt, wie sich nun zeigt. Das Europa-Kapitel hatten die Parteivorsitzenden persönlich verhandelt: Merkel, Seehofer und Schulz. Für Schulz war das besonders wichtig, mehrere Passagen tragen seine Handschrift. Er wollte die SPD davon überzeugen, dass es doch nötig sei, in die ungeliebte große Koalition einzutreten: Europa retten, Macron helfen. Gleichzeitig musste er seine eigene Kehrtwende kaschieren. Denn als Jamaika gescheitert war, hatte Schulz seine Partei zunächst zu Neuwahlen gedrängt.

Daheim hat Macron große Erwartungen geweckt

Im Unionsteil der Bundesregierung herrscht nun Verwirrung darüber, was nach Schulz' Abgang eigentlich noch gilt. (...) Fühlt sich die SPD-Fraktion trotzdem noch an das Ergebnis gebunden? Oder überlässt sie das Feld ihrem Finanzminister Olaf Scholz, der eher in die Fußstapfen seines Vorgängers Schäuble tritt? Klar ist das noch nicht, auch Scholz hält sich ein Stück weit bedeckt. In der Bundesregierung heißt es deshalb, man sei nicht zu allen Themen sprechfähig.

Macron spürt das in den Verhandlungen, wenn es um mehr Mittel für Investitionen in der Eurozone geht. Mit diesem Thema hat er seinen Wahlkampf gegen Marine Le Pen bestritten, er hat deshalb daheim große Erwartungen geweckt. CDU und CSU sind bereit, mehr Geld für öffentliche Güter aufzuwenden. "Alles, was die Wettbewerbsfähigkeit in Europa stärkt, ist auch für uns gut: Investitionen in Bildung, Infrastruktur und die Förderung des Mittelstands zum Beispiel", sagt etwa Ralph Brinkhaus, der oberste Haushaltspolitiker der Fraktion. Gunther Krichbaum, einer der führenden Europapolitiker, würde gerne Großforschungsprojekte fördern, die sich kaum ein Staat allein leisten kann. (...)

Doch beide CDU-Politiker sind strikt gegen Finanztransfers, um die Unterschiede zwischen dem reichen Norden und dem ärmeren Süden zu verringern. "Wir wollen und können keinen Länderfinanzausgleich in Europa einführen", sagt Brinkhaus. Als die Fraktion Anfang der Woche drei Stunden lang über die Europapolitik debattierte, war das Konsens.

Für mehr Solidarität in der Währungsunion

40 Bei der SPD gibt es dagegen durchaus Abgeordnete, die sich mehr Umverteilung in Europa wünschen. Schulz umgarnte¹ sie einst mit dem Versprechen, er werde das "Spardiktat von Wolfgang Schäuble in Europa beenden". Macron selbst hat es in Berlin so formuliert: "Wir brauchen aber auch Solidarität in einer Währungsunion. Keine Währungsunion könnte überleben, wenn es nicht auch Konvergenzelemente gäbe." Konvergenz ist eine diplomatische Chiffre, die in Frankreich seit langem verwendet wird und Transferzahlungen meint. (...)

45 Die Union und auch die Kanzlerin sind zwar bereit, künftig mehr Geld in den EU-Haushalt zu zahlen, um einen Teil der Lücke zu füllen, die der Brexit reißt. Merkel ist auch dafür, Länder zu belohnen, die Strukturreformen durchziehen. Aber Transferzahlungen lehnt sie ab. (...)

An diesem Punkt stecken die Verhandlungen zwischen Berlin und Paris fest - nicht zum ersten Mal. Seit vielen Jahren prallen völlig unterschiedliche Erwartungen aufeinander. [...]

Beim Thema Migration herrscht Einigkeit

50 Erkennbar ist schon eine gemeinsame Position zur Migration. Berlin und Paris wollen die Außengrenzen besser sichern und zugleich die Lasten in der Gemeinschaft gerechter verteilen. Dafür gibt es sehr ausgefeilte Vorschläge, die intelligenter sind als die starre Quotenregelung aus dem Herbst 2015. Ob Ungarn und Polen sich einem Kompromiss anschließen, ist weiter ungewiss. Doch sind Merkel und Macron fest entschlossen, eine
55 Reform des Asylrechts notfalls mit Mehrheit durchzusetzen - die Verträge lassen das zu. Beide wollen in jedem Fall Städte und Kommunen, die Flüchtlinge aufnehmen, mit Geld aus dem EU-Haushalt fördern. Diese Mittel sollen aus Programmen umgeschichtet werden, von denen in den vergangenen Jahren die Osteuropäer stark profitiert haben.(...)

60 Beim Thema Handel stimmten sich Macron und Merkel schon am Donnerstag eng ab. Beide reisen kommende Woche nach Washington, Macron zu einem Staatsbesuch, Merkel am Freitag zu einem Arbeitsbesuch. Sie wollen den amerikanischen Präsidenten dazu bringen, dass er die Europäer dauerhaft von seinen Strafzöllen auf Stahl und Aluminium ausnimmt. Bisher sind sie nur bis zum 1. Mai ausgesetzt. Für Merkel geht es auch darum, dass die deutsche Autoindustrie verschont bleibt - Macron sorgt sich dagegen um die heimische
65 Landwirtschaft. Identisch sind ihre Interessen beileibe nicht. Doch dürfte beiden klar sein: Bestehen können sie nur, wenn sie sich in Washington nicht gegeneinander ausspielen lassen.

Quelle: *www.faz.net*, 23.04.2018, von Thomas Gutschker

¹ umgarnen:séduire

Analogistan

Vieles im Alltag lässt sich heute online erledigen, nur auf deutschen Ämtern geht es oft zu wie vor Jahrzehnten. Ein Insider berichtet, woran der digitale Fortschritt in den Behörden scheitert.

5 Die Voraussetzungen für das Projekt schienen ideal: Es gab den politischen Willen, einen Plan, einen werbetauglichen Namen und einen passenden Ort, um das Ganze vorzustellen: die Computermesse Cebit in Hannover.

10 Der hohe Gast aus der Politik präsentierte »BundOnline« als großes Versprechen: Statt mühsamer Behördengänge sollten die Bürger künftig ihre Lebensbürokratie online erledigen können, vom Antrag auf BaföG bis zur Zulassung ihres Autos. Niemand müsse sich mehr einen Tag Urlaub nehmen, um Wartemarken zu ziehen und auf Ämtern zu schmoren.

Das war im Frühjahr 2001, und der Bundeskanzler, der den Bürgern versprach, den Traum vom digitalen Staat zu erfüllen, hieß Gerhard Schröder. Schon auf der Expo einige Monate vorher hatte er gescherzt, bald würden »die Daten laufen, nicht die Bürger«.

15 Die damals geborenen Kinder sind inzwischen fast volljährig, sie leben mit Instagram und Snapchat. Vom Telefon bis zum Fernseher ist alles »smart« – bis auf den Staat. Es gibt Apps für alle Bedürfnisse und Lebenslagen, so gut wie jede Dienstleistung lässt sich vom Smartphone aus buchen, bestellen und bezahlen. Nur der Umgang mit Behörden gleicht oft einem Besuch in Analogistan.

20 Bis heute können Studenten ihr BaföG nicht problemlos flächendeckend online beantragen, und wer sein Auto anmelden will, muss dafür einen halben Tag einplanen – oder eine Servicefirma beauftragen, die aus der lästigen Bürokratie ein Geschäftsmodell gemacht hat.

25 Egal ob es um Wohngeld geht, um Geburtsurkunden oder den Antrag auf eine Grabstätte beim Friedhofsamt: Hierzulande gilt es in der Regel schon als fortschrittlich, Termine online buchen und Antragsformulare herunterladen zu können. Und anders als beim Onlineshopping kann man als frustrierter Bürger in der staatlichen Servicewüste nicht einfach mal eben den Anbieter wechseln.

30 »Wirksames E-Government ist hierzulande noch nicht erkennbar«, bilanzierte der im Kanzleramt angesiedelte Normenkontrollrat Ende vorigen Jahres bitter. Die EU-Kommission verortet Deutschland bei der Digitalisierung der Verwaltung nur noch auf Platz 20 ihrer Mitgliedstaaten, Nachbarn wie Dänemark und Österreich sind weit enteilt.

35 **Mit der neuen Regierung bricht wieder die Zeit der Versprechungen an.** Dorothee Bär, die frisch berufene Digital-Staatsministerin im Kanzleramt, nutzte ihren ersten öffentlichen Auftritt in Berlin, um Besserung zu geloben. Und ihr Vorgesetzter, Kanzleramtschef Helge Braun, nennt ein neues Datum: Noch in diesem Jahr soll ein Portal starten, über das die Bürger mit einer einzigen Kennung und wenigen Klicks wesentliche Dienste in Anspruch nehmen können. Bis 2022 solle alles, was online möglich sei, »digital erledigt werden können«, so Braun. Diesmal aber wirklich.

Auch die Kanzlerin erkennt mittlerweile eine gewisse Dringlichkeit: Sie war einige Male in Estland, dem digitalen Vorzeigestaat der EU. Seit die Esten Angela Merkel im Schnellverfahren zur E-Residentin gemacht haben, spricht sie von »einer Bringschuld« gegenüber den Bürgern: »Andere Regionen entwickeln sich deutlich schneller.«

Die Erkenntnis kommt spät. Dabei geht es nicht um irgendwelche Technikspielereien, sondern um das Verhältnis von Bürger und Staat: Neben Wahlen sind es vor allem die Erfahrungen mit Ämtern und Behörden, die das Staatsbild prägen. Eine effiziente und moderne Verwaltung ist auch ein wichtiger wirtschaftlicher Standortfaktor. Seit den preußischen Verwaltungsreformen galt Deutschland international als Vorbild, seine Verwaltung als Ausweis deutschen Organisationstalents. Und natürlich kann man sich fragen, wie glaubwürdig die Digitalpolitik einer Bundesregierung ist, die auf diesem Gebiet den Anschluss verloren hat. (...)

Die Nachbarn machen es Deutschland vor: In Österreich bekommt, wer die Geburt seines Kindes meldet, automatisch und ohne Antrag Kindergeld gezahlt. Dänemark hat schon vor Jahren begonnen, seine Register zu modernisieren und das »once only«-Prinzip einzuführen: Damit müssen die Bürger ihre Daten nicht mehr bei jedem Antrag komplett neu ausfüllen.

»In Deutschland fehlt bislang jede Digital Leadership«, sagt Martin Schallbruch. Der Diplom-Informatiker war der erste IT-Direktor des Bundes im Innenministerium, Otto Schily hatte die Position einst für ihn geschaffen. Er war unter vier Ministern an sämtlichen vergeblichen Versuchen beteiligt, Politik und Verwaltung in Deutschland digital voranzubringen. (...)

Vor allem den Behördenwirrwarr auf allen Ebenen macht er (...) als Grund für die digitale Misere aus: Für Kindergeld und Hartz IV ist der Bund zuständig, für Wohngeld, Umweltplaketten und Anwohnerparkausweise sind es die Kommunen, und dann gibt es ja noch Landkreise und Bundesländer.

Anfangs seien er und seine Kollegen noch »ziemlich naiv« gewesen und hätten geglaubt, eine flächendeckende Online-Autozulassung aus Berlin dekretieren zu können. Immerhin hätten sich die Bundeskanzlerin und sämtliche Ministerpräsidenten 2006 einstimmig darauf verständigt. Damals hieß das Projekt: »Deutschland – Online«. Das Problem: Die Verkehrsminister waren nicht eingebunden, fühlten sich übergangen und blockierten. (...)

»Die Widerstände und Reibungen werden bleiben«, fürchtet Schallbruch, trotz eines neuen Gesetzes, das dem Bund mehr Durchgriffsrechte einräumt. Nach fast 20 Jahren Arbeit für die Bundesregierung ist er überzeugt, dass es dem Staat nicht anders geht als allen Organisationen, die mit dem digitalen Strukturwandel kämpfen: Er muss sich grundsätzlich neu organisieren, wenn es digital vorangehen soll. Das Verhältnis von Bund, Ländern und Kommunen müsse man »komplett neu ordnen«, der Bund müsse zentrale IT-Systeme für Wohngeld, Elterngeld und Melderegister bereitstellen, alle Basisinformationen müssten in einheitlichen bundesweiten Registern gespeichert werden. Darauf könnten Länder und Gemeinden dann ihre jeweiligen Dienste aufbauen. (...)

Quelle : *Der Spiegel*, Nr. 17/2018, 21.04.2018, von Marcel Rosenbach

Vorsicht, Staatsfunk!

Wer von einer Gebühr abhängt, die wie eine Steuer erhoben wird, hat ganz schlechte Karten, wenn er auf Staatsferne pocht.

5 Vor drei Wochen stand in der „Berliner Morgenpost“ eine Geschichte über eine Frau, die vom ZDF erst eingeladen und dann wieder ausgeladen worden war. Es war eher eine Randnotiz, aber wenn man sich für Politik im öffentlichen-rechtlichen Rundfunk interessiert, durchaus bemerkenswert.

10 Astrid Passin, so heißt die Dame, ist die Sprecherin der Hinterbliebenen der Opfer des Terroranschlags am Berliner Breitscheidplatz. Ende Juli erhielt sie eine Anfrage vom ZDF, ob sie als Gast in die Sendung „Klartext, Frau Merkel!“ kommen wolle, um der Kanzlerin ein paar Fragen zu stellen. Man sei durch einen Auftritt bei SPIEGEL TV auf sie aufmerksam geworden. Wenn man nach einem Anschlag das Gefühl habe, „von Politik und Behörden alleingelassen zu werden, wird das Leid wohl noch viel größer“, stand in dem Schreiben des Senders.

15 Frau Passin sagte zu, es gab auch einen Vertrag. Aber wenige Stunden vor Aufzeichnung der Sendung erhielt sie einen Anruf der Redaktion, sie solle doch nicht kommen. Es hätte nach der zwei Tage zuvor ausgestrahlten Sendung „Klartext, Herr Schulz!“ Probleme gegeben, hieß es zur Begründung. Einige Gäste seien anschließend in sozialen Netzwerken attackiert worden, das wolle man ihr ersparen.

20 **Das ZDF schwört tausend Eide**, dass niemand aus dem Kanzleramt Einfluss genommen habe. Auch bei der CDU weist man jeden Verdacht, man habe Merkel vor unangenehmen Fragen schützen wollen, zurück. Man mag es mir nachsehen, aber als ich die Geschichte las, glaubte ich eher Frau Passin, die hinter der Ausladung die Rücksichtnahme auf die Empfindlichkeiten der Kanzlerin vermutete.

25 Auf kaum etwas reagiert man bei ARD und ZDF so empfindlich wie auf den Vorwurf, Staatsfunk zu sein. Staatsfunk ist zugegebenermaßen ein hässliches Wort. Es klingt nach direkter Einflussnahme und Gängelung¹ von oben. So läuft das auch nicht. Es gibt niemanden, der den Senderchefs sagt, wie sie über Politik zu berichten hätten. Das brauchen sie in den Parteizentralen gar nicht zu tun. In der Welt des Fernsehens weiß man auch so, wo die Grenzen liegen.

30 Man muss sich nur die Zusammensetzung der Kontrollorgane ansehen, um einen Eindruck von der Staatsferne des öffentlich-rechtlichen Rundfunks zu bekommen. Bei den Sendern wird gern darauf verwiesen, dass nur ein Drittel der Rundfunk- und Fernsehräte von den Parteien gestellt werde. Aber das ist ein Taschenspielertrick. Auch die Funktionäre des Lottos, der Bauernverbände oder der Gemeindetage sind selbstverständlich über ihr Parteibuch ins Amt gekommen, wie Jürgen Kaube neulich in der „FAZ“ sehr schön ausgeführt hat. In Wahrheit gibt es in dieser Welt weit und breit kaum jemanden, der nicht der „roten“ oder der 35 „schwarzen“ Seite zuzurechnen wäre.

¹ die Gängelung :l'ingérence

Spätestens wenn es ums Geld geht, zeigt sich, wer Herr im Hause ist. Es ist schwer, Leuten den Marsch zu blasen, die darüber befinden, wie und in welcher Form der eigene Arbeitsplatz erhalten bleibt. Wer fast vollständig von einer Gebühr abhängt, die wie eine Steuer erhoben wird, hat einen ganz schlechten Stand, wenn er plötzlich auf Staatsferne pocht.

↳ Dass die Politik die Sender als ihr Reich betrachtet, zeigt die Diskussion über die Frage, ob im Fernsehen zu viel über die AfD geredet wurde. Wenn sich Union und SPD in der Wahlanalyse bei einer Sache einig sind, dann ist es der Befund, dass das Fernsehen am Aufstieg der Konkurrenz schuld sei. Aus der Klage spricht die Empörung über die Anmaßung von Redaktionen, selbst zu entscheiden, wen man für wichtig hält und was die relevanten Fragen sein
↳ könnten.

↳ Es gibt viele exzellente Journalisten beim öffentlich-rechtlichen Rundfunk, die unter dem Klima der Ängstlichkeit noch mehr leiden als der Zuschauer. Aber gegen das System der Rücksichtnahme kommt auch der furchtloseste Redakteur nicht an. Die Einzigen, die sich als relativ immun erwiesen haben, sind die großen Talkshows, daher stehen sie im Augenblick auch so im Feuer.

↳ Es lässt sich viel gegen die Fixierung auf die Quote sagen, aber hier erweist sie sich als Segen. Langweiler haben keine Chance, das ist die unerbittliche Wahrheit dieses Formats. Ein Peter Tauber mag in der CDU ein großer Hecht² sein. Bei „Anne Will“ oder „Maischberger“³ ist er allenfalls ein Lückenfüller. Wer Tauber einlädt, kann dabei zusehen, wie die Quote fällt, wenn er zu reden anfängt.

↳ **Immer wieder keimt die Hoffnung**, dass sich das System unter dem Druck der Öffentlichkeit reformiert. Ich fürchte, es ist unzerstörbar. Wenn die letzte freie Zeitung ihren Geist aufgegeben hat, weil die Öffentlich-Rechtlichen auch den abgeschiedensten Winkel im Internet besetzt haben, wird es die Rundfunkräte immer noch geben. Der unausgesprochene Deal geht
↳ so: Die Politik sichert die Finanzierung, dafür haben ihre Vertreter freien Zugang zum Programm. Solange sich die Sender daran halten, müssen sie keine Angst um die Zukunft haben.

Quelle : *Der Spiegel*, 41/2017 (07.10.2017), von Jan Fleischhauer

² der Hecht : la vedette

³ « Anne Will » et « Maischberger » sont des shows télévisés à dimension politique diffusés sur ARD.

Merkels Regierungserklärung : Land gespalten, Union gespalten

Die erste Regierungserklärung beginnt mit einer Überraschung: Kanzlerin Merkel spricht über eigene Fehler und die Spaltung des Landes. Im Bundestag zeigt sich allerdings: Der Riss geht auch durch die Union.

Die Bundeskanzlerin ist einige Minuten früher da an diesem Mittwochmittag. Angela Merkel schlendert im pinkfarbenen Blazer in den Plenarsaal. Es läuft noch die Regierungsbefragung, deshalb verzieht sich die Kanzlerin erst mal auf einen der hinteren Plätze der Regierungsbank. Aber eigentlich will sie keine Zeit mehr verlieren. Aus Merkels Sicht hat die Regierungsbildung viel zu lange gedauert, die vergangenen Monate waren für das ganze Land quälend. Jetzt, eine Woche nach der Vereidigung des neuen Kabinetts von Union und SPD, wird Merkel dem Parlament die Grundlinien ihrer künftigen Politik darlegen. Um 13.02 Uhr darf die CDU-Chefin endlich ans Rednerpult, um ihre erste Regierungserklärung abzugeben.

Merkels stärkster Moment

Den hat sie gleich zu Beginn ihrer Rede. Anders als es sonst oft ihre Art ist, beginnt Merkel ohne Schwurbeleien¹ und spricht direkt an, worum es im Kern geht: Sie regiert jetzt ein gespaltenes Land. "Schon allein diese schwierigen Umstände deuten darauf hin, dass sich in diesem Land etwas verändert hat", sagt sie mit Blick auf die 171 Tage, die es nach der Bundestagswahl bis zur Bildung einer Regierung gedauert hat. Viele Menschen würden sich Sorgen machen in Deutschland - und das, obwohl es dem Land so gut gehe wie lange nicht. Und dann taucht ein paar Sätze später auch direkt das Schlüsselwort für diese Analyse auf: Flüchtlinge.

Im ersten Teil dieser knapp einstündigen Rede analysiert Merkel, was in Teilen schiefgelaufen ist, was sie falsch gemacht hat: die Einschätzung des Ausmaßes der Flüchtlingskrise, die zu späte Reaktion. Die Aufnahme von allein knapp einer Million Flüchtlinge im Jahr 2015 verteidigt Merkel weiterhin aus humanitären Gründen - konstatiert aber eben auch die Verwerfungen, die daraus entstanden sind. Merkels Botschaft ergibt sich aus ihrer Analyse der Spaltung: Sie will mit ihrer Regierung genau diese Zerrissenheit der Gesellschaft wieder heilen.

Die Flüchtlingskanzlerin

Merkel räumt zwar Fehler in der Flüchtlingspolitik ein, kündigt Konsequenzen an und verspricht, dass die hohe Zahl der Aufgenommen eine Ausnahme bleiben wird - aber im Kern bleibt sie dabei, dass es richtig war, aus humanitären Gründen vor allem 2015 so viele Flüchtlinge aufzunehmen. Auch den Satz "Wir schaffen das" verteidigt Merkel. Und sie beendet ihre Rede mit einem Satz, der den Gegnern ihrer Flüchtlingspolitik und ihres integrativen Gesellschaftsansatzes auch nicht schmecken dürfte: "Deutschland - das sind wir alle."

¹ ohne Schwurbeleien : ici : sans détour

Größte Überraschung

Nicht nur das Land ist gespalten, sondern auch die Union. Das wird bei Merkels Rede beispielsweise deutlich, als sie ihre Überzeugung wiederholt, wonach der Islam zu Deutschland gehöre - und damit erneut CSU-Chef Horst Seehofer, inzwischen Bundesinnenminister und auf der Kabinettsbank zwei Plätze neben Merkel sitzend - widerspricht, der dies kürzlich verneint hatte. Bei einem Teil der Unionsabgeordneten, angefangen bei CSU-Landesgruppenchef Alexander Dobrindt in der ersten Reihe, rührt sich da keine Hand. Dobrindt wird später am Rednerpult die CSU-Sicht wiederholen, wonach der Islam nicht zu Deutschland gehöre. Aber auch CDU-Abgeordnete verweigern ihrer Parteichefin an dieser Stelle den Beifall, genau wie bei Passagen zur Flüchtlingspolitik. Der sächsische Christdemokrat Arnold Vaatz spendet Merkel nicht einmal am Ende ihrer Rede Beifall. Weil der Schlussapplaus aus ihrer Fraktion zunächst insgesamt eher verhalten ist, kommen aus den Reihen der AfD-Fraktion hämische Anfeuerungsrufe, die schließlich dazu führen, dass sich eine Reihe von Unionsabgeordneten erhebt und stehend klatscht.

Weiter-so-Faktor

Auch wenn Merkel ausdrücklich dem Vorwurf der Weiter-so-Politik widerspricht - nach dem überraschenden ersten Teil ihrer Rede verfällt die Kanzlerin rhetorisch jedenfalls komplett in alte Muster: Ziemlich leidenschaftslos reiht sie Thema für Thema des 177-seitigen Koalitionsvertrags aneinander und arbeitet so die Ziele ihrer Regierung ab. Ungewöhnlich klar dagegen die Kritik Richtung Türkei wegen der Rolle in Syrien, aktuell vor allem in Afrin. Und auch an die Adresse Russlands erhebt sie Vorwürfe, wegen des Syrien-Kriegs und im Fall Skripal.

Antwort der Opposition

Zum ersten Mal dürfen die Vorsitzenden der AfD-Fraktion an diesem Tag auf die Kanzlerin antworten - dieses Recht steht ihnen als größter Oppositionsfraktion im Bundestag zu. Alexander Gauland, der seine Redezeit mit der seiner Ko-Vorsitzenden Alice Weidel geteilt hat, beginnt mit einem vergifteten Lob an Merkel: Die Kanzlerin hätte in ihrer Rede "das erste Mal wieder von Deutschen gesprochen", behauptet er. "Das ist der Erfolg der AfD." Ansonsten die üblichen Vorwürfe gegen Merkel: Sie habe das Land gespalten, mit ihrer Flüchtlingspolitik Recht gebrochen und die Interessen der Deutschen ignoriert.

Und die SPD?

Die SPD hat es nicht leicht, wenn Merkel ihre Regierungserklärung hält - das war schon in den vergangenen Jahren so: Man will ein bisschen Distanz zeigen, aber zu viel darf es gegenüber der eigenen Kanzlerin natürlich auch nicht sein. Also klatschen die SPD-Abgeordneten hier und da ein bisschen. Als Fraktionschefin Andrea Nahles dann am Rednerpult steht, spricht sie vor allem von den sozialdemokratischen Ministern und deren Aufgaben, stichelt ein bisschen gegen CDU-Gesundheitsminister Jens Spahn. Und Nahles redet von der Rolle des Parlaments, das sie stärken will. Heißt: Merkel und dem Rest der Union auch mal widersprechen. Aber da ist, gemessen an diesem Tag, noch Luft nach oben.

Quelle : www.spiegel.de / 21.3.2018 von Florian Gathmann

Er, sie, sir? Das dritte Geschlecht und die Auswirkungen auf den Sprachgebrauch

Mann und Frau - und sonst nichts? Diese Annahme hat spätestens nach einem Beschluss des Bundesverfassungsgerichts zum dritten Geschlecht ausgedient.

Sobald sich der Babybauch auch nur ein klein bisschen wölbt, kommt die Standardfrage. "Und, was wird es: Junge oder Mädchen?" Blickt man sich um in Deutschland, so ist der Alltag weitestgehend zweigeteilt: In Stellenanzeigen wird nach "m/w" gesucht. Beim Profisport und in der Mode: hier Herren, dort Damen. Bei den Kindern: rosa und hellblau. Das Bundesverfassungsgericht hat nun etwas entschieden, das manche Vorstellung ändern könnte.

"Historisch", "kleine Revolution", "Durchbruch". Diese Worte fielen, als die Karlsruher Richter vor rund einer Woche bekanntgaben, dass es im Geburtenregister mit den Kategorien männlich und weiblich nicht getan ist. Eine dritte Option wie "inter" oder "divers" steht zur Debatte - oder der Eintrag des Geschlechts könnte ganz wegfallen.

Nicht mehr nur die Geschlechtsidentität von Mann und Frau soll damit anerkannt werden, sondern auch die von Menschen, die weder das eine noch das andere sind. So verwunderlich der Beschluss für Laien sein mag: In Deutschland betrifft das Thema mehrere Zehntausend Menschen. Ganz genaue Zahlen fehlen. Allein 80.000 intersexuelle Menschen - ohne biologisch eindeutige Geschlechtsmerkmale - soll es geben. Der Beschluss ist aber darüber hinaus auch für Menschen relevant, die sich nicht in Mann-Frau-Kategorien einordnen (lassen) möchten.

Wer ins Internet schaut, stößt - neben vielen zustimmenden Worten - auf manches Kopfschütteln über den Beschluss der Richter. "Wenn man sonst keine Probleme hat ...", steht unter einem Artikel. Oder: "Nicht jede Minderheit benötigt extra Regeln." Wer wissen will, wie sich Menschen aus dieser Minderheit fühlen, muss nachfragen. Warum ist Geschlecht so ein Aufreger? Welche Veränderungen im Alltag sind zu erwarten? Noch sind Unisexumkleiden und -toiletten rar.

Ein Anruf bei der Bundesvereinigung Trans* in Berlin, bei René_Hornstein vom geschäftsführenden Vorstand. Der Unterstrich im Namen ist bewusst gewählt, weil sich Hornstein weder als Mann noch als Frau sieht. Bei der Kontaktaufnahme kann sich Verunsicherung breit machen: Klar ist, Formulierungen wie "Sehr geehrte Damen und Herren" oder "Danke, Herr..." passen nicht mehr. Eine Standardlösung werde es auch in Zukunft nicht geben, glaubt Hornstein und rät, nach Wünschen der Menschen zu fragen und diese zu berücksichtigen.

Hornstein selbst kämpfte bei einer Kontoeröffnung vergeblich darum, nicht als männlicher Kunde der Bank eingetragen zu werden und in Briefen mit "Guten Tag, René_Hornstein" angesprochen zu werden. Der Beschluss ist nun Bestärkung, auf Änderungen solcher Standards zu pochen. Aber nicht nur: Noch mieden Menschen aus der Community etwa Saunen und Schwimmbäder, aus Angst vor Diskriminierung. "Dann sind wir nicht sichtbar, dann weiß niemand von uns", sagt Hornstein. Ein Teufelskreis.

Mit dem Beschluss gebe es Hoffnung, dass sich nun mehr Intersexuelle und Trans-Menschen trauen, in der Öffentlichkeit sichtbarer zu werden. Sichtbarer werden könnte die Geschlechter-Vielfalt auch in Lehr- und Schulbüchern. Petra Lucht vom Zentrum für Interdisziplinäre Frauen- und Geschlechterforschung an der TU Berlin wertet den Beschluss auch als Appell an die Wissenschaften, bestehende Ergebnisse nicht länger zu ignorieren.

Intersexualität in Medizin und Biologie lange bekannt

"Wenn das Wissen so dargestellt wird, dass es nur zwei Geschlechter gibt, dann beeinflusst das die Wahrnehmung von nur zwei Geschlechtern im Alltag", sagt sie. Dabei sei diese Norm erst im Zusammenhang mit den modernen Wissenschaften der vergangenen 300 Jahre konstruiert worden - teils wider besseres Wissen, etwa in Biologie und Medizin, wo Intersexualität lange bekannt ist. Geschlecht sei so zu einem Platzanweiser in der Gesellschaft und einem zentralen identitätsstiftenden Merkmal geworden, sagt Lucht.

Vielleicht ist das ein Grund, warum die Debatte über Geschlechter immer wieder Wellen schlägt. Und was für welche. Die Unisextoilette ist in Berlin Sinnbild für den politischen Richtungsstreit geworden. [...]

Die Einführung von Unisextoiletten hätte in ihrer täglichen Arbeit gar keine Priorität, erklärt der Sprecher der Senatsjustizverwaltung. Sie sei aber trotzdem wichtig, wenn es darum gehe, Diskriminierung zu vermeiden.

Diskriminierung vermeiden. Das wünschen sich viele Menschen, die sich keinem Geschlecht zuordnen, auch von der Sprache. Einige Lösungen gibt es schon: etwa den Unterstrich ("Lehrer_innen") und das Sternchen ("Lehrer*innen"). Sie scheinen laut Duden bisher vor allem von Interessenvertretern und im Uni-Bereich genutzt zu werden. "Wir gehen davon aus, dass diese Schreibungen in offiziellen Kontexten zunehmen werden", erklärt die Redaktionsleiterin, Kathrin Kunkel-Razum. Gerade, wenn nach der Umsetzung des Beschlusses auch in Amtstexten der Diversität Rechnung getragen werden müsse.

Offen bleibt aber selbst für Duden-Experten die Frage, wie ein weiteres Personalpronomen neben "er" und "sie" lauten könnte. "Sir" halte sie persönlich für keine schlechte Lösung, so Kunkel-Razum. Fragezeichen aber auch mit Blick auf Kinder-Vornamen: Diese sollen in der Regel die Zuordnung zu einem Geschlecht ermöglichen. Die queerpolitische Sprecherin der SPD-Fraktion im Berliner Abgeordnetenhaus, Melanie Kühnemann, erwartet, dass nach dem Beschluss aus Karlsruhe an vielen Stellen neu nachgedacht werden muss. Denn in Personalakten und vielen Formularen müsse man ein Geschlecht angeben, das sei nun einmal weit verbreitet.

Sie stört sich daran, wenn manche in dem Zusammenhang mit der Mehrheit argumentieren: "Ich weiß nicht, was diese Mehrheit sein soll", sagt sie. Setze sie sich nicht aus vielen Minderheiten zusammen? Wichtig sei vor allem, dass es mehr Akzeptanz gebe, sagt Kühnemann. Intoleranz gegenüber Menschen aus der queeren Community gebe es häufig. Anfeindungen sieht René_Hornstein in einer Gesellschaft begründet, die Verunsicherung und Irritation scheut - und appelliert: "Wir müssen gesellschaftlich daran arbeiten, dass wir uns verunsichern lassen können."

Quelle : www.stern.de / 18.11.2017

Werbekampagne: Dr. Oetker verärgert Kunden mit Motiv zur Fußball-WM

Der neue Slogan des Unternehmens weckt für viele Erinnerungen an Rollenbilder vergangener Zeiten. Doch das Unternehmen verteidigt sich – und erhofft sich durch die Polarisierung noch mehr.

Es gibt Dinge, die sich schnell verbinden lassen mit Großveranstaltungen wie einer Fußball-Weltmeisterschaft im Sommer. Grillen gehört dazu, Bier irgendwie auch, Backen eher nicht. Trotzdem hat die Schweizer Marketingabteilung von Dr. Oetker, dem Lebensmittelkonzern aus Bielefeld, versucht, diese Dinge zu verbinden. „Back deinen Mann glücklich – auch wenn er eine zweite Liebe hat“, war das Ergebnis, der als Werbespruch auf einem Foto prangt, auf dem eine Frau lächelnd einen Kuchen in Fußballform hält.

Gemeinsam mit der Agentur Erdmann Peisker sollen die Schweizer durch die „Love Cake“ genannte Werbung zum Backen animiert werden. Dazu gibt es noch eine Online-Kampagne: Kunden sollen in Sozialen Medien Fotos von ihren Backkünsten hochladen und können Dr. Oetker-Produkte gewinnen. Im Internet äußert sich nun aber vielmehr Unmut, weil sich Kunden an eine frühere Werbung von Dr. Oetker erinnern. „Eine Frau hat zwei Lebensfragen: Was soll ich anziehen und was soll ich kochen?“ – mit solchen Sätzen warb der Lebensmittelkonzern in den fünfziger Jahren.

An Rollenmodelle aus vergangenen Zeiten fühlen sie sich zurückerinnert. Die Schweizer Marketingabteilung von Dr. Oetker steht indes weiterhin zu ihrer Werbekampagne. In einer Stellungnahme schreibt das Unternehmen: „Es ist ein Fakt, dass gerade zur WM bei vielen Männern ein echter Fußball-Hype ausbricht. Im Zuge der Kampagne wollten wir mit dem Fußball-Motiv eine souveräne Frau zeigen, die trotz des ‚fußballverrückten‘ Verhaltens über den Dingen steht und ihrem Mann mit einem Kuchen eine kleine Freude bereiten will.“

Nun habe das Unternehmen allerdings erkannt, dass das Motiv auch anders gelesen werden könne. „Es liegt uns fern mit dieser Kampagne ein altes Frauenbild zu unterstützen und falls sich jemand dadurch angegriffen fühlt, entschuldigen wir uns in aller Form“, heißt es von Dr. Oetker. Die Werbung sei zudem nicht, wie in den sozialen Netzwerken vermutet, von Männern erdacht worden.

Die Marketingabteilung bestehe im Gegenteil aus „modernen Frauen und teilweise auch Teilzeit arbeitenden Müttern“, schreibt das Unternehmen auf Anfrage. Eine bewusste Provokation sei der Werbespot hingegen nicht gewesen. Einige Kommentatoren im Internet schrieben, dass sie zwar gerne backen, aber in Zukunft wohl weniger mit Produkten von Dr. Oetker.

Dass die Werbung dem Unternehmen auf lange Sicht schadet, glauben Marketingfachleute nicht. „Gute Werbung polarisiert, sorgt also dafür, dass Diskussionen stattfinden. Von daher ist ein Shitstorm in der Tat nicht immer ein Problem für eine Marke, ja oftmals gewollt“, sagt Günter Lewald, geschäftsführender Gesellschafter der Kölner Agenturgruppe B+D. Wichtig sei, dass kein nachhaltiger Schaden entsteht. „Im Fall der Oetker-Kampagne ist das auch nicht zu erwarten. Die Marke ist so stark, die verträgt die eine oder andere Diskussion um ihre Werbung in den sozialen Medien.“

Die größere Frage für Werber ist zu solchen Fragen meist, ob Kampagnen zu Großereignissen überhaupt zur Strategie der Marke passen und ob sich eine erhöhte Aufmerksamkeit für eine Marke auch auf Verkaufszahlen auswirkt. „Ist beides nicht der Fall, wird die Marke mit ihren Botschaften untergehen, also wertvolles Budget verschwenden, ja vielleicht sogar Glaubwürdigkeit verlieren“, sagt Lewald.

Wasserversorgung – In Norddeutschland herrscht die größte Dürre seit 15 Jahren

Die wochenlange Trockenheit in Nord- und Ostdeutschland stellt Kommunen bei der Wasserversorgung vor Probleme. In der Landwirtschaft kommt es bereits zu Totalausfällen bei einigen Ackerfrüchten.

Der vorgezogene Sommer in Teilen Deutschlands mit extremer Hitze und Trockenheit hat für manche Kommune bereits Folgen. Zwar gibt es noch keinen konkreten Fall von Wasserknappheit, doch die zu einigen Tageszeiten gehäufte Nachfrage stellt die Versorgungsnetze vor Herausforderungen.

Während Süddeutschland von Unwettern und Überschwemmungen geplagt wird, herrscht im Norden derzeit die größte Dürreperiode seit 15 Jahren. Dort müssen Landwirtschaftsbetriebe ihre Felder etwa mit Kartoffeln oder Zuckerrüben bewässern, wenn sie keine hohen Einbußen riskieren wollen. Bei Sommergerste, Sommerweizen und auch Mais zeichnen sich bereits Auswirkungen ab. „Bei einigen Ackerfrüchten und auf einigen Betrieben wird es Totalausfälle geben“, sagte Kirsten Hess vom Bauernverband Schleswig-Holstein. Dies sei zwar regional sehr unterschiedlich. Doch die Lage sei dramatisch. Grund dafür sei das Zusammentreffen der extremen Feuchtigkeit des vergangenen Herbstes und Winters mit der jetzigen Hitzeperiode und der Trockenheit. Dadurch hätten die Pflanzen nicht ausreichend anwachsen und widerstandsfähig werden können. Nach diesen Informationen sind in Schleswig-Holstein jetzt schon Einbußen zwischen 30 und 100 Prozent absehbar.

In der Trinkwasserversorgung war zuletzt die norddeutsche Stadt Stade besonders beeinträchtigt. Dort brach zeitweise die Versorgung zusammen. Statt Fließwasser kamen nur noch Tropfen in den Haushalten an. Auf den Bauernhöfen im Umland konnten die Landwirte ihre Kühe nicht tränken. Grund waren die Leitungen: Wenn besonders viele Menschen gleichzeitig das Wasser aufdrehen, reicht der Druck in den Leitungen nicht mehr aus. Experten sprechen von einem Reibungsverlust in den Rohren. Um die Lage in den Griff zu bekommen, hat der zuständige Wasserverband der norddeutschen Region die Mengen rationiert. Der Verband verbot es den Bewohnern, den Rasen zu sprengen, das Auto zu waschen oder das Schwimmbecken im Garten zu füllen. Zwar seien die Grundwasserstände „hervorragend“, schreibt der Verband, aber es gebe ein hydraulisches Problem. Rationierungen sollen helfen, die Fließgeschwindigkeiten zu normalisieren.

Die Auswirkungen sind nicht nur in Norddeutschland, sondern im ganzen Land verbreitet. So geht aus dem aktuellen Dürre-Monitor des Leipziger Helmholtz-Zentrums für Umweltforschung hervor, dass die Agrarböden in Bayern am stärksten betroffen sind. Auch in Thüringen sind die Böden ungewöhnlich trocken. Selbst wenn es jetzt zu Regenfällen kommt, nützt dies zunächst wenig. Denn das Wasser kann von den festen Böden kaum aufgenommen werden, vielmehr fließt es in Flüsse und Seen ab. Um das Defizit auszugleichen, ist ein langer und sanfter Regen nötig. Hinzu kommt die Gefahr von Waldbränden: Vor allem im Süden und Osten Deutschlands sind Bäume und Sträucher derart ausgedörrt, dass schon ein einziger Funke einen Flächenbrand auslösen kann.

In Hamburg wiederum werden von der Hitze auch Gewässer in Mitleidenschaft gezogen. Vielerorts deutet ein fauliger Verwesungsgeruch darauf hin, dass etliche Tiere unter den Bedingungen nicht überleben können. In Teichen und Bächen der Stadt ersticken die Fische, weil ihnen der Sauerstoff fehlt. Da jedoch kaum Regen in Sicht ist, wollen die Behörden das Fischsterben nun mit künstlichem Frischwasser stoppen.

Die Maßnahmen und Anweisungen in den Städten haben übrigens nicht den Charakter einer Empfehlung. Vielmehr kontrollieren zum Beispiel im Südharz Mitarbeiter der Wasserwerke, ob sich die Bürger daran halten. Wer trotzdem etwa den Rasen bewässert, dem kann sogar die Wasserversorgung gesperrt werden.

Aus: *Die Welt*, 8.6.2018 (gekürzt)

Der Frauen-Faktor

Soll die Digitalisierung gelingen, bedarf es mehr weiblicher Führungskräfte. Doch wie bringt man Frauen in die Branche? Eine Gründerin und ein Professor zeigen es.

Als Katharina Kreitz vor zehn Jahren mit dem Studium an der Technischen Universität München begann, saß sie inmitten von Männern; nicht einmal jeder zehnte Studierende war eine Frau. Als sie später für ihre Abschlussarbeit einige Zeit in einer Entwicklungseinheit von BMW verbrachte, war sie die einzige Frau unter 70 Männern. Und als sie schließlich bei Airbus Defense tätig war, befand sich im gesamten Gebäude keine andere Frau.

Allein unter Männern. Was also tun? Katharina Kreitz gründete ein Unternehmen, Vectoflow heißt es, ein Start-up, das genau an jener Schnittstelle tätig ist, wo die Zukunft der deutschen Wirtschaft liegt: in der Industrie 4.0, wo Maschinen und Big Data, Fabriken und die Cloud miteinander verknüpft werden. Vectoflow baut kleine, hochsensible Sensoren, die die Strömung von Wind oder Wasser messen; zu den Kunden zählen Autokonzerne, Flugzeughersteller und Formel-1-Teams.

Doch bis vor ein paar Wochen war Katharina Kreitz auch in ihrer eigenen Firma ausschließlich von Männern umgeben: Die Gründerin fand schlicht keine andere Ingenieurin, die sich genauso für den Maschinenbau und die Digitalisierung begeistern konnte wie sie. Dann aber erschien im Herbst ein Porträt über sie in Plan W, dem Frauenwirtschaftsmagazin der Süddeutschen Zeitung, prompt meldeten sich einige Frauen – zwei von ihnen hat sie eingestellt und sagt: "Wir müssen es in Deutschland schaffen, mehr Frauen für diese Aufgaben zu begeistern. Das ist nicht bloß etwas für Männer, sondern auch für uns."

Was lässt sich tun, um mehr Frauen für die digitale Transformation zu begeistern, für entsprechende Führungsaufgaben in Start-ups, Tech-Firmen und etablierten Konzernen, die den Wandel mit vorantreiben wollen? Key Pousttchi, Professor für Wirtschaftsinformatik, ist überzeugt: "Wir werden die Digitalisierung in Deutschland nur dann meistern, wenn wir genug Frauen dafür gewinnen. Wir müssen sie auf die Positionen bringen, auf denen sie wirklich etwas gestalten können, und nicht bloß auf irgendwelche unbedeutenden Kasperlestellen."

In den 1990ern hat Pousttchi als Student und Wissenschaftler viel Zeit an einer Uni verbracht, an der per Definition nur Männer studierten: an der Bundeswehr-Universität in München. Inzwischen aber lehrt er an der Universität Potsdam, an einem Lehrstuhl, den der Softwarekonzern SAP gestiftet hat. Er hat dort vor einem Jahr den neuen Masterstudiengang "Wirtschaftsinformatik und Digitale Transformation" eingerichtet. Worauf der ehemalige Soldat besonders stolz ist: 41 Prozent der Studienplätze gingen an Frauen. Das ist für solch einen Studiengang eine außergewöhnlich hohe Zahl.

Pousttchi hat sich intensiv mit der Studie einer Wissenschaftlerin befasst, unter welchen Bedingungen Frauen erfolgreich Wirtschaftsinformatik studieren. Ein Ergebnis war, dass Frauen ganz genau wissen wollen, worauf sie sich einlassen. Und deshalb haben Pousttchi und sein Team vor dem Start im letzten Sommer intensiv für den Studiengang geworben, vor allem über die sozialen Medien. Sie haben gezielt nach Facebook-Gruppen und Seiten gesucht, die sich dafür eignen, und sehr viel Zeit darin investiert, die Inhalte ihres Studiengangs zu erklären.

Auch Katharina Kreitz wünscht sich, dass mehr Frauen technische Fächer studieren, um es ihr nachzutun: "Wir müssen sie ermutigen, und das muss schon vor der Uni anfangen, in der Schule." Bei ihr war es der Vater, der sie früh ans Digitale und die Technik herangeführt hat. Aber anderswo muss es der Lehrer sein. Oder wie es Key Pousttchi formuliert: "Es kann mir keiner erklären, warum Biologie, Physik und Chemie Pflichtfächer am Gymnasium sind, Informatik aber nicht."

Aus: *Süddeutsche Zeitung*, 1.5.2018 (gekürzt)

Alles durcheinander: Die Unlust beim Mülltrennen

Benutzte Windeln im gelben Sack, Plastiktüten in der Biotonne – falsche Mülltrennung macht der Branche der Entsorger und Verwerter zu schaffen. Gibt es eine neue Umweltschutz-Unlust?

Ob Altpapier, Glas, Verpackungsmaterial oder Gartenabfälle – das System der Mülltrennung hat sich in Deutschland durchgesetzt. Doch vor dem Wegwerfen steht die Frage: Was kommt wo rein? Ob aus Bequemlichkeit oder Unkenntnis landen viele Abfälle in der falschen Tonne, wie Unternehmen besorgt feststellen. Für das vergangene Jahr 2017 liegt die Quote sogenannter Fehlwürfe allein beim Verpackungsmüll nach Schätzung von Branchenexperten zwischen 40 und 60 Prozent. Darauf weist der Bundesverband Sekundärrohstoffe (BVSE) hin. Weniger Fehlwürfe gibt es bei Papiermüll und Alttextilabfällen. „Hier liegen die Quoten bei rund 2 und zwischen 1 und 10 Prozent“, sagt BVSE-Sprecherin Michaela Ziss.

Es gibt Unterschiede im Fehlverhalten. Landet die Verpackung mit leicht verschimmeltem Quark oder Gartenabfall mitsamt Plastiksack in der Biotonne, spricht die Branche von einem „regulären Fehlwurf“. Das ist schlecht. Nicht viel besser aber ist, wer zum Beispiel eine Plastikklobürste in die gelbe Tonne stopft. Nachgedacht, aber falsch entschieden – ein sogenannter intelligenter Fehlwurf. Die gelbe Tonne oder der gelbe Sack sind ausschließlich für Verpackungsmüll bestimmt. Eine Klobürste oder aber Spielzeug, auch wenn es auch aus Plastik ist, gehört definitiv nicht dazu.

Gerade anonymere Großstädte haben Probleme mit Fehlwürfen bei Bio- und Verpackungsabfällen. Das bestätigt zum Beispiel die Bremer Stadtreinigung und auch die RMG Rohstoffmanagement GmbH, die ihre Zentrale in Eltville am Rhein hat. Oft fehle ein Grundverständnis des deutschen Trennsystems und eine einheitliche Aufklärung.

Auch die zunehmende Migration könnte ein Grund für mangelnde Mülltrennung sein, erklärt ein Sprecher des Verbandes Kommunaler Unternehmen (VKU) in Berlin. Das schwer zugängliche deutsche System sei auch für Ausländer nicht einfach zu verstehen und müsse auch ihnen erstmal erklärt werden. Ein weiterer Grund könne ein grundlegender gesellschaftlicher Trend sein, dass andere Umweltschutzmaßnahmen die Mülltrennung aus dem Bewusstsein der Bürger verdrängten.

Ist die Fehlwurfquote zu hoch, kann es passieren, dass die Mülltonne stehen bleibt. Der Verbraucher wird dann über den Grund per Etikett informiert. Ein richtig großes Problem haben die Verwertungsfirmen, wenn der Müll kontaminiert ist, wenn etwa dreckige Windeln im Verpackungsmüll landen. „Dann wird der ganze gelbe Sack unrecyclbar“, erklärt ein Sprecher der Rohstoffmanagement GmbH.

Beim Auftraggeber „Der Grüne Punkt“ sieht man eher keine neue Unlust beim Mülltrennen: „Ein Anstieg von Fehlwürfen ist von uns nicht beobachtet worden“, sagt der Sprecher des Grünen Punktes, Norbert Völl, in Köln. Die Haushalte müssen die Kosten für eine nachträgliche Trennung ihres Abfalls nicht tragen, aber den betroffenen privaten und kommunalen Unternehmen entstehen dann höhere Sortierkosten.

„Die Sortieranlagen haben große Probleme mit Fehlwürfen, wie beispielsweise bei Biomüll, in dem eine Plastiktüte steckt“, erklärt Jens Rösler, Sprecher der Bremer Stadtreinigung. Die Folgen: Die Tüte wird zunächst aufwendig entfernt – erst dann kann der Müll verwertet werden. Andernfalls sinke die Qualität des Komposts, der in der Landwirtschaft verwendet wird.

Die Bürger ländlicherer Regionen und kleinerer Städte sind den Experten zufolge übrigens größeren Städten im Punkt „Mülltrennung“ oft voraus. Sie trennen meist deutlich besser.

Aus: *Frankfurter Rundschau*, 17.4.2018

Diesel-Fahrverbote ab 31. Mai

Hamburg erteilt als erste deutsche Stadt Fahrverbote für ältere Diesel-Fahrzeuge. Sie gelten aber nicht für die ganze Stadt und es gibt Ausnahmen.

Die bundesweit ersten Fahrverbote für ältere Dieselfahrzeuge treten kommenden Donnerstag in Kraft: Die Stadt Hamburg verbietet ihnen ab dem 31. Mai auf zwei Straßen die Durchfahrt, wie die Umweltbehörde am Mittwoch mitteilte. Betroffen sind Teilabschnitte von viel befahrenen Durchgangsstrecken – es gibt allerdings Ausnahmen für Anwohner sowie Ausweichrouten.

Die Durchfahrtsverbote hatte der Hamburger Senat bereits im vergangenen Jahr beschlossen und seit langem vorbereitet. Sie sind Bestandteil eines aus dutzenden Maßnahmen bestehenden Pakets zur Luftreinhaltung. Die endgültige Entscheidung fiel nun nach der Prüfung der Urteilsbegründung des Bundesverwaltungsgerichts im Verfahren um zu hohe Schadstoffbelastungen in Innenstädten.

Die Leipziger Richter hatten im Februar Fahrverbote für ältere Diesel auf Teilstrecken unter bestimmten Umständen für zulässig erklärt, um die Luftverschmutzung mit Stickoxiden unter die in der EU geltenden Grenzwerte zu senken. Diese sind ein Problem von Dieseln, nicht von Autos mit Benzinmotor. Am Freitag hatte das Gericht die ausführliche schriftliche Begründung veröffentlicht. Darin betonen die Richter, dass ein streckenbezogenes Fahrverbot für bestimmte Diesel eine verhältnismäßige Maßnahme sein könne. Die „Eingriffsintensität“ sei dabei nicht größer als bei anderen Durchfahr- und Halteverboten, die aus anderen Gründen gälten.

Die Hamburger Fahrverbote gelten künftig auf Teilabschnitten von zwei stark befahrenen Straßen, die als Durchgangsstrecken im westlichen Stadtgebiet dienen. Die Zonen haben eine Länge von 580 Metern sowie 1,6 Kilometern. Sie gelten in einem Fall nur für Lastwagen, die die sogenannte Abgasnorm Euro 5 nicht erfüllen. Im zweiten Fall greifen sie zusätzlich auch für Pkw, die die Euronorm 6 nicht einhalten. Der Anliegerverkehr sowie die Busse des Nahverkehrs sind davon ausgenommen. Es seien außerdem Ausweichstrecken verfügbar, betonte die Umweltbehörde.

Auch andere deutsche Großstädte planen Durchfahrtsverbote für ältere Dieselfahrzeuge. Das Leipziger Urteil und die Debatte über Schadstoffbelastungen durch Dieselfahrzeuge beschäftigen Politik und Öffentlichkeit seit Monaten intensiv, die Bundesregierung beschloss ein Sofortprogramm für saubere Luft. Inzwischen kündigte die EU eine Klage gegen Deutschland an.

Die Deutsche Umwelthilfe (DUH) begrüßte den Schritt der Hamburger Behörden. Diese zeigten mit der Einführung von Fahrverboten bis einschließlich Euronorm 5, dass saubere Luft schon im laufenden Jahr in allen Städte möglich sei, sagte deren Geschäftsführer Jürgen Resch der „Rheinischen Post“ (Donnerstagsausgabe). Die DUH hatte die Leipziger Urteile durch Klagen herbeigeführt. Sie wirft Politik und Behörden vor, nicht genug gegen das Problem zu tun.

Bundesverkehrsminister Andreas Scheuer (CSU) sagte am Mittwoch einen drastischen Rückgang der Stickoxid-Grenzüberschreitungen voraus. Die Zahl der von Fahrverboten bedrohten Städte werde von derzeit knapp 70 sehr schnell auf unter zehn sinken, betonte er in der „Augsburger Allgemeinen“. Die Gegenmaßnahmen der Behörden würden schnell wirken. Die Belastungen gingen bereits zurück.

Wenig überzeugt von der Wirksamkeit der Fahrverbotszonen zeigten sich derweil viele Hamburger Bürger. „Es ist halbherzig“, sagte der 49-jährige Felix Fischer. „Wer will das überprüfen?“ Er begrüße die Idee prinzipiell, betonte auch der Mitarbeiter eines Fahrradladens an dem künftig von der Beschränkung betroffenen Abschnitt der Stresemannstraße. Er halte sie aber für nicht umsetzbar. Eine 37-Jährige, die an der Max-Brauer-Allee arbeitet, hält es dagegen für eine wichtige Maßnahme, dass etwas gegen die Belastung mit Fahrzeugabgasen getan wird: „Deutschland muss etwas machen.“

Aus: *Frankfurter Rundschau*, 23.5.2018 (gekürzt)

Europäische Union: Bundesländer bekommen weniger Geld aus Brüssel

Die EU will ihre Förderung von wirtschaftsschwachen Regionen neu regeln. Das hat Auswirkungen in Deutschland, das Geld aus dem Strukturfonds wird deutlich gekürzt.

Deutschland soll künftig rund ein Fünftel weniger Geld aus den europäischen Struktur- und Investitionsfonds bekommen. Nach Plänen der EU-Kommission würden für den Zeitraum 2021 bis Ende 2027 nur noch 15,7 Milliarden Euro zur Verfügung stehen – und damit 4,1 Milliarden Euro weniger als noch im aktuellen Finanzrahmen der EU, der 2020 ausläuft. Damit würde es 21 Prozent weniger EU-Geld für Projekte geben, die zum Beispiel Langzeitarbeitslose unterstützen oder die Nutzung erneuerbarer Energien fördern.

Die sogenannte EU-Kohäsionspolitik soll eine Angleichung der Lebensverhältnisse in der Staatengemeinschaft fördern. Sie ist nach den Agrarausgaben der größte Posten im EU-Budget. Im kommenden EU-Finanzrahmen sind dafür 331 Milliarden Euro eingeplant.

Generell will die EU-Kommission den Regional- und Kohäsionsfonds neu ausrichten, sie änderte deshalb den Verteilungsschlüssel. Er beruht zwar weiterhin zu 80 Prozent auf der Wirtschaftsleistung pro Kopf, wird aber nun ergänzt durch weitere Faktoren. So sollen etwa Regionen mit hoher Jugendarbeitslosigkeit stärker gefördert werden. Auch der Bildungsstand und die Auswirkungen des Klimawandels sollen eine Rolle spielen bei der Verteilung des Geldes.

Aufgenommen hat die Kommission auch den deutschen Vorschlag, Gebiete mit einer hohen Zahl von Flüchtlingen künftig stärker zu berücksichtigen. Dies, so schränkte die für Regionalpolitik zuständige EU-Kommissarin Corina Crețu ein, werde aber nur sehr klein ausfallen. Dennoch soll Regionen ein Anreiz gegeben werden, Flüchtlinge aufzunehmen. Demnach hätten die 16 deutschen Bundesländer wegen der Prosperität Deutschlands noch höhere Kürzungen befürchten müssen. Da die Bundesrepublik aber so viele Migranten aufnimmt, fallen die Kürzungen geringer aus.

Crețu wies zurück, dass osteuropäische Länder durch starke Kürzungen für die Verweigerung der Flüchtlingsaufnahme bestraft werden sollten. Die Kohäsionspolitik sei weiter vor allem an wirtschaftlichen Kriterien ausgerichtet, sagte sie. "Je reicher man wird, desto weniger Geld bekommt man."

Dies betrifft vor allem Staaten wie die Slowakei, die baltischen Staaten oder Polen. Sie haben nach Angaben von EU-Haushaltskommissar Günther Oettinger wirtschaftlich derart aufgeholt, dass sie künftig weniger finanzielle Unterstützung brauchen. Zu der Gruppe von Staaten, die mehr Geld bekommen sollen, zählt hingegen Italien, was vor allem an der hohen Quote der Jugendarbeitslosigkeit liegt, die ebenfalls in den Berechnungen der Haushaltsplaner berücksichtigt wird.

In absoluten Zahlen bleibt Polen weiter Spitzenreiter bei den Kohäsionsmitteln. Es soll von 2021 bis 2027 noch 64,4 Milliarden Euro erhalten. Die zweithöchste Summe bekommt Italien (38,5 Milliarden Euro), gefolgt von Spanien (34 Milliarden Euro).

Über diese Zahlen, über Kürzungen und Mehrausgaben werden in den kommenden Monaten Vertreter der EU-Staaten beraten. Sie sind Teil der EU-Finanzplanung für das kommende Jahrzehnt. Die Verhandlungen unter den Mitgliedsstaaten dürften etliche Monate dauern, wenn nicht sogar noch deutlich länger. Im Anschluss muss auch das Europaparlament noch zustimmen.

Aus: *DIE ZEIT*, 29.5.2018

Ehemalige Kolonie: Tansania will keine Entschädigung von Deutschland

Reparationen sind für das ehemalige Deutsch-Ostafrika kein Thema, erfährt Außenminister Maas auf seiner Afrikareise. In einer anderen ehemaligen deutschen Kolonie wird dagegen noch verhandelt.

Kurz vor dem 100. Jahrestag des Endes der deutschen Kolonialherrschaft in Tansania sind Entschädigungsforderungen für die Regierung des ostafrikanischen Landes kein Thema. Außenminister Augustine Mahiga wies am Donnerstagabend nach einem Treffen mit seinem deutschen Amtskollegen Heiko Maas in Daressalam Reparationsforderungen einzelner Politiker und Gruppierungen in Tansania zurück. „Es ist kein Thema, das die Regierung aufgegriffen hat und wir denken, dass es andere Wege der gegenseitigen Unterstützung als die Forderung nach Entschädigung gibt“, sagte er.

Mahiga sah auch von der Forderung nach Rückgabe von afrikanischen Kunstobjekten aus deutschen Museen ab und wünschte sich stattdessen Hilfe bei archäologischen Projekten in Tansania. Über die Rückführung menschlicher Gebeine aus deutschen Sammlungen müsse man aber sprechen.

Maas sagte Tansania Hilfe bei der Restaurierung kolonialer Bauten zu. Man wolle „Erinnerungsmeilensteine architektonischer Art erhalten“, sagte er. Am Freitag will er in Daressalam mit einer Kranzniederlegung der afrikanischen Opfer des Ersten Weltkrieges gedenken. Tansania gehörte von 1885 bis 1918 zur Kolonie Deutsch-Ostafrika.

Im Ersten Weltkrieg kämpften und starben Tausende Afrikaner, die sogenannten Askari, im Krieg gegen die britischen, belgischen und portugiesischen Kolonialmächte. Insgesamt verloren Hunderttausende Afrikaner in Ostafrika ihr Leben. Die deutsche Kolonialherrschaft endete mit der Kapitulation der sogenannten deutschen Schutztruppe im November 1918.

Zwischen 1905 und 1907 war in Tansania der sogenannte Maji-Maji-Aufstand von deutschen Kolonialtruppen brutal niedergeschlagen worden. Viele Tausend Rebellen kamen ums Leben. Die Auseinandersetzung mit der Kolonialvergangenheit spielt in Tansania aber eine weitaus geringere Rolle als in Namibia, dem früheren Deutsch-Südwestafrika.

Seit Jahren verhandelt Deutschland mit Namibia über Wiedergutmachung für die während der Kaiserzeit von Kolonialherren begangenen Gräueltaten. Eine Einigung ist nicht in Sicht. „Die namibischen Erwartungen sind deutlich höher, als das was Deutschland tun kann“, sagte der deutsche Verhandlungsführer Ruprecht Polenz kürzlich der dpa. Um welche Summen es bei den Verhandlungen genau geht, hat bislang keine Seite preisgegeben.

Das deutsche Kaiserreich ging im sogenannten Deutsch-Südwestafrika skrupellos vor, bis hin zum Völkermord an den Stämmen der Herero und Nama. Von 1904 bis 1908 wurden Zehntausende getötet. Seit 2015 spricht auch die Bundesregierung offiziell von einem „Völkermord“. Der Maji-Maji-Aufstand wird dagegen von Tansania als kriegerische Auseinandersetzung angesehen.

Tansania ist die zweite Station der ersten Afrika-Reise des neuen Außenministers Maas nach Äthiopien. Er wird am Freitag in Daressalam eine Schule besuchen, an der Deutsch unterrichtet wird, und reist dann weiter nach Arusha in der Nähe des Kilimandscharos, des höchsten Berges Afrikas.

Dort besucht der SPD-Politiker den Afrikanischen Gerichtshof für Menschenrechte und die Ostafrikanische Gemeinschaft. Die EAC ist eine regionale Wirtschaftsunion, der sechs Länder mit 170 Millionen Einwohnern angehören. Ostafrika ist laut Weltbank die afrikanische Region mit dem höchsten Reformtempo.

Digitalisierung: So offen sind die Deutschen für moderne Technologien

Roboter im Alltag und die fortschreitende Digitalisierung finden die meisten gut – es sei denn, sie verlieren die Kontrolle über ihre Daten.

Seit mehr als drei Jahrzehnten hält sich hierzulande hartnäckig der Mythos, die Deutschen seien mehrheitlich technikfeindlich. Zahlreiche Studien haben jedoch gezeigt, dass die Bundesbürger neue Technologien stets sehr differenziert betrachten und Nutzen und Risiken in jedem Einzelfall gegeneinander abwägen. Jährlich führen die Nationale Akademie der Technikwissenschaften (acatech) und die Körber-Stiftung eine repräsentative Umfrage durch, um die aktuelle Stimmungslage der Deutschen in Bezug auf technologische Entwicklungen zu ermitteln. Heute stellen sie in Berlin die Ergebnisse der jüngsten Studie vor, bei der im Vordergrund die Frage stand, wie die Deutschen die Auswirkungen der Digitalisierung einschätzen. Befragt wurden insgesamt 2000 Personen über 16 Jahren.

Die Deutschen haben demnach mehrheitlich ein recht pragmatisches Verhältnis zur Technik. Wenn eine Technik nützlich ist, dann wird ihr Einsatz begrüßt – es sei denn, sie steht im Widerspruch zu gesellschaftlichen Werten wie beispielsweise Gerechtigkeit oder Umweltschutz. Immerhin 73,7 Prozent der Befragten äußern diesen Vorbehalt.

Spannend wird es jedoch dann, wenn den Vorteilen einer neuen Technologie eine tatsächliche oder vermeintliche Verletzung von sozialen Werten gegenübersteht. In solchen Fällen wollen sich 39,3 Prozent der Befragten nicht entscheiden. 31,9 Prozent sind in einer solchen Situation für die Nutzung der Technik; 28,8 Prozent lehnen dann aber die betreffende Technik ab.

Der mögliche Einsatz von Robotern zur Pflege alter Menschen spaltet die Bundesbürger wie kaum eine andere Technologie. 40,3 Prozent stehen dieser Innovation prinzipiell positiv gegenüber, doch 31,9 Prozent lehnen sie ganz grundsätzlich ab. Befürworter als auch Gegner von Pflegerobotern sind sich indes darin einig, dass die Pflegebedürftigen durch den Einsatz solcher Maschinen weniger menschliche Zuwendung erhalten würden. Jedenfalls schätzen 80,8 Prozent der Befragten das so ein.

Angesichts des großen Engagements von Wissenschaft und Industrie bei der Entwicklung autonom fahrender Autos sind die Ergebnisse der Umfrage für diese Zukunftstechnologie von besonders großer Relevanz. Die Mehrheit der Deutschen lehnt solche Fahrzeuge in Bausch und Bogen ab. Nur 16,2 Prozent der selber Auto fahrenden Befragten wären bereit, die Verantwortung vollständig an ein Fahrzeug abzugeben. Aber 64,8 Prozent lehnen das klar ab. Bei den Gründen für diese Ablehnung spielt nicht nur der Verlust an Fahrspaß, der für mehr als jeden Zweiten wichtig ist, eine Rolle. 65,2 Prozent stört es, dass autonome Fahrzeuge personenbezogene Daten sammeln sollen. Und 65,9 Prozent befürchten, dass es zu Computerpannen und damit zu Verkehrschaos kommen könnte. Mehr als zwei Drittel der Befragten (67,4 Prozent) fürchten sich davor, dass Hacker die Kontrolle über ihr Fahrzeug gewinnen und absichtlich Unfälle verursachen könnten.

Mehr als jeder zweite Bundesbürger (54 Prozent) hält sich durchaus für einen an Technik interessierten Menschen. Und jeder dritte Befragte (33 Prozent) glaubt, dass technische Entwicklungen helfen werden, zentrale Probleme der Menschheit wie etwa den Klimawandel zu lösen. Doch befürchten auch 60,2 Prozent der Befragten, dass neue Technologien immer mehr Zwänge für den Einzelnen erzeugen werden.

„Die Deutschen sind nicht technikfeindlich“, so Professor Peter Dabrock, Vorsitzender des Deutschen Ethikrats, „wenn sie mehrheitlich eine Reserve gegenüber Technik äußern, dann hängt dies damit zusammen, dass sie sich einen Blick für die gesellschaftlichen Konsequenzen des Einsatzes von Technik bewahrt haben.“ Die Digitalisierung erzeugt insgesamt ambivalente Gefühle. So erwarten 54,4 Prozent durch sie einen Komfortgewinn, andererseits sorgen sich 60,6 Prozent, dass sie die Hoheit über ihre eigenen Daten verlieren.

Aus: *Die Welt*, 25.5.2018 (gekürzt)

Kita-Gebühren in Deutschland sind ungerecht verteilt

Einkommensarme Familien sind einer Studie der Bertelsmann-Stiftung zufolge bei Kita-Beiträgen überproportional stark belastet. Zudem gibt es regionale Unterschiede: Am meisten geben Eltern in Schleswig-Holstein für die Kita aus, am wenigsten in Berlin.

Wer in München zwei Kinder acht Stunden täglich betreuen lassen möchte, zahlt schnell monatliche Gebühren von mehr als 600 Euro. Für das unter dreijährige Familienmitglied sind in einer städtischen Krippe je nach Einkommen bis zu 447 Euro inklusive Verpflegung fällig, für den Nachwuchs im Kindergarten bis zu 235 Euro. Viel Geld für Eltern, dabei liegt Bayern verglichen mit anderen Bundesländern laut einer Studie noch im unteren Mittel.

Die finanzielle Belastung durch Kita-Beiträge ist für Eltern in Deutschland ungerecht verteilt. Zu diesem Ergebnis kommt die Studie "ElternZoom" der Bertelsmann-Stiftung. Wer wie viel zahlt, hängt vom Wohnort ab. Am meisten geben Eltern in Schleswig-Holstein mit neun Prozent ihres Haushaltsnettoeinkommens für die Kita plus Zusatzgebühren aus, gefolgt von Mecklenburg-Vorpommern (8,2 Prozent). Am niedrigsten sind die Kosten in Rheinland-Pfalz (2,4 Prozent) und in Berlin (1,8 Prozent). Bayern liegt hier auf Platz 12.

Zudem werden Eltern, deren Einkommen unterhalb der Armutsrisikogrenze liegt, von Kita-Gebühren überproportional stark belastet, so das Ergebnis der Studie. Sie müssten einen fast doppelt so hohen Anteil ihres Einkommens für den Kita-Beitrag ihrer Kinder aufbringen wie wohlhabendere Eltern. Obwohl die Beiträge sozial gestaffelt sind, seien sie ungerecht verteilt. Außerdem müssen die Zusatzgebühren für Mahlzeiten, Hygieneartikel oder Ausflüge einkommensunabhängig bezahlt werden. Armutsgefährdete Eltern, die über weniger als 60 Prozent des durchschnittlichen Einkommens verfügen, geben monatlich fast zehn Prozent ihres gesamten Haushaltsnettoeinkommens – im Mittelwert 118 Euro – für die Kita aus. Bei Familien oberhalb der Armutsgrenze sind es nur fünf Prozent – 178 Euro.

Die Ergebnisse beruhen laut Bertelsmanns-Stiftung auf zwei bundesweit teilweise in Kooperation mit Infratest-dimap erhobenen separaten Befragungen von insgesamt rund 10 490 Eltern. Unter dem Begriff Kita wurden Krippe und Kindergarten zusammengefasst und es wurde nicht zwischen städtischen und privaten Einrichtungen unterschieden.

Als ein Fazit der Studie fordert die Bertelsmann-Stiftung Kita-Beitragsfreiheit für armutsgefährdete Familien. Bundesfamilienministerin Franziska Giffey (SPD) bekräftigte das Ziel einer Kita-Beitragsfreiheit. Hohe Elternbeiträge könnten eine Hürde sein. "Das Einkommen der Eltern darf aber nicht darüber entscheiden, ob und wann Kinder in eine Kindertageseinrichtung gehen. Eine zentrale Säule unseres Gute-Kita-Gesetzes ist deshalb der Einstieg in die Beitragsfreiheit." In dieser Wahlperiode fließen der Ministerin zufolge 3,5 Milliarden Euro in die Kindertagesbetreuung.

Laut der Bertelsmann-Stiftung reicht das aber nicht: Eine Beitragsfreiheit für Eltern unterhalb der Armutsgrenze würde der Studie zufolge den Bund im Jahr 730 Millionen Euro kosten. Für eine generelle Beitragsfreiheit müsste der Staat etwa 7,3 Milliarden Euro jährlich aufbringen. Zusammen mit einem nötigen Qualitätsausbau seien damit Aufwendungen in Höhe von 15,3 Milliarden Euro im Jahr nötig, sagte Bertelsmann-Vorstand Jörg Dräger. "Dem politischen Versprechen der Beitragsfreiheit fehlt die finanzielle Substanz", so Dräger. Aktuell sei zu befürchten, dass die Qualität auf der Strecke bleibe.

Qualität ist Eltern aber besonders wichtig: Eine Mehrheit von 53 Prozent der einkommensschwachen und 59 Prozent der finanzkräftigeren Eltern würde für mehr Personal und bessere Ausstattung nach eigenen Angaben auch höhere Beiträge akzeptieren. Die ungerecht verteilten Kosten sind zudem nur eines der Probleme. Hinzu kommt der Mangel an Betreuungsplätzen. In Berlin gingen deshalb am Wochenende etwa 3000 Eltern und Erzieher auf die Straße.

Aus: *Süddeutsche Zeitung*, 28.5.2018 (gekürzt)

Debatte: Frauenanteil in der Politik

Wahlberechtigt sind mehrheitlich Frauen – doch in den Parlamenten sind sie unterrepräsentiert. Zeit, Parteien den Geldhahn zuzudrehen.

In den letzten Wochen kamen zwei bemerkenswerte geschlechterpolitische Nachrichten zusammen. Da war zuerst die Rede von Angela Merkel bei der Jubiläumsveranstaltung der Frauen-Union zum 70-jährigen Bestehen. Merkels Kernaussage war, dass die CDU nicht den „Ansprüchen einer Volkspartei genüge“, weil sie nicht genug Frauen in ihren Reihen habe.

Im Südwesten Deutschlands passierte derweil etwas ganz anderes. In Baden-Württemberg hatten Grüne und CDU fest verabredet, im Rahmen ihrer gemeinsamen Regierung auch das Landtagswahlrecht zu ändern. Bisher kann ein E-WählerIn in Baden-Württemberg im Unterschied zu anderen Bundesländern nur eine Stimme in den regionalen Wahlkreisen vergeben. Dieses System führt dazu, dass weniger Frauen im Parlament sind, als rein rechnerisch zu erwarten wäre. Die Landtagsfraktion der CDU kippte allerdings jetzt das Vorhaben. Die Grünen und auch die baden-württembergische Frauen-Union der CDU maulten zwar ein wenig, aber die Machtfrage wollte deshalb dann doch niemand stellen.

Dabei gäbe es durchaus Handlungsbedarf: Parteien sollten, da ist Angela Merkel zuzustimmen, die Wählerschaft auch in ihrer Zusammensetzung repräsentieren, sonst wird es, laut Kanzlerin „natürlich immer schwieriger, die Wünsche einer Mehrheit der Bevölkerung auszudrücken, zu artikulieren und zu erkämpfen“. Unter den Wahlberechtigten stellen Frauen seit Langem die Mehrheit, in den Landtagen liegt zurzeit der Frauenanteil jedoch nur zwischen 25 und 41 Prozent und im Bundestag bei 31 Prozent, mit wenig Veränderung in den letzten Wahlperioden.

Wenn es aber so schwierig ist, wie Baden-Württemberg erneut gezeigt hat, weibliche Repräsentanz über eine Änderung des Wahlrechts zu erreichen, vielleicht geht es dann besser mit anderen Mitteln, die mehr einem „sanften Zwang“ gleichen? Ein solcher bedeutet, dass eine Partei nicht zwingend der Wunschvorgabe einer Geschlechterparität folgen muss. Aber wenn sie sich verweigert, erleidet sie gewisse Nachteile.

Das klassische Mittel für einen sanften Zwang ist Geld. Und das ist im politischen Bereich ein durchaus starker Hebel. Die Parteien in Deutschland sind von der öffentlichen Wahlkampffinanzierung abhängig. Für das aktuelle sogenannte Wählerstimmenkonto haben die Parteien für die jeweils letzten Europa-, Bundestags- und Landtagswahlen Ansprüche an staatliche Zuflüsse im Umfang von 112 Millionen Euro akquiriert.

Man könnte hier nun die zusätzliche Vorschrift einführen, dass künftig die Mittel nur dann in voller Höhe ausgezahlt werden, wenn mindestens die Hälfte der so erzielten Parlamentssitze weiblich besetzt ist. Sind es weniger, kommt es zu entsprechenden Abschlägen. Wenn etwa eine Fraktion nur ein Zehntel weibliche Abgeordnete aufweist, dann müsste die Partei entsprechend auf 80 Prozent der ihr zustehenden staatlichen Mittel verzichten. Solche finanziellen Einbußen würden die Chancen bei der nächsten Wahl erheblich mindern wegen geschrumpfter Budgets für Plakate, Flyer, Veranstaltungen, Anzeigen.

Die Verfassung steht der Einführung einer solchen zusätzlichen Bedingung nicht entgegen. Artikel 3 des Grundgesetzes besagt in Absatz 2 durchaus handlungsorientiert: „Männer und Frauen sind gleichberechtigt. Der Staat fördert die tatsächliche Durchsetzung der Gleichberechtigung von Frauen und Männern und wirkt auf die Beseitigung bestehender Nachteile hin.“

Jetzt könnte die Zeit gekommen sein, auch gegenüber der zählebigen Geschlechtsdiskriminierung auf dieses Mittel zu setzen, um Parteien zu einer aktiven Gleichstellungspolitik zu animieren.

Aus: *taz*, 27.5.2018 (gekürzt)

Zu viel, zu wenig, falsch verteilt: Der große Kampf um die Agrarmilliarden

Mit banger Neugier erwarten Österreichs Bauern die Reform der EU-Agrarpolitik. Das Wachstum immer größer werdender Betriebe soll nicht länger unterstützt werden

Eine solche Trockenheit hat die Biobäuerin Maria Vogt, die neben dem Getreide- und Gemüseanbau auch Schafe züchtet, um diese Jahreszeit lange nicht erlebt. Doch die Erleichterung über den ersehnten Regen kann nicht über andere, drängendere Themen hinwegtäuschen. Es ist nicht nur das Klima, das der 59-Jährigen zu schaffen macht, sondern auch die anstehende Reform der Gemeinsamen Agrarpolitik der EU (GAP), die derzeit in Brüssel ausgearbeitet wird.

Am 29. Mai stellt die EU-Kommission ihren Vorschlag für den mehrjährigen Finanzrahmen vor, Agrarkommissar Phil Hogan kündigte zeitgleich Zahlen zur GAP an, die mit 2020 in Kraft tritt. Von einer Einigung ist man noch weit entfernt, die Diskussion ist emotional aufgeladen. Fest steht: Die Agrarförderungen aus Brüssel werden angesichts des Brexits und der Umschichtung von Geldern etwa für den EU-Grenzschutz straff gekürzt. Über die Höhe der Agrar-Einsparungen wird hart verhandelt. Laut aktuellem Entwurf soll das GAP-Budget von 408 Milliarden Euro in der aktuellen Periode auf 365 Milliarden Euro in der Periode 2021 bis 2027 schrumpfen.

Einer der umstrittensten Punkte der Reform ist die von der Kommission vorgeschlagene Obergrenze für Direktzahlungen (Capping) von 60.000 Euro pro Jahr. Landwirtschaftsministerin Elisabeth Köstinger sieht den vorgeschlagenen Betrag als Diskussionsbasis, will sich aber auf keine Summe festlegen. Andere Töne kamen aus der Opposition: SPÖ-Chef Christian Kern sprach sich für eine Deckelung bei 25.000 Euro aus. Derzeit werden die Mittel nach einem Flächenschlüssel vergeben: Je größer ein Betrieb, desto mehr EU-Subventionen erhält er. Das können für manche Betriebe schon mal 200.000 Euro aus Brüssel sein, dazu kommen nationale Förderungen. In Österreich wären 265 Betriebe von der geplanten Förderobergrenze betroffen. Sie gehören – zumindest hierzulande – zu den wirklich Großen: 30 Prozent aller EU-Agrargelder fließen an nur 1,5 Prozent der Landwirte.

Die rund 161.000 Höfe in Österreich bewirtschaften im Schnitt knapp 46 Hektar Land, etwa die Hälfte davon ist Ackerland. 90 Prozent werden als Familienbetrieb geführt, mehr als 55 Prozent der Bauern gehen einem zusätzlichen Broterwerb nach, da die Landwirtschaft allein das Auskommen nicht sichert. Die Familie Vogt, deren Ackerfläche in etwa dem österreichischen Durchschnitt entspricht, erhält Subventionen in der Höhe von 11.000 Euro pro Jahr. Der Großteil davon fließt in die Förderung des biologischen Anbaus. "Das Geld ist für uns wichtig", sagt die Landwirtin, die mit ihrem Mann und Sohn den Hof in Obersdorf bewirtschaftet. Der Betrag decke gerade einmal das ab, was ihr Familienbetrieb an Sozialversicherungsbeiträgen zahle.

Maria Vogt hält das Fördersystem für ungerecht. Die Zahl der Arbeitskräfte und nicht Hektar sollten als Maßstab für die Berechnung herangezogen werden. Mit der Flächenförderung landet das Geld oft bei Landbesitzern und nicht bei Landwirten, die Felder oft nur pachten. Für Franz Sinabell, Agrarökonom am Wirtschaftsforschungsinstitut, ist es jetzt an der Zeit für eine Diskussion darüber, was für Form der Landwirtschaft es künftig in Österreich geben soll. Man könne es wie die Franzosen machen, "die wollen nur mittlere Betriebe und lassen die kleinen sterben". Im Zentrum der neu akzentuierten EU-Agrarpolitik stünde jedenfalls der Ausgleich zwischen Groß- und Kleinbetrieben. Das Billigste für die Gesellschaft sei natürlich, gar kein Geld für die Landwirtschaft auszugeben – wie in Neuseeland. "Nahrungsmangel hat man dann nicht, die Nahrung gibt es weiterhin hochqualitativ."

Aus: *Der Standard*, 26.5.2018 (gekürzt)

So kämpft Bayern gegen Antisemitismus an Schulen

Bayern hat dem Antisemitismus in Schulen den Kampf angesagt. Dafür werden sogar spezielle Berater ausgebildet.

Im Kampf gegen Judenfeindlichkeit, Rassismus und Extremismus an Schulen setzt Bayern auf einen Mix aus Aufklärung und Beratung. „Jeden Fall von antisemitischen, antichristlichen und ausländerfeindlichen Übergriffen, Verbalattacken und Schmierereien nehmen wir ernst“, sagte Kultusminister Bernd Sibler (CSU) in München. „Wir dulden dies an Bayerns Schulen nicht. Hier gilt für uns der Grundsatz «Null Toleranz».“ Lehrer, Schulleitungen und die Schulaufsicht gingen jedem Einzelfall nach.

Während die baden-württembergische Ressortchefin Susanne Eisenmann (CDU) jüngst darüber nachdachte, Pflichtbesuche für Schüler in Gedenkstätten des nationalsozialistischen Unrechts einzuführen, ist das in Bayern längst Usus: Seit 2004 ist für die Jahrgangsstufe 9 am Gymnasium eine Exkursion zu einer Gedenkstätte für die Opfer des Nationalsozialismus verpflichtend im Lehrplan vorgeschrieben. An den Realschulen ist ähnliches im neuen Lehrplan Plus geregelt.

An Mittelschulen läuft ein Modellprojekt, „um – auch vor dem Hintergrund der an dieser Schulart oft sehr heterogenen Schülerschaft – die Vermittlung dieses Themas weiter zu optimieren und zu prüfen, unter welchen Bedingungen ein Gedenkstättenbesuch von Mittelschülern optimal verlaufen kann“, teilte das Kultusministerium weiter mit. Schüler der rund 40 am Projekt teilnehmenden Schulen haben im Sommer 2016 eine Gedenkstätte besucht. Das Projekt wird wissenschaftlich begleitet von der Abteilung Geschichtsdidaktik an der Universität Regensburg und ist noch nicht abgeschlossen.

„In jeder Form von Schule und Unterricht wird vermittelt: Das Grundgesetz und die Bayerische Verfassung bilden die Grundlage für unser Zusammenleben“, hieß es seitens des Ministeriums weiter. „Selbstverständlich haben sie klar Vorrang vor religiösen Vorschriften.“ Die Gleichberechtigung von Mann und Frau sowie das Verbot von Gewalt zur Lösung von Meinungsverschiedenheiten seien verpflichtende Inhalte des Lehrplans an allen Schularten.

„Kinder und Jugendliche brauchen eine umfassende Demokratie- und Werteerziehung, um in unseren christlich-abendländischen Werten gefestigt und stark zu sein und so extremistischen Ideologien entgegnetreten zu können“, teilte eine Ministeriumssprecherin weiter mit. Daher seien die politische Bildung und die Demokratie- und Werteerziehung als fächerübergreifendes Bildungsziel an allen Schularten in Bayern festgeschrieben. Zudem plane Minister Sibler, gezielt Werteinitiativen an den Schulen zu starten.

Unterstützung erhalten Lehrer unter anderem durch das im Herbst 2017 neu veröffentlichte „Gesamtkonzept für die politische Bildung an bayerischen Schulen“ und 18 sogenannte Regionalbeauftragte für Demokratie und Toleranz. Die speziell ausgebildeten Schulpsychologen oder Beratungslehrkräfte stehen den Schulen, aber auch den Eltern und Schülern als Ansprechpartner bei jeglicher Form von Extremismus und Rassismus zur Verfügung. Sie führen den Angaben nach bei einem Vorfall in der Schule Beratungsgespräche mit Betroffenen, informieren Schulen über Entwicklungen im Bereich des politischen und religiös begründeten Extremismus und koordinieren Angebote zur Gewaltprävention, Konfliktbewältigung und interkulturellen Pädagogik.

Aus: *Die Welt*, 23.5.2018

Die Gedanken sind frei

Das Superhirn verbindet menschliche mit Künstlicher Intelligenz. Die Forscher sind damit schon weit gekommen. Geben wir damit die Kontrolle über unsere Gedanken ab?

Unter einer Haube voller bunter Elektroden sitzen sie in ihrem Stuhl und steuern einen Roboterarm – nur durch ihre Gedanken. Dafür müssen sie ihre Gedanken auf diesen einen Vorgang konzentrieren, und sei er auch noch so simpel. Ablenkung darf es nicht geben. Die Probanden können sich nicht mehr selbst bewegen. Sie sind querschnittsgelähmt, haben Amyotrophe Lateralsklerose (ALS) oder leiden am Locked-in-Syndrom.

Viele von ihnen können nicht einmal sprechen. Auch hier schafft die Forschung Abhilfe: Mit Hilfe ihrer Gedanken steuern sie den Cursor auf einem Bildschirm über eine Buchstabentafel und können so kurze Antworten geben – ähnlich dem jüngst verstorbenen Astrophysiker Stephen Hawking, der an ALS litt. Der Roboterarm, den etwa die Wissenschaftler in der Schweiz entwickelt haben, erlaubt den Patienten, aus dem Gefängnis, das ihr Körper geworden ist, auszubrechen. Aber geben sie damit nicht die Kontrolle über ihre Gedanken ab?

„Die Gedanken sind frei, wer kann sie erraten, sie fliehen vorbei wie nächtliche Schatten“, so heißt es in einem Studentenlied. So wie in diesem Lied erscheint das Gehirn längst nicht mehr, wenn man sieht, was die Wissenschaft schon heute kann. So sollen in Hinblick auf die Zukunft des autonomen Verkehrs die Autos eines Tages die Gedanken ihrer Fahrer lesen. Statt konkreter Befehle soll die Technologie „Sixth Sense“ die Gefühle des Fahrers erkennen und das Auto entsprechend darauf reagieren. Wird der Fahrer etwa müde, rüttelt es ihn wach, fühlt er sich gestresst, dimmt das Auto das Licht und spielt Entspannungsmusik ab. Von der Serienproduktion ist das noch weit entfernt, undenkbar ist es jedoch nicht, dass künstlich intelligente Autos eines Tages sensibel auf den Fahrer reagieren.

Noch weiter gehen die Wissenschaftler um Miguel Nicolelis an der Duke-Universität im amerikanischen North Carolina. Ihnen gelang Außergewöhnliches. Sie implantierten Laborratten zwei Elektroden ins Gehirn und trainierten sie, einen kleinen Hebel in ihrem Käfig zu betätigen, um einen Schluck Wasser zu erhalten. Dann lasen sie mit einem Computer die Gehirnsignale aus, wandelten sie in einen Code um und schickten diesen über das Internet transkontinental nach Durham. Selbst für die Forscher war das Ergebnis überraschend: In drei viertel der Fälle betätigten die amerikanischen Ratten ebenso den kleinen Hebel in ihrem Käfig, um Wasser zu erhalten, wie ihre Kollegen. Und das ohne vorangegangene Konditionierung.

Was zunächst für den Normalsterblichen nach gruseliger Science-Fiction klingt, birgt ein riesiges Potential. Noch sind die Handlungen einfach, die Decodierung zwar komplex, aber im Vergleich zu anderen Vorgängen im Gehirn klar begrenzt. Doch gelänge es, wesentlich komplexere Vorgänge von einem Gehirn ins andere zu transferieren, wird es richtig spannend : In der Zukunft könnten so womöglich ganze Sprachen übertragen werden. Dem Amerikaner, der Englisch spricht, könnte Mandarin implantiert werden. Das mühsame Vokabel- und Grammatikpauken würde damit überflüssig. Auch das ist jedoch Zukunftsmusik, zum Leidwesen vieler Schüler.

Unheimlich wird es an anderer Stelle. Bislang legen die Forscher sich nicht fest, was sie alles von einem Gehirn ins andere übertragen können. Sie schweigen darüber, was in Zukunft möglich sein wird. Zu vage ist der derzeitige Forschungsstand. Sind auch Gefühle übertragbar? Einstellungen, Werte, ganze Ideologien? Hier wird es gefährlich. Dass die Technologie eines Tages von Diktatoren genutzt wird, um ihre Untertanen einer Gehirnwäsche zu unterziehen, hält Henrik Walter, Hirnforscher an der Charité in Berlin, für unwahrscheinlich.

Aus : FAZ, 10.06.2018 (gekürzt)

Bis die Bagger wiederkommen

In Frankfurt hat die Polizei ein Romalager geräumt, doch damit ist das Problem nicht gelöst. Immer mehr Migranten aus Osteuropa landen in Deutschland auf der Straße.

Ganz in der Nähe der gläsernen Hochhäuser stehen kleine, selbst gezimmerte Hütten aus Holzbrettern. Abgedichtet sind sie mit alten Matratzen. Davor: Einkaufswagen gefüllt mit leeren Flaschen, kaputte Fahrräder, Metallschrott. Sanitäre Einrichtungen oder eine Wasserversorgung gibt es nicht. Auch das ist Frankfurt, die Bankenmetropole am Main. Was aussieht wie ein Stück brasilianische Favela, ist ein Hüttenlager auf einer Industriebrache unweit des Hauptbahnhofs von Frankfurt am Main.

Hier im Stadtteil Gutleut haben monatelang etwa 30 Menschen gewohnt, bis die Polizei das Lager räumte. Fast alle ehemaligen Bewohnerinnen und Bewohner sind Roma. In den letzten Jahren haben sie im Schatten der Frankfurter Skyline immer wieder kleine Slums gebaut. Viele kamen nur zum Schlafen, früh am Morgen brachen sie auf, sammelten Pfandflaschen, gingen betteln oder versuchten, sonst irgendwie ein bisschen Geld zu verdienen. So wie andere Obdachlose in anderen deutschen Städten.

In Düsseldorf schliefen etwa zehn Menschen bis Ende März in selbst gebauten Hütten neben Bahngleisen, in Hamburg bestand ihr Lager nur aus Matratzen unter einer Brücke. In Berlin lebten Dutzende Obdachlose vor einigen Jahren in verlassenen Gartenlauben und im Herbst machte ein Zeltendorf im Berliner Tiergarten Schlagzeilen. Lauter kleine Elendsviertel im reichen Deutschland.

Seit Jahren nimmt die Zahl der Wohnungslosen in der Bundesrepublik zu. Im vergangenen Herbst schätzte die Bundesarbeitsgemeinschaft Wohnungslosenhilfe (BAGW), dass neben den rund 440.000 wohnungslosen Flüchtlingen etwa 420.000 weitere Menschen über keinen mietvertraglich abgesicherten Wohnraum verfügten. Die meisten leben in Notunterkünften, Wohnheimen oder bei Freunden. Geschätzte 52.000 schlafen auf der Straße. Vor zehn Jahren lag diese Zahl noch bei 20.000. Die wesentlichen Gründe für den Anstieg sind laut BAGW zunehmende Armut und Wohnungsnot.

Doch auch Zuwanderung spielte eine Rolle. Vor allem Migranten aus Osteuropa leben auf der Straße, in Großstädten liegt ihr Anteil laut BAGW inzwischen bei rund 50 Prozent. Das liegt daran, dass sie in vielen Fällen kein Recht auf Sozialleistungen haben. Noch Ende 2015 entschied das Bundessozialgericht, dass arbeitslose Europäerinnen frühestens nach einem Aufenthalt von sechs Monaten in Deutschland Anspruch auf Sozialhilfe haben. Seit Ende 2016 sind die Auflagen strenger. Die damalige Arbeitsministerin und heutige SPD-Chefin Andrea Nahles entschied, dass sie nur noch Hilfe bekommen, wenn sie fünf Jahre hier gelebt oder ein Jahr hier gearbeitet haben.

Gekoppelt an die Sozialleistungen ist auch der Anspruch auf eine längerfristige Unterbringung im Falle der Obdachlosigkeit. Wer sich aufgrund der EU-Freizügigkeit zwar legal hier aufhält, aber keine offizielle Arbeit findet, landet also schnell auf der Straße. Und so werden die informellen Hüttendörfer und Matratzenlager meist von obdachlos gewordenen Osteuropäern bewohnt, besonders häufig von Roma.

Laut einer Studie der Europäischen Grundrechteagentur sind Roma eine der am stärksten diskriminierten Minderheiten Europas. 80 Prozent der befragten Roma sind armutsgefährdet, jeder dritte lebt in einer Unterkunft ohne Leitungswasser. Vor allem in Osteuropa häufen sich zudem Berichte über gewaltsame Übergriffe. Chancen auf Asyl in Deutschland haben sie dennoch nicht, weil sie aus EU-Ländern oder vom Westbalkan kommen, also aus sogenannten sicheren Herkunftsstaaten.

Aus : *Die Zeit*, 08.06.2018 (gekürzt)

Lieferdienste: So umfährt Deliveroo Mitbestimmung

Im Februar hatte sich bei dem Lieferdienst eine Mitarbeitervertretung gegründet. Deliveroo hat nun die Verträge aller Betriebsräte auslaufen lassen.

Vor wenigen Wochen war für Orry Mittenmayer alles vorbei: Die türkisfarbene Thermobox, mit der der 25-Jährige mehr als ein Jahr lang als Essenskurier durch Köln geradelt war, hat er an das Unternehmen zurückgegeben. In der App, die ihm von Schicht zu Schicht die Route von den Restaurants zu den Kunden wies, wurde sein Profil deaktiviert. Mit seinem Vertragsende war vorerst auch der Versuch gescheitert, erstmals in Deutschland eine Mitarbeitervertretung bei Deliveroo zu organisieren.

Mittenmayer war einer von fünf Mitarbeitern, die erst im Februar von den Fahrerinnen und Fahrern von Deliveroo in Köln in einen Betriebsrat gewählt wurden. Jetzt, nur zwei Monate später, verlässt er als letzter der fünf Betriebsräte das Unternehmen.

Essenslieferunternehmen wie Deliveroo expandieren derzeit stark auf dem deutschen Markt und gelten als Avantgarde einer neuen Digitalwirtschaft: Die Arbeit wird vor allem über Internetplattformen oder Apps koordiniert, die den Einsatz der Mitarbeiter steuern. Die Fahrer arbeiten oft selbstständig oder mit Zeitvertrag. Betriebsräte zu gründen, die die Interessen der Mitarbeiter gegenüber dem Unternehmen vertreten, ist bei Digitalunternehmen mit ihren vielen Kurzzeitjobbern schwierig.

Umso erstaunlicher war, dass es im Februar doch gelang. Die Initiatoren hatten allerdings schon im Vorfeld den Eindruck, dass Deliveroo in Köln keine Mitarbeitervertretung will: Mittenmayers Kollege, der die Betriebsratsgründung mit vorangetrieben hatte, bekam kurz darauf eine Abmahnung. Den Arbeitsvertrag mit ihm hat Deliveroo wenig später auslaufen lassen. Über die Gründe wollte sich Deliveroo im März nicht äußern.

Dabei hatte sich Deliveroo-Geschäftsführer Felix Chrobog anfangs durchaus kooperativ gezeigt: "Liebe Fahrer, gerne unterstützt Deliveroo die Wahl eines Betriebsrates am Standort Köln", hatte er im November nach der Gründungsinitiative in einem Chat an die Fahrer geschrieben. Man werde natürlich mit dem Betriebsrat zusammenarbeiten, hatte Deliveroo nach der Wahl über seine Presseagentur ausrichten lassen. Dem Unternehmen blieb allerdings auch keine andere Wahl: Die Behinderung der Betriebsratsarbeit ist in Deutschland eine Straftat.

Verträge von befristet beschäftigten Betriebsräten auslaufen zu lassen, ist dagegen legal. Das Betriebsverfassungsgesetz sieht zwar einen Kündigungsschutz für Mitarbeitervertreter vor, damit sie sich ohne Angst vor Konsequenzen für die Belange ihrer Kollegen einsetzen können. Diese Absicherung bringt aber wenig, wenn ein Vertrag ohnehin ausläuft – ein Unternehmen kann einen Betriebsrat dann zur Frist loswerden, ohne überhaupt eine Kündigung aussprechen zu müssen.

Auf dem Bundeskongress des Deutschen Gewerkschaftsbundes (DGB) im Mai solidarisierten sich die Delegierten mit den Kölner Deliveroo-Betriebsräten. Für Mitte Juni ist nun ein Treffen des Bundesarbeitsminister Hubertus Heil (SPD) mit den Essenskurieren in Köln angesetzt. Orry Mittenmayer fordert eine Änderung des Betriebsverfassungsgesetzes: Ein Zeitvertrag soll sich automatisch für die Dauer, für die ein Mitarbeiter im Betriebsrat sitzt, verlängern.

Statt die Verträge der angestellten Fahrer zu verlängern, hat Deliveroo vermehrt auf Freelancer gesetzt – also auf formal selbstständige Kuriere ohne festen Arbeitsvertrag. Seit der Betriebsratsinitiative in Köln nahm die Zahl der Selbstständigen auffällig zu. Selbstständige Fahrer sind bei einer Betriebsratswahl nicht wahlberechtigt, sie dürfen weder als Kandidaten antreten noch mit abstimmen. Mittenmayer und die anderen Ex-Deliveroo-Betriebsräte aus Köln hoffen nun auf die Politik – und auf das Kölner Arbeitsgericht: Sie klagen auf Entfristung ihrer Verträge.

Erlass in Bayern in Kraft: Markus Söder und sein Kreuz

Seit diesem Freitag gilt die umstrittene Kreuz-Pflicht für bayerische Landesbehörden. Oppositionspolitiker sind sich sicher, dass sie bald wieder abgeschafft wird. Markus Söder hat pünktlich zum Start derweil einen Termin beim Papst.

In Bayern gilt von diesem Freitag an die umstrittene Kreuzpflicht für Landesbehörden. Auf Anordnung von Ministerpräsident Markus Söder (CSU) soll in allen Dienstgebäuden des Freistaates ein Kreuz im Eingangsbereich hängen. Damit soll nach Darstellung der Staatsregierung die christlich-abendländische Tradition Bayerns deutlich gemacht werden. Einzig Hochschulen, Theater und Museen sind von der Verpflichtung ausgenommen. Regierung intern ist das Innenministerium für die Umsetzung des Kreuzerlasses zuständig, es soll aber keine Kontrollen geben. Die Neuregelung gilt zudem nicht für die Behörden des Bundes und der Kommunen in Bayern, da diese nicht der Staatsregierung unterstehen. Vorgaben zur Gestaltung oder Größe des Kreuzes gibt es nicht. Bislang hängen bereits in Bayern Kreuze in Klassenzimmern und Gerichtssälen.

Kritiker aus der Opposition und den Kirchen sehen darin einen Schachzug, um im Landtagswahljahr Wähler zurückzugewinnen. Bayerns SPD-Vorsitzende Natascha Kohnen forderte abermals die Annullierung der Kreuz-Pflicht in bayerischen Behörden. „Ein souveräner Ministerpräsident würde den Fehler einräumen und den Erlass zurücknehmen“, sagte Kohnen der „Augsburger Allgemeinen“. Ministerpräsident Markus Söder (CSU) habe das Kreuz für ein Wahlkampf-Manöver missbraucht. „Das hat mich wie viele andere Christinnen und Christen empört.“

Auch die bayerische Landtagsvizepräsidentin Ulrike Gote von den Grünen sprach sich dafür aus, die Kreuz-Pflicht wieder abzuschaffen. „Wir gehen davon aus, dass der Kreuz-Erlass verfassungswidrig ist“, sagte sie der Zeitung. Der CSU-Regierung sei wohl selbst bewusst, dass die Vorschrift nicht zulässig sei. Daher nehme die Staatsregierung weder Kontrollen noch Sanktionen vor und flüchte sich jetzt in Ausnahmen von der Regel. „Der Kreuz-Erlass soll offensichtlich auf diesem Weg scheinbar beerdigt werden“, fügte Gote hinzu.

Zeitgleich zum Inkrafttreten des umstrittenen Kreuzerlasses trifft sich Markus Söder im Vatikan mit Papst Franziskus und dessen Vorgänger Benedikt XVI. Um 10.30 Uhr ist der bayerische CSU-Ministerpräsident im Apostolischen Palast zu einer Privataudienz bei seiner Heiligkeit geladen, anschließend will er sich im Kloster Mater Ecclesiae mit dessen Vorgänger treffen. Besuche von deutschen Politikern beim Papst sind seit Jahren gängige Praxis, in den vergangenen Tagen waren der nordrhein-westfälische Ministerpräsident Armin Laschet (CDU) und Berlins Regierender Bürgermeister Michael Müller (SPD) im Vatikan. Auch für Söder ist es bereits die vierte Audienz beim Oberhaupt der Katholischen Kirche, 2008 reiste er als damaliger Europaminister zu einer Generalaudienz zu Benedikt XVI., 2011 empfing dieser ihn dann in seiner Sommerresidenz Castel Gandolfo und 2012 reiste Söder zu Benedikts 85. Geburtstag.

Bei dem nicht öffentlichen Treffen mit Franziskus dürfte es auch um die Kreuzpflicht, aber auch die Zuwanderungspolitik sowie die Entwicklungshilfe gehen. Aus der Staatskanzlei hieß es im Vorfeld der Reise, dass die Terminüberschneidung mit dem Kreuzerlass reiner Zufall sei, die Reise sei bereits lange geplant gewesen. Begleitet wird Söder bei der Audienz von seinen engsten Mitarbeitern der Staatskanzlei sowie der deutschen Botschafterin beim Heiligen Stuhl, Annette Schavan. Während die Meinung von Franziskus zum umstrittenen Kreuzerlass nicht bekannt ist, dürfte der deutlich konservativer eingestellte Benedikt XVI. die Initiative Söders loben.

Die neuen genügsamen Billigarbeiter

Schweizer Medienhäuser entdecken die Potenziale der Robotertechnik

Vor einem Monat engagierte die Tageszeitung «Blick» einen Roboter. Sein Arbeitsplatz ist die Facebook-Seite der Zeitung, wo er schriftliche Fragen der Besucher beantwortet. Er hat dabei herauszufinden, welches die Vorlieben des Kunden sind, damit er ihm ein möglichst persönliches Medien-Menu vorschlagen kann. Die Adaptierung der österreichischen Entwicklung (Convex) auf Schweizer Verhältnisse beanspruchte sechs Monate.

Der Austausch mit dem Chat-Partner namens «Blicki» erlaubt keine sprachlichen Subtilitäten. Noch steckt die Roboterisierung der Kommunikation in den Kinderschuhen. Erste Schritte unternimmt im kommenden Jahr auch die Schweizerische Depeschagentur (SDA), welche die von Sportverbänden gelieferten Resultate automatisch in Textnachrichten umsetzen will. Die Schweizer Radio- und Fernsehgesellschaft (SRF) wiederum versucht es mit Push-Meldungen zur Fussball-WM. Vor einem Jahr experimentierte SRF auch mit einem digitalen Assistenten, welcher den Stimmbürgern bei der Meinungsbildung helfen sollte.

Seit einem halben Jahrzehnt taucht der Roboter-Journalismus regelmässig als Trendthema in Medienberichten auf. In einigen Redaktionen ist die Automatisierung der Nachrichtenproduktion bereits zur Routine geworden – zumindest bei einfachen Aufgaben wie der sprachlichen Verarbeitung von Daten zu Wetter, Schadstoffen, Verkehr, Sportergebnissen, Lotto oder Finanzen.

So erstellt die amerikanische Nachrichtenagentur Associated Press automatisch Kurzberichte zu den Quartalszahlen von Unternehmen, was ihr eine Vervielfachung des Outputs ermöglicht. Die britische Agentur Press Association wiederum wertet maschinell nationale Statistiken zu Bildung und Gesundheit aus, spezifiziert sie für einzelne Regionen und realisiert so bis zu 30.000 Meldungen pro Monat. Auch hier handelt es sich um Informationsmengen, welche früher «von Hand» gar nicht gefertigt werden konnten. Eine solche Leistung ermöglichte erst die Informationstechnologie.

Eine Produktionssteigerung bei niedrigen Kosten erlauben auch Dienste wie Wochit und Wibbitz, die vor allem für Medienhäuser interessant sind, welche im Textgeschäft gross wurden und Mühe haben, im audiovisuellen Bereich ein grösseres Volumen aufzubauen. Die beiden US-Firmen visualisieren auch für bekannte Medienunternehmen automatisch Textinformationen, sei es mit Fotos oder Videos. Innerhalb von Minuten sind sie offenbar in der Lage, die Texte auch in gesprochene Sprache zu übertragen. Eine Nachbearbeitung durch Redaktoren ist möglich.

Ein neues Feld eröffnet sich im Bereich der Sprachsynthese. Stefan Frerichs, Social-Media-Redaktor der ARD, verweist in einem Fachbeitrag auf Programme wie WaveNet, VoCo oder Lyrebird, welche in wenigen Jahren in der Lage sein könnten, echte Stimmen mit synthetischer Sprache zu simulieren. Radiosender oder auch Pressehäuser, die ihre Informationen hörbar machen wollen, hätten dann die Möglichkeit, Texte mit einer künstlichen, aber natürlich wirkenden Stimme zu präsentieren.

Technisch machbar wäre somit, so spekuliert Frerichs, die Stimmen von Radiomoderatoren auch während deren krankheits- oder ferienbedingter Abwesenheit einzusetzen. Wenn jedoch das Publikum über einen solchen Sachverhalt nicht aufgeklärt würde, wäre das medienethisch höchst fragwürdig – ebenso wie die Idee, eine schriftliche Stellungnahme beispielsweise eines Politikers durch dessen synthetisierte Stimme zu vertonen. Da auch im Videobereich die Manipulationsmöglichkeiten laufend zunehmen, wird es für seriöse Informationsanbieter umso wichtiger, beim Publikum keine Unsicherheit über die Authentizität von Bild- und Tonaufzeichnungen aufkommen zu lassen.

Aus: *Neue Zürcher Zeitung*, 9.6.2018 (gekürzt)

Schiele-Bilder müssen zurückgegeben werden

Von den Nazis geraubte Schiele-Gemälde müssen restituiert werden. Auch Wiener Museen besitzen Bilder aus der Sammlung von Fritz Grünbaum. Österreich sollte nun seiner Verantwortung nachkommen.

Fritz Grünbaum, der 1880 in Brünn geboren wurde, das damals noch Teil der Donaumonarchie war, gehörte zu den Ur- und Übervätern des Wiener Kabarett. Seine Wohnung in Wien wurde schon 1938 „arisiert“, also geplündert. Geraubt wurden bei dieser Gelegenheit auch die 453 Bilder, die der große Sammler Fritz Grünbaum dort aufbewahrte: Werke von Dürer, von Degas, von Rembrandt, Spitzweg, Kokoschka. Und 60 Bilder von Egon Schiele, der damals noch als ziemlich anstößiger Maler galt. Ein Teil der geraubten Kunstwerke wurde nie wiedergefunden. Doch jetzt ist in New York nach all dem Rauben und Morden wenigstens ein bisschen Recht geschehen. Vor gut zwei Jahren, das heißt im November 2015, entdeckte der Anwalt Raymond Dowd zwei Bilder von Egon Schiele bei der Kunstmesse „Salon Art + Design Show“ in der Armory an der Park Avenue. Das eine Bild heißt „Frau mit schwarzer Schürze“, das andere „Frau, das Gesicht verbergend“. Dowd kannte diese Bilder. Sie stammten aus Fritz Grünbaums Sammlung. Also verklagte er den Galeristen Richard Nagy, der sie in New York zum Kauf anbot. Der Prozess schleppte sich hin. Und nun hat der ehrenwerte Richter Charles E. Ramos die Gemälde Timothy Reif zugesprochen, der Testamentsvollstrecker und einer der Erben von Fritz Grünbaum ist. Er erklärte: „Heute hat meine Familie einen Teil ihrer Geschichte zurückerobert, der vom Nazi-Regime gestohlen wurde. Wir sind überglücklich und dankbar, dass Richter Ramos uns geholfen hat, das Erbe von Fritz Grünbaum zu schützen, der außergewöhnlichen Mut und Talent gezeigt hat und die moralische und rechtliche Bedeutung der Rückgabe von NS-Raubkunst an seine rechtmäßigen Erben erkannte. Diese Gemälde helfen uns, uns an das Leben derer, die wir lieben, zu erinnern und zu ehren und uns zu helfen, die jüdische Kultur zu bewahren, die die Nazis so sehr zu zerstören versuchten.“

Der Richterspruch Ramos' schafft nun einen interessanten Präzedenzfall. 1998 hatte nämlich der New Yorker Bezirksstaatsanwalt Robert M. Morgenthau Schieles Gemälde „Tote Stadt III“ beschlagnahmt, das sich im Besitz des Wiener Leopoldmuseums befindet. Der Fall sorgte seinerseits für Schlagzeilen rund um den Globus. Bis heute hängen im Leopoldmuseum und in der Albertina mindestens zehn Schiele-Bilder, die aus Grünbaums Sammlung stammen. Der Staat Österreich weigert sich hartnäckig, sie herauszurücken – jetzt könnte es für ihn juristisch schwierig werden.

Dem Cineasten fällt bei alledem Gustav Klimts „Porträt der Adele Bloch-Bauer I“, über das es den ergreifenden Film „Die Frau in Gold“ gibt. Jenes prachtvolle Gemälde hing bis 2006 in der österreichischen Galerie Belvedere. Dann gelang es Maria Altmann, der Nichte von Adele Bloch-Bauer, das Bild zurückzubekommen. Es war ein aufwendiges juristisches Verfahren, das bis vor den Obersten Gerichtshof in Washington, DC, gelangte: „Republic of Austria vs. Altmann“.

Der urteilte seinerzeit, das Gemälde sei gestohlen worden, deswegen könne Österreich sich nicht darauf berufen, dass ihm das Gemälde jetzt nach internationalem Recht gehöre. Dieses Grundsatzurteil könnte auch in den Rechtsstreitigkeiten, die jetzt bestimmt auf dem Fuße folgen, wieder eine Rolle spielen. Denn Richter Ramos hat eine Tür aufgestoßen, durch die es möglich wird, auch die anderen Klimt-Bilder wieder ihren rechtmäßigen Besitzern zuzuführen.

Wie Facebook widersprüchliche Kampagnen öffentlich machen will

Minister aus dem aktuellen Kabinett haben Facebook genutzt, um Wähler mit maßgeschneiderten und zum Teil widersprüchlichen Anzeigen zu locken. Facebook verspricht Abhilfe – im Juni soll es so weit sein.

Jens Spahn kennt die Tricks des politischen Geschäfts, er gilt als Meister der Erregung öffentlicher Aufmerksamkeit. Es verwunderte daher nicht, als im Bundestagswahlkampf 2017 bekannt wurde, dass sich der CDU-Politiker auf Facebook in einer politisch zentralen Frage widersprüchlich geäußert hatte, um gezielt zwei verschiedene, geradezu konträre Gruppen anzusprechen. In einem Post, den Spahn nicht seinen eigentlichen Facebook-Fans zuspielte, sondern „Personen zwischen 22 und 48, die in Deutschland wohnen“ und die sich außerdem für die „Alternative für Deutschland AfD“ interessieren, fragte er: „Sichere Außengrenzen für ein sicheres Europa. Seht ihr das genauso?“ In einem anderen Post gab sich Spahn hingegen weltoffen. Als Zielgruppe waren Großstädter zwischen 20 und 50 Jahren definiert. Zu sehen war ein Foto mit fünf Jugendlichen verschiedener Ethnien, versehen mit dem Slogan „Deutschland ist großartig“.

Was Spahn da nutzte, ist ein in Zeiten von Media-Kampagnen sehr verführerisches Instrument. Mithilfe des „detaillierten Targetings“ lassen sich verschiedene Wählergruppen gezielt ansprechen – die einen so, andere ganz anders, ohne dass die jeweils andere Gruppe davon Wind bekommt. Ist das zulässig oder Betrug? Und so wird seit der letzten Bundestagswahl auch in Deutschland debattiert, ob auf Facebook angezeigte Werbung transparent allen angezeigt werden sollte – oder ob sie weiterhin nur bestimmten Zielpersonen angezeigt werden kann. Zumindest von der FDP, vom Wirtschaftsrat der CDU und von der Satirepartei namens Die Partei ist bekannt, dass diese im Wahlkampf 2017 mit solchen Mitteln gearbeitet haben.

Facebook hatte bereits im Oktober 2017 angekündigt, dies ändern zu wollen und Transparenz zu schaffen. Künftig sollte jeder Nutzer auf jeder Facebook-Seite nicht nur sehen können, was er sehen sollte – sondern alle Anzeigen dieser Seite nachvollziehen können. Derweil wird die Plattform immer wichtiger für Politiker, um mögliche Wähler und Anhänger zu erreichen. Wie erst kürzlich bekannt wurde, hat die Bundesregierung in der vorigen Wahlperiode rund vier Millionen Euro für Facebook-Werbung hingelegt, das meiste für Rekrutierungsmaßnahmen der Bundeswehr. Fast das gesamte Bundeskabinett ist auf Facebook vertreten. Wahlkampf dort ist bequem und zeitsparend, und effizienter als in der Fußgängerzone ist er auch. Viele Menschen erreicht man nur noch über solche Kanäle.

Battis sieht es so: „Wenn jemand widersprüchlich im Wahlkampf gegenüber verschiedenen Wählergruppen argumentiert, also nicht nur mit leichten Unterschieden, dann verstößt dieser Politiker gegen Artikel 20 Abs. 2 des Grundgesetzes – ‚Alle Staatsgewalt geht vom Volke aus‘ –, weil der Wähler dann in seinem Wahlrecht manipuliert wird.“

Ab nächste Herbst sollen nun nur noch autorisierte Werbetreibende auf Facebook und Instagram Wahlwerbung schalten dürfen. Darüber hinaus sollen diese Werbeanzeigen als „politische Werbung“ gekennzeichnet werden. Mit dieser Transparenzoffensive wisse die Öffentlichkeit künftig besser Bescheid, wen Politiker wie mobilisieren und informieren, besser sogar als bei Plakaten oder gedruckten Anzeigen. Eine widersprüchliche Kampagne, wie sie Jens Spahn führte, würde so beim nächsten Mal nicht mehr laufen können.

"Gegen die Nachteile der Globalisierung hilft nur Umverteilung"

Reiche Länder profitieren besonders von der Globalisierung. Es gebe aber auch Verlierer, sagt Weltwirtschaftsforscher Holger Görg. Um die müsse sich der Staat kümmern.

ZEIT ONLINE: Herr Görg, eine Bertelsmann-Studie ergab jetzt, dass reiche Staaten stärker von der Globalisierung als ärmere profitieren. Vergrößert die Globalisierung also die globale Ungleichheit?

Holger Görg: Nein, die Entwicklungs- und Schwellenländer holen auf. Und es leben viel weniger Menschen in Armut als früher – dank der Globalisierung. Wir sind noch weit davon entfernt, dass alle Länder das gleiche Einkommensniveau haben. Aber der Trend geht in die Richtung.

ZEIT ONLINE: China gilt immer als der große Globalisierungsgewinner, in der Studie landet China aber auf einem der letzten Plätze. Wie kommt das?

Görg: Reiche Staaten haben zwar, absolut gesehen, mehr an Einkommen gewonnen. Aber das lässt komplett außer Acht, wie entwickelt die Staaten sind. Interessanter sind die prozentualen Gewinne. Da sind die Entwicklungs- und Schwellenländer viel stärker als die Industrienationen. China ist da ganz klar die Nummer eins: Durch die Globalisierung hat sich das Einkommen eines Chinesen seit 1990 im Schnitt mehr als verfünffacht. Und die 98 Euro, die ein Inder seit 1990 durchschnittlich in jedem Jahr mehr verdient, sind bei einem Bruttoinlandsprodukt von 1.500 Euro pro Kopf in Indien recht viel, in Deutschland wäre das sehr wenig.

ZEIT ONLINE: In der Studie geht es nur um den Vergleich von Ländern, nicht innerhalb der Länder. Profitieren alle Deutschen von der Globalisierung?

Görg: Die Ungleichheit nimmt in Deutschland und auch in allen anderen Ländern zu, denn die Gewinne aus der Globalisierung kommen nicht allen zugute. Dieser Aspekt wird in der Studie außer Acht gelassen. Die Oberschicht profitiert auf der ganzen Welt. Andere Bevölkerungsschichten verlieren, sowohl in Industrie- als auch in Entwicklungsländern. Die schlecht Ausgebildeten werden zurückgelassen, darunter jene, die nicht mit Kunden oder anderen Menschen zusammenarbeiten. Sie sind auf dem Arbeitsmarkt nicht mehr wettbewerbsfähig, weil die Löhne in anderen Teilen der Welt viel niedriger sind. Das typische Beispiel sind die Stahlarbeiter in den USA.

ZEIT ONLINE: Wie steht es um die Mittelschicht?

Görg: Man weiß, dass die Mittelschicht weltweit kleiner wird. Die Frage ist, ob die Menschen auf- oder absteigen. Ein Kollege hat zuletzt gezeigt, dass die Mittelschicht eher aufsteigt und damit zu den Globalisierungsgewinnern zählt. Aber da ist die Forschung noch nicht abgeschlossen.

ZEIT ONLINE: Wie sieht es in den ärmeren Ländern aus: Wer leidet hier unter der Globalisierung?

Görg: Durch die Globalisierung verdienen die allermeisten mehr als vorher, andere verlieren aber innerhalb ihrer Gesellschaft den Anschluss. Die Arbeitgeber erwarten von Beschäftigten inzwischen ähnliche Fähigkeiten wie in den Industrieländern. Aus China wandert die Textilproduktion gerade in Länder mit noch niedrigeren Löhnen ab, zum Beispiel nach Vietnam. Wer in China als Näherin oder Näher arbeitet, wird deshalb auch schnell zum Globalisierungsverlierer.

ZEIT ONLINE: Einigen Menschen würde es ohne Globalisierung also besser gehen?

Görg: Ja. Das ist das große Problem der Globalisierung.

ZEIT ONLINE: Was kann man dagegen tun?

Görg: Da sind die Staaten gefordert. Es muss ein soziales Sicherungsnetz geben, das die Menschen auffängt und ihnen ein Einkommen garantiert, wenn sie ihren Job verlieren. So wie in Deutschland und den meisten entwickelten Ländern. Aber das ist nicht genug. Es muss Möglichkeiten zur Weiterbildung und Umschulung geben, um den Menschen eine Perspektive zu bieten. Viele Studien zeigen, dass das Problem der Arbeitslosigkeit nicht nur der Einkommensverlust ist, sondern das Gefühl von Perspektivlosigkeit.

Warum hat Schönheit so einen schlechten Ruf?

Viele Bereiche des Lebens fordern von den Menschen, dass sie sich selbst optimieren. Doch, wenn es um das Bilden des Körpers geht, ist das oft ein Problem. Die Schönheit steht im Ruf des bloß Ererbten. Warum nur?

Jeder Mensch kommt mit Talenten zur Welt, der eine mit mehr, der andere mit weniger. Jedem ist es aufgegeben, das Beste daraus zu machen. Es gibt Gaben, die nutzlos sind, und es gibt Gaben, die sich allseitiger gesellschaftlicher Anerkennung erfreuen. Das ist zuvorderst die Intelligenz und alles, was mit ihr in Beziehung steht: Bildung, Witz, Weltläufigkeit. Ein Mensch, der zehn Sprachen spricht, darf mit Bewunderung rechnen. Und selbst die größten Gerechtigkeitsfanatiker finden wenig dabei, wenn Intelligenz das entscheidende Kriterium sozialer Auslese ist.

Und dann gibt es die Schönheit. Allein das relativierende Wort, sie liege im Auge des Betrachters, zeigt, welch schweren Stand sie hat. Es wird oft so getan, als gäbe es sie als objektives Faktum gar nicht: Jeder sei auf seine Weise schön. Erst die prominente Nase des Schauspielers Adrien Brody gebe seinem Gesicht Tiefe; erst der Leberfleck verleihe Cindy Crawford Charakter. Lob wird nicht verteilt für Schönheit, allenfalls für Eigenschaften, die schon wieder in Richtung Intelligenz oder Charakter tendieren: Eleganz, Stilsicherheit. Schönheit steht im Ruf, die Ausbildung anderer Qualitäten zu behindern: Wer schön ist, hat keinen Anreiz, auch noch lustig oder intelligent zu sein. Das ist ein Grund, warum viele für Schönheit nicht gelobt werden wollen.

Ein anderer: Schönheit gilt als etwas Intimes. Dafür gelobt zu werden, wird schnell als Übergriff wahrgenommen. Nach Schönheit wird nur zögerlich gesucht: In Kontaktanzeigen der seriösen Art dominierte lange die Nachfrage nach Humor, Unternehmungslust, Hobbys. Erst Plattformen wie Tinder haben mit der Verlogenheit aufgeräumt. Man wird im Leben ständig nach irgendwas beurteilt. Das ist der Kapitalismus, den kann man kritisieren. Es ist aber nicht einzusehen, warum ausgerechnet das Äußere eines Menschen, von dem die Mitmenschen ja am unmittelbarsten betroffen sind, der Würdigung durch andere entzogen sein soll. Das macht den Körper statt zur Normalität doch erst recht zur Tabuzone.

Schönheit, sagte einst Andy Warhol, ist eine Ausdrucksform der Intelligenz.

Margarete Stokowski, Kolumnistin bei „Spiegel online“, hat vor einiger Zeit in einem „Manifest“ mit dem Titel „Für mehr dicke Mädchen in Leggings“ geschrieben: Kommentare über die Körper anderer Leute seien nur gerechtfertigt, „a) durch medizinisches Fachpersonal, b) wenn man gefragt wurde oder c) wenn man eins aufs Maul bekommen möchte“. Warum das denn? Warum sollte der Körper außer Konkurrenz sein? Warum nicht auch der Geist, den gerade Kulturkritiker durch ihre Hymnen und Verrisse einem irren, geistfeindlichen Wettbewerb aussetzen?

Andererseits sollte es an den Orten, wo es um äußere Exzellenz geht, auch darum gehen dürfen. Die Schönheit wird stigmatisiert. Das zeigt sich auch an der Art, wie über die Modebranche debattiert wird. Über deren Körperbild kann man, aus ästhetischen Gründen, streiten. Was weithin vergessen wird: Es handelt sich bei den Models um Profis, die mit ihrem Körper arbeiten. Das mag nicht gesund sein. Das ist es aber genauso wenig, wenn Schriftsteller mit einer Kanne Espresso die Nächte durcharbeiten. Nur werden dagegen selten Kolumnen geschrieben.

Aus : FAZ, 06.06.2018 (gekürzt)

Vom Autofahren mit 92

Sie fühlt sich nicht zu alt zum Autofahren. Lange Strecken schrecken sie keineswegs. Begleiten wir Marlis Otto auf einem ihrer Ausflüge mit ihrem VW Golf Plus.

Wie viele PS ihr VW Golf Plus hat, weiß sie nicht. Unwichtig. Doch die hohen Sitze des Wagens weiß sie zu schätzen, die vereinfachen das Ein- und Aussteigen enorm. Dabei denkt Marlis Otto gar nicht an sich selbst. „Ich komme noch in jedes Auto hinein.“ Aber die anderen in ihrem Bekanntenkreis sind weniger beweglich, zumindest die ungefähr Gleichaltrigen. Die nimmt sie mit in die Ausstellung, ins Theater, ins Café, ins Museum. Sie ist die Fahrerin, immer. Die Einzige, die noch fährt. Mit 92.

Marlis Otto fährt nicht wenig. In zehn Jahren hat ihr Golf Plus, graumetallic und tipptopp gepflegt, 75.000 Kilometer gesammelt. Kilometer von der echten Sorte überwiegend, weniger solche, die Autos älterer Besitzer häufig absolvieren: Einkauf, Arztbesuch, Grabpflege, stets auf vertrauten Wegen, bloß nicht im Dunkeln, weil Augen, Gehör und Reaktionen nachlassen. Für Menschen, die noch Auto fahren, obwohl sie es eigentlich nicht mehr können, hat Marlis Otto kein Verständnis.

Daheim in Neu-Isenburg nutzt sie das Auto nur dann, wenn es nicht zu vermeiden ist. Alles, was sich mit dem Fahrrad erledigen lässt, erledigt sie mit dem Fahrrad, auch das Einkaufen. Der Tag vor unserem Treffen war ein stürmischer Tag. „Der Wind hätte mich fast vom Rad geweht“, erzählt Marlis Otto, wahrscheinlich ohne Übertreibung, zierlich, wie sie ist. Sie fährt viel Fahrrad. Mit 92.

Irgendwann war Marlis Otto die immergleichen erstaunten Nachfragen leid: Was, du in deinem Alter fährst noch Auto? Sogar allein in den Urlaub? So meldete sie sich schließlich vorigen August zum „Fahr-Fitness-Check“ des ADAC an. „Ich habe gespürt, dass ich das noch kann, und wollte mir das von einer anderen Person bestätigen lassen.“ Anderthalb Stunden lang ließ sich ein Fahrlehrer von Marlis Otto durchs Rhein-Main-Gebiet chauffieren. Auf der Teilnehmerurkunde – Gebühr 37 Euro – wurden Punkte wie Beweglichkeit, Reaktionsvermögen, Beobachtung des Verkehrs, Geschwindigkeit, Verkehrsregeln und Bedienungselemente abgehakt. Marlis Otto bekam ausschließlich Smileys.

Als sie ihren Führerschein erwarb, 1951, war das Autofahren noch eine „Männerdomäne“. Im Wiederaufbau der Nachkriegszeit nahm Marlis Otto eine Bürostelle an, was ihr als Leistungsturnerin mit Bewegungsdrang eigentlich nicht zusagte, aber ermöglichte, auf eine Vespa hin zu sparen. Dann heiratete sie nach Frankfurt und verwendete das Ersparte für eine Nähmaschine. Viel später wurde sie Grundschullehrerin. Das Studium begann sie mit 40, Manfred und Andreas, die beiden Söhne, waren da schon zehn und elf. Beide wurden Architekten, und als neulich das Navi-Gerät nach einem Software-Update verlangte, erledigte Manfred das für seine Mutter.

„Wie eine Nähmaschine“ lief das erste Auto der Familie, ein DAF von 1970, je ein Vorwärts- und ein Rückwärtsgang. Der DAF, ein komisches Fahrzeug, war damals recht verbreitet, und jeder, der einen besaß, schien sich dafür zu genieren. Es folgte ein VW Golf Automatik, „ein schreckliches Auto, das nie ansprang“. Trotzdem war jedes weitere Auto ein Golf, nicht zuletzt wegen der nahegelegenen Werkstatt, mit der Marlis Otto stets zufrieden war. Bloß ein Automatik-Wagen sollte nie wieder ins Haus kommen. „Das Schalten erledigt man selbst automatisch!“

Autofahren, antwortet Marlis Otto auf die Frage, warum sie nicht aufhöre damit, bedeute ihr Freiheit und Unabhängigkeit. Es sei ein großes Geschenk, dass sie es immer noch könne.

Sollen Blutspender Geld bekommen?

2017 gab es so wenig Vollblutspenden wie noch nie. Ein Medizinethiker schlägt deshalb vor, die Spender zu bezahlen. Es gibt aber auch Argumente dagegen.

Mit Geld könnte man aus Expertensicht mehr Freiwillige zur Blutspende bewegen. „Es wäre durchaus angemessen, die wertvolle Ressource Blut mit einer entsprechenden Aufwandsentschädigung zu vergüten. Man müsste es einfach einmal ausprobieren“, sagte der Münchner Medizinethiker Georg Marckmann der Deutschen Presse-Agentur zum Weltblutspendertag am 14. Juni. In einem zweiten Schritt könnte man dann untersuchen, wie sich die Zahlung auf die Spendenbereitschaft auswirke.

In Deutschland ist das Blutspenden grundsätzlich freiwillig und unentgeltlich. Private Spendedienste, Pharmaunternehmen und auch staatlich-kommunale Dienste zahlen aber Aufwandsentschädigungen für Vollblutspenden. Der größte Anbieter, das Deutsche Rote Kreuz (DRK), das etwa 70 Prozent des Blutes sammelt, bietet Spendern stattdessen Snacks, Getränke oder auch kleine Geschenke. Das DRK halte sich an einen internationalen ethischen Kodex des Roten Kreuzes, wonach Blutspenden unentgeltlich und freiwillig sein sollen, erklärt Kerstin Schweiger, Sprecherin der DRK-Blutspendedienste.

„Es gibt aus ethischer Sicht durchaus einige Argumente für eine Aufwandsentschädigung“, so Marckmann, Leiter des Instituts für Ethik an der Ludwig-Maximilians-Universität. In unserer Gesellschaft sei es grundsätzlich zulässig, Waren und Dienstleistungen gegen Geld zu veräußern. Deshalb müsse man nicht den Handel, sondern die Einschränkung des Handels ethisch rechtfertigen. „Blutprodukte bieten dem Empfänger erheblichen Nutzen bis hin zur Lebensrettung – warum sollte der Blutspender nicht im Gegenzug eine Vergütung erhalten?“, fragt der Wissenschaftler. Blut sei eine knappe und wertvolle Ressource. Und Blutspendedienste oder nachgeschalteten Firmen verdienten damit Geld, so Marckmann. „Daher ist es einfach nur fair, wenn die Menschen, die diese Ressource zur Verfügung stellen und dafür Zeit aufwenden, auch eine angemessene Aufwandsentschädigung bekommen. Wie hoch diese sein könnte, müsste man kalkulieren“, so Marckmann. Er hält etwa 25 Euro pro Stunde durchaus für angebracht.

Oftmals wird das Argument angeführt, die vergütete Blutspende führe zu einer Ausbeutung ärmerer Spender, die aus einer Notlage heraus spendeten. Die Spender könnten zudem ein höheres Krankheitsrisiko haben, so Marckmann. „Wenn man das Blut gut untersucht, spricht eigentlich nichts dagegen“, so der Humanmediziner. Der Arbeitskreis Blut, ein Expertengremium zu Fragen der Sicherheit bei Blut und Blutprodukten, erklärte dazu: „Es ist wissenschaftlich nicht nachgewiesen, dass eine Aufwandsentschädigung für Blut- und Plasmaspender in Deutschland die Sicherheit der Blut- und Plasmaprodukte beeinträchtigt.“ Bereits 1993 hieß es in einer Stellungnahme, eine Aufwandsentschädigung für direkte Kosten, etwa für die Anfahrt und den Zeitaufwand in einem Wert bis maximal 50 DM pro Spende werde für gerechtfertigt erachtet und als vereinbar mit den Richtlinien der Weltgesundheitsorganisation und des Europarates angesehen.

Insgesamt ist die Zahl der Vollblutspenden in Deutschland rückläufig. Während sie sich seit dem Jahr 2000 immer zwischen vier und fünf Millionen Spenden pro Jahr bewegte, gab es 2017 erstmals weniger als vier Millionen Spenden, wie aus Zahlen des Paul-Ehrlich-Instituts (PEI) hervorgeht. Mit einer großen Kampagne will das DRK in diesem Jahr 100.000 neue Spender gewinnen. Es sei wichtig, neue Bevölkerungsgruppen zu mobilisieren. Nur so könne auch in den kommenden Jahrzehnten die lückenlose Versorgung mit Blutpräparaten gewährleistet werden, so Schweiger.

Erfolgsfaktor Fremdsprachen

Mehrsprachigkeit macht Spaß und bringt die Karriere in Schwung Sprachen sind ein Schlüssel zum beruflichen Erfolg.

Längst setzen durch weltweite wirtschaftliche Vernetzung und Digitalisierung nicht mehr nur große, internationale Unternehmen das Beherrschen von Fremdsprachen voraus. Auch für Klein- und Mittelbetriebe sind solche Kenntnisse längst zum Wettbewerbsfaktor geworden. Dabei ist es nicht nur wesentlich, Sprachen einmal erlernt zu haben, sondern auch, sie aktiv anwenden zu können und fließend zwischen ihnen zu "switchen". Es gibt praktisch keine Branche, in der Fremdsprachen nicht gefragt wären. Von Tourismus, Gastronomie und Hotellerie über Vertrieb, Import und Export bis hin zu IT, Medizin und anderen Berufsfeldern kommt diesen regelrecht eine Schlüsselrolle bei der Aufnahme neuer Mitarbeitenden zu. Laut einer Studie sehen das inzwischen acht von zehn Unternehmen so.

Englisch bleibt am wichtigsten Hierzulande bleibt Englisch mit Abstand die wichtigste Fremdsprache und wird von der überwiegenden Mehrheit der Bevölkerung auf einem überdurchschnittlich guten Niveau gesprochen. Dahinter folgen Französisch, Italienisch und slawische Sprachen wie Tschechisch und Russisch. Beim Thema Mehrsprachigkeit ist Österreich international jedoch abgeschlagen: Laut Eurostat erlernen in der Sekundarstufe nur 8,8 Prozent zwei oder mehr Fremdsprachen. Welche Sprachen in Zukunft besonders von Bedeutung sein werden, lässt sich kaum abschätzen, zudem hängt das erforderliche Niveau auch von der Position ab: In Managementfunktionen wird in der Regel ein anderes Level verlangt als von Fachkräften oder Lehrlingen. Umso wesentlicher ist die Bereitschaft, lebensbegleitend zu lernen, um dauerhaft am Ball zu bleiben.

Aber wie kann man die richtige Sprache finden ?

Wer unsicher ist, welche neue Sprache ihn am besten weiterbringt, sollte sich vor der Entscheidung einige Fragen stellen. Zum Beispiel, welche Länder für die jeweilige Branche wirtschaftlich besonders interessant sind, ob das konkrete Unternehmen expandieren will oder Handelspartner sucht, Sprachkurse vielleicht sogar fördert oder selbst Empfehlungen ausspricht. Und weil es trotz allem nicht immer einfach ist, den richtigen WIFI-Sprachkurs und das passende Sprachniveau zu finden, ist der kostenlose Online-Einstufungstest ein hilfreiches Werkzeug. Lust auf Mehrsprachigkeit Doch potenziell bessere Karrierechancen sind für die meisten längst nicht die einzigen Gründe, neue Sprachen zu erlernen oder bestehende Kenntnisse zu vertiefen. Es ist auch die Lust daran, sich verständigen zu können und immer besser zu werden.

Berufsbegleitende Kurse auf allen Niveaus und Sprachtrainings mit Fachvokabular für unterschiedlichste Branchen sorgen dafür, dass Interessierte das für sie passende Angebot finden. Wer internationale Sprachenzertifikate erwerben möchte, kann sich mit der Vertiefung "Sprachen und Beruf" bestens darauf vorbereiten, um bei direktem Berufseinstieg die Chancen auf dem Arbeitsmarkt zu erhöhen oder eine solide Basis für verschiedene Studien zu erhalten. Gleichzeitig haben Unternehmen den Vorteil, dass die Sprachniveaus dem Europäischen Referenzrahmen entsprechen und damit eine nachvollziehbare Orientierung bieten. Zudem können sie Mitarbeitende gezielt mit maßgeschneiderten Firmen-Intern-Trainings unterstützen. Modernste Lernmethoden kommen heute zum Einsatz, die das Erlernen von Sprachen lebendiger und nachhaltiger gestalten. Die TrainerInnen, meist Native Speaker, motivieren die Teilnehmenden in besonderer Weise, vor allem das aktive Sprechen zu perfektionieren. Flexible eLearning-Module ergänzen das Angebot und sorgen dafür, dass Sprachen noch einfacher und ortsunabhängig erlernt werden können.

Kevin Kühnert in Berlin: Heiße Diskussionen mit dem Juso¹-Vorsitzenden

Von Yves Bellinghausen, Berlin
Frankfurter Allgemeine Zeitung, 14.02.2018

J *Beim zweiten Stopp der „No-GroKo-Tour“ des Juso-Vorsitzenden Kevin Kühnert kommt es zu hitzigen Debatten. Auf Angriffe gegen die Parteiführung verzichtet der Anführer der GroKo-Gegner aber.*

5 Der zweite Stopp von Kevin Kühnerts „No-GroKo-Tour“ findet in einem schmucklosen Pavillon in Berlin-Kreuzberg statt. Bis zum 27. Februar reist der Juso-Vorsitzende Kühnert durch Deutschland, um seine Partei davon zu überzeugen, beim Mitgliedervotum gegen die große Koalition zu stimmen. Am Dienstagabend, hätte es die perfekte David-gegen-Goliath-Geschichte werden können. Denn keine fünf Gehminuten von Kühnerts schmucklosem Pavillon entfernt, steht das mächtige Willy-Brandt-Haus, in dem der Parteivorstand sich in Personalpolitik verhedderte, während der Juso-Vorsitzende die Basis mit seiner Chuzpe² zu begeistern weiß.

10 Aber Kühnert wehrt sich gegen das Bild des Revoluzzers. Ohne Entourage drängt er sich an den Kamerateams vorbei auf das Podium in einem Mehrzweckraum des Pavillons. Seinen Rucksack nachlässig über die linke Schulter geworfen, Jeans, Pulli, Turnschuhe.

15 Kühnert sitzt, fast schon schüchtern, neben der Moderatorin der Veranstaltung, Sevim Aydin. Die Hände hat er unter dem Tisch auf seine Oberschenkel gelegt. Etwa 300 Menschen sind gekommen, um mit Kühnert zu diskutieren. Die meisten Gäste sind SPD-Mitglieder, aber auch einige Sympathisanten der Partei sind hier und vor allem: viele Journalisten. So viele, dass sie sich versehentlich untereinander ansprechen [...] bis man sich einander als Kollegen zu erkennen gibt. Das Publikum dagegen reicht vom neu eingetretenen Abiturienten mit Sternburg-Bier und Dönerbox bis zum Greis. Ein Blaumann steht neben einem Rollkragenpullover.

20 In einer der vorderen Reihen sitzt Konrad Riedel. Er ist 33 Jahre alt, also noch im Juso-Alter, und wäre gemeinsam mit seiner Frau fast den Sozialdemokraten beigetreten. Aber nur für das Mitgliedervotum in die Partei einzutreten, das fand er dann doch nicht ganz richtig und so ist er heute gekommen, um sich das Politspektakel selbst anzusehen. „Ich will mal ein Hands-On bei der SPD machen und gucken, ob das meine Partei sein kann“, sagt er.

25 **Viele Gründe gegen die Groko**

30 Als die Fragerunde beginnt, wacht Kevin Kühnert, der während der einleitenden Rede der Moderatorin noch so schüchtern gewirkt hat, plötzlich auf. Wenn ihm Fragen gestellt werden, dann huschen seine Hände von den Oberschenkeln auf den Tisch und notieren Stichpunkte. Dann schaut Kühnert den Fragenden gebannt an, starrt fast und nickt manchmal energisch, wenn ihm etwas gefällt. „Gut, dass du das angesprochen hast“, sagt er, wenn die Moderatorin ihm das Wort erteilt.

¹ die Juso = Arbeitsgruppe der Jungsozialisten in der SPD

² die Chuzpe = die Unverschämtheit

35 Bis vor Kurzem hätte sich Konrad Riedel nicht vorstellen können, in die SPD einzutreten, sagt er. Nicht links genug sei die SPD ihm gewesen. Damit passt Riedel gut zu den anderen Gästen der Veranstaltung. Denn die meisten hier in Berlin-Kreuzberg lehnen die große Koalition ab. Jeder Gegner hat an diesem Dienstagabend seine ganz eigenen Gründe dafür: Den einen fehlt ein ehrliches Bekenntnis zu Europa, die anderen vermissen groß angelegte Investitionen, zu wenig für den ländlichen Raum werde getan, das Gesundheitssystem und ganz allgemein die soziale Gerechtigkeit! Und auch immer dabei an diesem Abend ist die AfD, deren Erstarren sowohl die Gegner, als auch die Befürworter einer neuen großen Koalition fürchten.

40 Der Tenor an diesem Abend ist, es anders zu machen, ein Wunsch nach großen Ideen und den Mut, sie umzusetzen. Kevin Kühnert personalisiert diesen Wunsch. Seine Frage: „Wer sollte das machen, wenn nicht wir Sozialdemokraten?“, erntet energischen Beifall. Der Koalitionsvertrag sei zwar solide, sagt Kühnert, aber das seien vergangene Groko-Koalitionsverträge auch gewesen, und auf die Union könne man sich einfach nicht verlassen. Wenn die SPD so weitermache, dann sei sie bald unter 15 Prozent, prophezeit Kühnert. [...]

45 Konrad Riedel ist sich noch immer nicht ganz sicher, ob er der SPD beitreten möchte. Dass auch einige Groko-Befürworter gekommen sind, habe ihn überrascht, sagt er nach der Veranstaltung. Kevin Kühnert wird unterdessen wieder von den Kamerateams überfallen und wirkt weit weniger begeistert als noch während der Debatte. Die Besucher strömen aus dem Pavillon hinaus und diskutieren weiter auf dem Weg zum U-Bahnhof. Glaubt man Kevin Kühnert, dann ist das alles, was er erreichen wollte.

50

Neuer bayerischer Ministerpräsident : Aufregung um Kruzifix-Beschluss: Hinter Söders Kontroversen steckt eine Strategie

1 Spätestens jetzt dürfte Markus Söder der bundesweit bekannteste Ministerpräsident sein. Mit seinem Kruzifix-Vorstoß für alle bayerischen Behördenfoyers hat der Regierungschef, der gerade wenige Wochen im Amt ist, nicht nur an den Stammtischen im Freistaat das Thema schlechthin gesetzt.

5 Politiker in Bund und Ländern, Kirchen, Gewerkschaften, Verbände - jeder nutzte nach dem aufsehenerregenden Kabinettsbeschluss der bayerischen Staatsregierung alle Möglichkeiten zu Kritik, Spott und Häme. Auch im Netz entbrannte sofort ein „Shitstorm“.

10 Egal wie man persönlich zu dem Beschluss steht - die Debatte zeigt einen ganz wichtigen Teil von Söders polarisierendem Politikstil: die kalkulierte Kontroverse. Jenes System hat Söder über die Jahre nicht nur viele Kritiker und Erzfeinde beschert - darunter gar sein eigener Parteichef Horst Seehofer. Es hat ihn dank seines Fleißes auch über verschiedene Ministerposten und Talkshows hinweg in das Amt geführt, welches er immer wollte: Ministerpräsident in Bayern.

15 **Bei Söders Kreuzzug war Kritik eingeplant - aber der Plan ging nur zum Teil auf**

Um eines vorwegzunehmen: Bei Söders Kreuzzug war zwar Kritik durchaus eingeplant, in einer Sache ging der Plan aber nicht auf. Für einen aus Söders Sicht ausgewogenen Diskurs fehlten am Ende externe Unterstützer, allen voran die 20 Kirchen. Dabei hätte dies so gut ins CSU-Selbstbild als Retterin der christlichen Werte und Traditionen gepasst. Wie gesagt hätte. Denn es kam anders.

25 Söder selbst reagierte leise, bedauerte den Streit. Zum Gegenangriff blies dafür umso mehr CSU-Generalsekretär Markus Blume, sonst kein Freund verbaler Rundumschläge. Er macht die Kritiker kurzerhand zur „unheiligen Allianz von Religionsfeinden und Selbstverleugnern“. Für Kirchenvertreter und Kirchenanhänger ein Affront sondergleichen. Auch weil der bekennende Christ Söder den Kirchen früher immer wieder vorhielt, sie sollten sich nicht in politische Themen einmischen.

CSU als konservativer Taktgeber

30 Wer Söders Bereitschaft für solche Vorstöße zumindest ansatzweise verstehen will, muss aber noch mehr wissen: Am 14. Oktober wird in Bayern ein neuer Landtag gewählt und Söder hat wiederholt erklärt, dass für ihn am Ende nur ein

großes Ziel zählt - die Verteidigung der absoluten Mehrheit der CSU im Landtag. Trotz der 38-Prozent-Pleite bei der Bundestagswahl im September, trotz AfD und
35 letztlich auch trotz Angela Merkels einstiger Flüchtlingspolitik.

In diesem Kontext belegt die Kreuzdebatte eines klar: Söder und die CSU und nicht etwa andere Parteien, vor allem nicht die AfD, sind in aller Munde, „setzen Themen und sind Taktgeber“, wie es sich Söder vor Monaten wünschte. Ob das für die absolute Mehrheit reicht, muss sich zeigen. In Umfragen hat die CSU seit
40 Söders Wahl deutlich dazugewonnen, zuletzt lag sie bei 44 Prozent, Tendenz steigend.

Söder schaut nicht nur auf die Schlagzeile von morgen

Wer Wegebegleiter von Söder - auch aus anderen politischen Lagern - nach dessen besonderer Stärke fragt, der hört oft folgendes: „Söder beherrscht wie
45 kaum ein anderer die Klaviatur aus Provokation, Ehrgeiz und Blick in die Zukunft.“ Während die ersten beiden Punkte schon lange bekannt sind, zeigt sich der letzte Punkt in diesen Wochen offensichtlich wie selten zuvor. Was immer Söder sagt oder macht, in seinem Kopf ist nicht nur die Schlagzeile des nächsten Tages, sondern mindestens auch schon die von übermorgen.

50 Bei der Festlegung seiner Strategie verlässt sich Söder aber in erster Linie auf sich selbst. Dabei helfe ihm sein Jura-Abschluss ebenso wie seine Erfahrung als Fernsehjournalist, sagt er gerne, am Ende verweist er aber auch auf sein christlich-konservatives Gespür.

Und natürlich ist dann da auch Söders Selbstdarstellungsdrang, den er etwa in
55 sozialen Netzwerken auslebt - egal ob Bilder von Nürnberger Bratwürsten, bayerischen Trachtlern, oder einem Video mit Edmund Stoiber vor einem **altbackenen** Sofa von Franz Josef Strauß.

Kurzum: Söder liebt es, mit Emotionen zu spielen und mit seiner eigenen Inszenierung auch linksliberale Milieus zu provozieren. Mal als Reizfigur, die
60 sich um die bayerische Identität oder den Schutz der Grenzen sorgt, mal als spendabler, fast schon landesväterlicher Sozialpolitiker, der kurzerhand Wohltaten für Familien und Alte in Milliardenhöhe möglich macht.

Quelle : Focus.de

30.04.2018

Wortschatz :

Vorstoß : Initiative (Markus Söder hat angeordnet, in allen bayerischen Behörden ein Kruzifix aufzuhängen).

Behördenfoyers : Eingangsbereich der Amtsgebäude

Altbacken : altmodisch

Kostenloser Nahverkehr: Gratis gibt es nicht gratis

Ein Kommentar von Margret Hucko
Der Spiegel, 14.02.2018

J *Die Bundesregierung erwägt einen kostenlosen Nahverkehr. Doch die gute Idee wird aus den falschen Motiven ins Spiel gebracht.*

5 Es klingt wie eine kleine Revolution: Die Bundesregierung denkt darüber nach, den öffentlichen Nahverkehr kostenlos zu machen. Bus und Bahn nutzen zum Nulltarif - wer wird da schon protestieren? Schwarzfahrer gibt es nicht mehr, lästiges Ticketlösen fällt weg. Alles super? Nicht ganz. Denn die gute Idee wird aus den falschen Gründen ins Spiel gebracht.

Natürlich ist es richtig (und überfällig!), den öffentlichen Nahverkehr zu stärken. Gratis-ÖPNV¹ scheint dabei der konsequenteste Ansatz; ein Statement im Autofahrerland, von dem nicht nur die Umwelt, sondern vor allem Menschen profitieren, die auf staatliche Hilfe angewiesen sind.

10 In Zeiten von Luftverschmutzung und drohenden Fahrverboten zählt zudem jeder Großstädter, der sein Auto stehen lässt. Besonders diejenigen, die sich hoffentlich von den klimatisierten Ledersitzen im Luxus-SUV auf die Polster der S-Bahn bequemen. Es gibt Untersuchungen, die genau diesen Effekt bezweifeln. Kostenloser ÖPNV würde Radfahrer und Fußgänger in die Busse locken, heißt es. Doch davon sollte sich die Regierung nicht abschrecken lassen.

15 Denn zu groß wäre der Gewinn, wenn der Umstieg klappt: Im Vergleich zum privaten Pkw, der im Schnitt 1,5 Personen durch die Gegend kutschert, schneiden die öffentlichen Verkehrsmittel in allen Punkten sauberer ab - beim Treibhausgas CO₂, bei gefährlichem Feinstaub und den für die Atemwege belastenden Stickstoffoxiden. Mit Ausnahme von veralteten Linienbussen, die dringend einer Nachrüstung durch Katalysatoren bedürfen.

20 **Wo bleibt das Verursacherprinzip?**

Je niedriger die Hemmschwelle liegt², in den Bus zu steigen, desto größer die Wahrscheinlichkeit der Nutzung. Fast jeder kennt vermutlich die verzweifelte Suche nach Kleingeld für die Bahn, das vergessene Passwort für die Nahverkehrs-App. Wer dann ein Auto vor der Tür stehen hat, zögert nicht lange.

25 Trotzdem hat die Idee einer Demokratisierung der Mobilität, der kostenlosen Freiheit auf Schienen, einen Haken. Der Vorstoß von Umweltministerin Barbara Hendricks, Verkehrsminister Christian Schmidt und Kanzleramtschef Peter Altmaier beim EU-Umweltkommissar Karmenu Vella kommt ja nicht von ungefähr. Wegen anhaltender Überschreitung der EU-Luftqualitätsgrenzwerte in 70 deutschen Städten droht Deutschland eine Klage vor dem Europäischen Gerichtshof. Verursacher der schlechten Luft sind nachweislich Diesel-Pkw.

30

¹ ÖPNV = öffentlicher Personennahverkehr

² Je niedriger die Hemmschwelle liegt = je einfacher es ist

35 Und da wären wir beim Punkt. Wo bleibt das Verursacherprinzip bei der Finanzierung? Zwar liegt noch kein belastbares Konzept vor, doch darf vermutet werden, dass am Ende der Steuerzahler zur Kasse gebeten wird. Zwar ist es aus ökologischer und sozialer Sicht sinnvoller, Abgaben für Busse und Bahnen zu zahlen statt für die Instandhaltung von Straßen. Doch der kostenlose ÖPNV käme noch on top.

Und das kostet eben Geld. Wie groß die finanzielle Belastung für die öffentlichen Kassen wäre, rechnete der Hamburger Verkehrsverbund (HVV) am Beispiel der Hansestadt vor. Der HVV erziele durch Fahrscheinverkäufe jährlich rund 830 Millionen Euro, sagte ein Sprecher. Diese Mittel müssten bei einem Gratis-Angebot zusätzlich vom Steuerzahler aufgebracht werden.

40 **Die Allgemeinheit soll für ein Versagen der Verantwortlichen zahlen**

45 Dabei gehören die Verantwortlichen in die Pflicht genommen - und das wäre die betrügerische Autoindustrie. Doch diese hat sich mit 250 Millionen Euro am Fonds für saubere Luft in den Städten freigekauft. Es drängt sich der Eindruck auf, dass die Politik wieder einmal die Allgemeinheit für ein Versagen der Pkw-Konzerne zahlen lässt. Als sei der Preis für die Dieselschummeleien nicht schon hoch genug: die Gesundheit vieler Menschen.

Es wäre schade, wenn die gute Idee des Gratis-ÖPNV durch das unlauter³ erscheinende Motiv der Politik Schaden nehmen würde. Deshalb der Vorschlag: Gratis-ÖPNV machen und durch Autoindustrie und -fahrer finanzieren lassen - durch höhere Steuern auf Dieselkraftstoff und dem Wegfall des Dienstwagenprivilegs!

50 Allein durch die Begünstigung von Diesel gehen dem Staat laut Umweltbundesamt 7,8 Milliarden Euro jährlich verloren. Damit ließen sich die Ticketpreise im Öffentlichen Nahverkehr schon deutlich reduzieren. Dann wäre Deutschland schon ganz nah dran am neuen Traum der freien Fahrt - mit Bus und Bahn.

³ unlauter = nicht fair

Neue Koalition in Österreich: Die rechte Regierung und der grüne Präsident

Der Spiegel, 16.12.2017
Von Hasnain Kazim, Wien

J *Zwei Monate nach der Wahl steht Österreichs neue Regierung: eine Koalition aus konservativer ÖVP und rechter FPÖ. In die Kritik gerät nun ausgerechnet der grüne Bundespräsident.*

5 Die Gespräche verliefen hochprofessionell, effizient und "getragen von gegenseitigem Respekt", wie man aus Kreisen sowohl der Österreichischen Volkspartei (ÖVP) als auch der Freiheitlichen Partei Österreichs (FPÖ) hört. Kaum etwas Inhaltliches drang nach außen, und auch über Personalien wurde nichts durchgesteckt. So musste sich die Öffentlichkeit mit Spekulationen begnügen. Erst am Freitagnachmittag gab zunächst die rechtspopulistische FPÖ die Namen ihrer künftigen Minister bekannt, am Abend drangen dann auch die Personalien der bürgerlich-konservativen ÖVP durch.

J₀ Nur zwei Monate haben die Koalitionsverhandlungen in Wien gedauert. Am 15. Oktober haben die Österreicher gewählt, knapp neun Wochen später steht die Regierung. Sebastian Kurz wird mit 31 Jahren der jüngste Bundeskanzler, den Österreich je hatte, außerdem jüngster Regierungschef Europas. Und mit Heinz-Christian Strache wird der Chef der FPÖ Vizekanzler. Schon am Montag soll Bundespräsident Alexander Van der Bellen die neue Regierung vereidigen oder, wie man in Österreich sagt, angeloben.

J₅ Was genau der Koalitionsvertrag beinhaltet, soll erst am Samstag verkündet werden. Am Vormittag sollen noch die Parteigremien dem Vertrag zustimmen, erst dann wolle man sich an die Öffentlichkeit wenden, heißt es. Die Show ist bis zum Ende perfekt inszeniert.

Viele Zugeständnisse an die FPÖ

20 Ob es weiterhin so glatt und harmonisch läuft, wie es den Anschein hat, ist ungewiss. Aus der ÖVP ist schon jetzt zu hören, Kurz habe sich die Kanzlerschaft "sehr teuer erkaufte" und "zu viele Zugeständnisse" gemacht. Obwohl die ÖVP 31,5 Prozent der Stimmen bekommen hat und die FPÖ deutlich weniger, nämlich knapp 26 Prozent, erhalten die Rechtspopulisten neben der Vizekanzlerschaft fünf Ministerposten - darunter Außen-, Innen- und Verteidigungsministerium.

25 Die größte Unbekannte dürfte die künftige Außenministerin Karin Kneissl, 52, sein, Nahostexpertin und Energieanalystin, formell parteilos, von 1990 bis 1998 als Diplomatin tätig, danach als Journalistin. Die studierte Arabistin und Juristin, die unter anderem in Jerusalem und Amman gelebt hat, gilt als EU-Kritikerin. Doch Bundespräsident Van der Bellen hatte angedroht, er werde nur eine EU-freundliche Regierung vereidigen und keine, die eine Volksabstimmung über den Verbleib Österreichs in der EU anstrebe. Teile der Europapolitik nimmt der bisherige Außenminister Kurz nun mit ins Kanzleramt.

30

Größter Aufreger ist der künftige Innenminister Herbert Kickl, 49, bislang Generalsekretär und so etwas wie das Mastermind der FPÖ. Er war Redenschreiber des verstorbenen Rechtspopulisten Jörg Haider und Texter von FPÖ-Wahlsprüchen wie "Abendland in Christenhand", "Daham statt Islam"

35 oder "Wiener Blut - zu viel Fremdes tut niemandem gut". Politische Gegner halten ihn für einen "Rechtsaußen", er selbst sieht sich "von sozialpolitisch links" bis "ordnungspolitisch rechts".

Präsident Van der Bellen, ehemals Sprecher der Grünen, hatte im Verlauf der Koalitionsgespräche angekündigt, bestimmte FPÖ-Politiker nicht als Minister zu vereidigen. Kickl hatte er aber nicht genannt, was ihm nun zum Vorwurf gemacht wird. Grünenpolitiker zeigen sich von Van der Bellen enttäuscht, weil er Kickl nicht verhindert habe. Van der Bellen habe vor seiner Wahl zum Staatsoberhaupt 2016 für ein offenes, demokratisches Österreich geworben und halte dieses Versprechen nun nicht ein, werfen ihm Kritiker vor.

Die "Blauen" bekommen beide Uniform-Ressorts

45 Auch das Verteidigungsministerium geht an einen FPÖ-Politiker, nämlich an Mario Kunasek, 41, einen Kfz-Mechaniker und Unteroffizier, der in der FPÖ die politische Ochsentour¹ bis zum Chef der Partei im Bundesland Steiermark durchlaufen hat. Scharfe Kritik gibt es, weil mit Kickl und Kunasek künftig zwei "Blaue", wie FPÖler genannt werden, das Sagen über alle Uniformierten haben. 1934 hatten Polizei und Militär gemeinsam auf Arbeiter geschossen, daher versucht man in Österreich, die beiden Ressorts möglichst nicht in die Hand einer Partei zu geben.

50 ÖVP und FPÖ wollen eine "grundsätzlich neue Politik" für Österreich, einen "Systemwandel". Wie genau das aussieht, wird sich zeigen. Während der Koalitionsverhandlungen sind nur kleinere, gleichwohl umstrittene Entscheidungen an die Öffentlichkeit gedrungen:

- zum Beispiel, dass ein ab Mai 2018 geplantes Rauchverbot in Gaststätten doch nicht kommen werde,
- dass staatliche Leistungen für Asylberechtigte gekürzt werden,
- dass es künftig wieder ab der ersten Klasse Schulnoten geben werde
- und dass künftig zwölf Arbeitsstunden täglich und 60 Wochenarbeitsstunden im Rahmen einer Arbeitszeitflexibilisierung möglich sein werden.

60 Erleichtert nimmt man in Wien zur Kenntnis, dass ein Aufschrei im Ausland über die Regierungsbeteiligung der FPÖ ausbleibt - anders als im Jahr 2000, als das erste ÖVP-FPÖ-Bündnis zustande kam. Damals belegten die EU-Staaten Österreich mit Sanktionen. Heute weiß man, dass Europa insgesamt nach rechts gerückt ist und dass in mehreren EU-Staaten Rechtspopulisten mitregieren.

Österreich steht nicht mehr allein da.

¹ die Ochsentour = die Karriere

Über die Brücke

Jobs – Minister Hubertus Heil will ein Rückkehrrecht von Teil- in Vollzeit einführen. Doch wenn die Arbeit zwischen Männern und Frauen gerechter verteilt werden soll, reichen Gesetze allein nicht.

Von Markus Dettmer und Anne Seith

1 In der Theorie sind sich alle einig : Teilzeitarbeit gehört zu den besten Mitteln, wenn es um die Vereinbarkeit von Beruf und Familie geht. Sie schafft die Möglichkeit, dass Kinder nicht automatisch für einen Elternteil das Aus im Berufsleben bedeuten, weil er sich zwischen Familie oder Vollzeitjob entscheiden muss.

5 Deshalb gibt es seit 2001 einen gesetzlichen Anspruch für Arbeitnehmer, ihre Wochenarbeitszeit zu reduzieren.

In der Praxis ist aber etwas schiefgelaufen : Das Gesetz bietet zwar Männern und Frauen die gleichen Rechte, in Teilzeit zu gehen. Doch es sind seit Anbeginn vor allem Frauen, die davon Gebrauch machen. Fast jede zweite Frau arbeitet heute Teilzeit, aber gut nur jeder zehnte Mann.

10 Und so hat sich die Chance für viele Frauen zur Falle entwickelt. Denn das Gesetz ebnet viele Wege in die Teilzeit, aber keiner, der aus ihr herausführt.

Das will Hubertus Heil (SPD) ändern. Gerade einmal fünf Wochen im Amt, legte der Bundesarbeitsminister der Großen Koalition einen Gesetzentwurf vor. Der soll schon im Mai durchs Kabinett und im Januar 2019 in Kraft treten.

15 Zum einen will Heil Arbeitnehmern in Vollzeit die Möglichkeit geben, für eine befristete Zeit in Teilzeit gehen zu können – allerdings mit dem gesetzlich verbrieften Recht, danach wieder auf eine volle Stelle zurückkehren zu können.

Zum anderen will er die Chancen derer verbessern, die bereits einen unbefristeten Teilzeitvertrag haben, ihre Wochenstunden aber gern erhöhen möchten. [...]

20 Doch wen betrifft das Gesetz ? Vor allem : Wie wird es wirken ?

2017 arbeiteten fast 15,7 Millionen Menschen in Deutschland in Teilzeit. Auch wenn ihre Zahl über die Jahre zugenommen hat, liegt ihr Anteil an der Zahl aller Beschäftigten seit 2011 relativ konstant zwischen rund 38 und 39 Prozent – weil auch die Gesamtzahl der Beschäftigten entsprechend angestiegen ist.

25 Die meisten Menschen sind mit ihrer derzeitigen Arbeitszeit zufrieden. Doch nach Zahlen des Arbeitsministeriums würden eine Million Beschäftigte gern ihre Arbeitszeit reduzieren. Zugleich gibt es 1,8 Millionen Teilzeitbeschäftigte, die lieber mehr arbeiten würden.

30 Dort setzt Heils « Brückenteilzeit » an. Sie soll nicht vorrangig Menschen aus der Teilzeitfalle holen, sondern verhindern, dass sie hineingeraten. Und sie soll auch Männer ermutigen, in Teilzeit zu gehen.

Denn das ist Realität : Einer Umfrage des Wissenschaftszentrums Berlin für Sozialforschung (WZB) zufolge arbeiten Väter mit Kindern unter 13 Jahren im Schnitt 42 Stunden pro Woche, die Mütter dagegen nur 24 Wochenstunden.

35 Deshalb sollen Arbeitnehmer, die mindestens sechs Monate in einer Firma arbeiten, künftig ihre Arbeitszeit für mindestens ein bis maximal fünf Jahre mit Rückkehrrecht reduzieren können. [...] Der Entwurf ist der schwierige Versuch, den Arbeitnehmerinteressen entgegenzukommen, über ihre Arbeitszeit in unterschiedlichen Lebensphasen selbst bestimmen zu können, und zugleich den Unternehmen Planungssicherheit zu geben.

40 Alles in allem sei das Gesetz ein « Schritt in die richtige Richtung », sagt die Soziologin Marieke Bünning, die am WZB zum Thema Elternschaft und Arbeitszeit forscht. Die Idee der Brückenteilzeit, wie sie im Entwurf steht, gehe jedoch « an den Bedürfnissen der meisten Frauen vorbei ».

45 Mütter beispielsweise brauchten mehr Flexibilität. Bünning hat mit einer Kollegin vor etwa zwei Jahren 800 Elternpaare mit Kindern unter 13 Jahren befragt, wie sich ein Rückkehrrecht aus der Teil- in die Vollzeit auf ihre Arbeitswünsche auswirken würde. « Frauen mit Kindern unter 13 wollen nur selten in Vollzeit arbeiten, sie wünschen sich aber oft eine Erhöhung ihrer Stundenzahl », sagt sie.

50 Das Ergebnis belegt einmal mehr, dass deutsche Familien ihr Leben immer noch nach dem alten Prinzip organisieren, wonach der Mann Vollzeit arbeitet und die Frau sich in erster Linie um die Familie kümmert – und dass auch Heils Gesetzesentwurf das nicht ändern wird.

55 Die Gründe sind zu vielfältig : Das **Ehegattensplitting** etwa wird Ehepaare weiterhin steuerlich belohnen, wenn einer sehr viel weniger verdient als der andere. Auch die gesellschaftlichen Vorstellungen davon, was einen Vater und eine Mutter ausmacht, wirken sich stark aus. Untersuchungen zufolge unterliegen Männer, die in Teilzeit arbeiten, einem hohen Rechtfertigungsdruck im Betrieb. Mütter mit Kleinkindern wiederum müssen sich oft verteidigen, wenn sie in Vollzeit arbeiten gehen.

Quelle : Der Spiegel, 21.04.2018

Wortschatz :

Ehegattensplitting : Methode, nach der die Einkommenssteuer eines Paares berechnet wird

Worte als Waffe

Beim Echo-Skandal geht es nicht um Kollegah, es geht um uns. Ein Kommentar.

VON
ANNETTE GROSSBONGARD

Der Spiegel, 21.4.2018

1 Nach dem Eklat bei der Echo-Preisverleihung gibt es kaum noch jemanden, der die prämierten Rap-Songs von Kollegah und Farid Bang öffentlich gutheißt. Selbst die Mitglieder des Beirats, die den Preis trotz Bedenken zuließen, verurteilen die Texte jetzt scharf.

5 Kulturratspräsident Christian Höpner nennt sie "widerlich", Musikratspräsident Martin Maria Krüger sagt, sie verletzten in "unerträglicher und abstoßender Weise" ethische Grundsätze. Warum haben sie dann der Preisvergabe zugestimmt? Die künstlerische Freiheit werde "nicht so wesentlich übertreten", hieß es, dass ein Ausschluss gerechtfertigt gewesen wäre.

Nicht so wesentlich?

10 Die Geschäftsordnung des Echo-Beirats enthält klare Hinweise, wann Inhalte gegen Normen verstoßen, etwa wenn sie "verrohend" wirken, zu "Verbrechen oder Rassenhass anreizen", Gewalt "heroisieren", Menschen, denen Leid angetan wurde, "in einer die Menschenwürde verletzenden Weise verunglimpfen". All das findet sich in den Texten von Kollegah und Farid Bang.

15 Die Songs sind frauenverachtend, homophob, fremdenfeindlich und gewaltverherrlichend. «Mache wieder mal 'nen Holocaust», rappt Kollegah, er verwendet immer wieder antisemitische Stereotype. Fast jedes Wort ist eine Waffe. Ausländer sind Syrer, die vergewaltigen, dem Sänger Mark Forster will er «die Darmflora per Schlagbohrer» zerstören, andere werden mit der Kalaschnikov «massakriert». Früher schon beschwor er die

20 Apokalypse, im Garten Eden leben nach dem Endkampf nur Buddhisten, Christen und Muslime – keine Juden.

Nicht die Freiheit der Kunst muss hier geschützt werden, sondern die Grundwerte der Toleranz und der Menschenwürde. Verhandelt wurde ja nicht ein Verbot, sondern eine Wertung: nicht preiswürdig. Vielleicht ist das auch gar keine Kunst, sondern Hate Speech,

25 verpackt in Rap? Mann kann die Freiheit der Kunst verteidigen und doch sagen: so nicht. [...]

Die Freiheit der Kunst ist ein hohes Gut, deshalb darf sie nicht als Ausrede für fehlenden Mut missbraucht werden. Er lehne jede Art von Antisemitismus, Gewaltverherrlichung, Frauenverachtung, Fremdenfeindlichkeit und Homophobie ab, behauptet der Echo-Veranstalter, der Bundesverband Musikindustrie. Und warum ist er dann nicht dafür

30 eingestanden, als es ernst wurde?

Man muss gar nicht den Aufstand der Anständigen bemühen, wie Gerhard Schröder im Jahr 2000 nach dem Angriff auf die Synagoge in Düsseldorf. Es geht alle an – in einer Zeit eskalierender Rhetorik, in der Hass geschürt wird gegen Juden und Ausländer, gegen Politiker und Repräsentanten des Staates. Mehr als 70 Jahre nach dem Ende des Nationalsozialismus ist Jude in Deutschland unter Jugendlichen wieder zum Schimpfwort geworden, wird Juden geraten, nicht mit Kippa auf die Strasse zu gehen. Am Dienstag wurde ein Kippa tragender Israeli geschlagen. Dass der Angreifer Arabisch sprach, ist keine Entlastung. Wir reden zu

Recht über importierten muslimischen Antisemitismus, aber was ist mit dem deutschen? Es ist erschreckend, dass wir einen Antisemitismusbeauftragten brauchen.

40 Warum müssen eigentlich immer erst der Zentralrat der Juden, das Auschwitz-Komitee oder Frau Knobloch protestieren? Mitunter, so scheint es, fürchten wir den Antisemitismusvorwurf mehr als den Antisemitismus. Ist dieser oder jener wirklich ein Antisemit?, heisst es dann. Aber wie blind muss man sein, um nicht zu sehen, dass der Hohn über KZ-Häftlinge den Judenhass nährt.

45 Ohne die « Auschwitz-Insassen » wären sie vermutlich davon gekommen, der Echo, Kollegah und Farid Bang. Keiner hat aufgeschrien, dass trotz #Me Too Songs ausgezeichnet wurden, in denen Frauen nur « Fotzen » und « Nutten » sind, die « gefickt » werden müssen. Im Echo-Beirat sitzen Vertreter der Kirchen, des deutschen Kulturrats, des Musikrats, ein langjähriger CDU-Bundestagsabgeordneter und ein Pädagoge, Lehrer an einem Gymnasium in Hannover.

50 Was lehrt er seine Schüler? Nur die Katholikin hatte den Mumm, gegen die Verleihung zu stimmen.

Der Chef des Bundesverbands Musikindustrie hat den Echo für Kollegah und Farid Bang nun als Fehler bezeichnet und sich entschuldigt – bei Charlotte Knobloch, der früheren Zentralratspräsidentin. Zwei Beiratsmitglieder, Höppner und Krüger sind zurückgetreten.

55 Auch die anderen sollten mutigen Demokraten Platz machen – für den Fall, dass der Echo eine Zukunft hat.



Warum Merkel auf Frauen setzt

In der CDU haben Frauen die Männer abgehängt. Dahinter steckt kein feministisches Programm, sondern genau jenes Prinzip, das über Jahrhunderte die Herrschaft von Männern zementiert hat: Machterhalt. Von Christiane Hoffmann

[...] Zu Beginn von Merkels vierter Amtszeit ist die deutsche Spitzenpolitik so weiblich wie nie zuvor in der Geschichte der Nation. Noch nie hatten Frauen so viel Macht, gab es so viele Frauen an der Spitze von Parteien, Fraktionen und Ministerien.

5 Was zuallererst auffällt: wie wenig es Thema ist. [...] Dabei ist es überhaupt nicht selbstverständlich. [...] Anderswo in Europa krepeln gerade forsche junge Männer das Parteiensystem um, in Frankreich, Österreich, Italien, die deutsche Kanzlerin setzt dagegen zuallererst auf Frauen. Sie besetzte drei von sechs CDU-Ministerposten mit Frauen, dazu sind drei von vier Staatsministern im Kanzleramt weiblich. Und sie holte als Generalsekretärin
10 eine zweite Frau an die Spitze der CDU. Für ihre Nachfolge stehen damit, Stand jetzt, zwei Frauen in der besten Ausgangsposition: Annegret Kramp-Karrenbauer und Parteivizin Ursula von der Leyen. In der einstmals konservativen Volkspartei CDU haben Frauen die Männer schlicht abgehängt.

15 [...] Jetzt, da das Ende der Amtszeit der ersten deutschen Kanzlerin absehbar ist, zeigt sich, dass etwas Grundsätzliches passiert ist. Merkels Kanzlerschaft hat das Verhältnis der Geschlechter in der Politik verändert, mehr vielleicht als Feminismus und Frauenquoten. [...] Dahinter stand kein frauenpolitisches Programm. Merkel wollte ja nie Frauenpolitikerin sein, sie hielt sich von der traditionellen feministischen Gleichstellungsdebatte fern [...].

20 Darum ging es Angela Merkel nicht. Wie so oft, wie eigentlich fast immer, ging es ihr um Macht. So ist es auch jetzt wieder, und deshalb ist es kein Zufall, dass Merkel gerade jetzt immer mehr auf Frauen setzt, da sie das Ende ihrer Macht vorbereitet [...]. Für Merkel geht es in ihrer vierten Kanzlerschaft um ihren Nachruhm. [...] Merkel braucht Nachfolger, die ihr Erbe bewahren, ihren Modernisierungskurs in der Union fortsetzen und die Fehler ihrer Flüchtlingspolitik nicht an den Pranger stellen, sie muss jetzt die Pflöcke einschlagen für die
25 Zukunft des Merkelismus. Und sie braucht Loyalität bis zum Schluss. Und die traut sie offenbar am ehesten Frauen zu, das ist der wahre Grund für Merkels Matriarchat. [...]

30 Merkel definierte neu und anders, was gute Politik ist, sie merkelisierte die Politik – und öffnete damit den Frauen die Tür. [...] Merkel tat, was man bisher vor allem männlichen Chefs nachgesagt hatte: Sie förderte Politiker ihres eigenen Typs, Politiker, die ähnlich ticken wie sie selbst, mit ähnlichen Eigenschaften: No-Bullshit-Typen, pragmatisch und rational, uneitel, diszipliniert, auf die Sache fokussiert [...]. Die Politik wurde merkelesk, manche sagen, das machte sie weiblicher. [...] In den neuen Machtstrukturen müssen Frauen nicht mehr sein wie Männer, um Erfolg zu haben, eher umgekehrt. Tendenziell gelten nun Frauen
35 als die besseren Politiker, die geschickter, weniger konfrontativ, zielführender mit Macht und Verantwortung umgehen. Die Weltgeschichte kam Merkel zu Hilfe: Von Wladimir Putin über Recep Tayyip Erdogan bis zu Donald Trump lieferte sie Männer, die mit ihrem Gemisch aus Egomane, Ehrpusseligkeit und unbedingtem Machtanspruch die Welt in Brand zu setzen drohen.

20.03.2018

<http://www.spiegel.de/spiegel/warum-angela-merkel-vor-allem-auf-frauen-setzt-a-1198773.html>

DER SPIEGEL

Ökonomie vor Ökologie

Aus Angst vor der AfD erklärt die Große Koalition die Umweltpolitik zum Randthema. Maßnahmen gegen den Klimawandel werden vertagt, die Autokonzerne geschont.

5 Es ist nicht viel, was die ausgeschiedene Bundesumweltministerin Barbara Hendricks ihrer Nachfolgerin hinterlässt. Zwei Bücher, aufgestellt in einem Regal des ansonsten leer geräumten Chefszimmers. Sie habe die beiden Werke "ganz bewusst stehen gelassen", sagt sie, als sie die neue Ressortchefin Svenja Schulze vergangene Woche erstmals durch ihr Amt führt. Von der "Botschaft der Biene" kündigt das eine, "Radschnellwege in Nordrhein-Westfalen" heißt das andere, und es ist offensichtlich, dass Hendricks ihrer Nachfolgerin noch einmal vor Augen führen will, wie schwer es ist, gleichzeitig Politik für die Umwelt und Politik für Rhein und Ruhr zu machen.

10 Doch die studierte Politologin, die Wissenschaftsministerin in Düsseldorf gewesen ist, weiß das längst. "Umwelt und Arbeit darf man nicht gegeneinander ausspielen", sagte Schulze beim Abschiedszeremoniell. "Das nehmen einem die Leute übel."

15 Nicht nur deshalb steht die Umweltministerin im neuen Bundeskabinett vor einer besonders schwierigen Mission. Die Genossin aus dem Kohleland NRW soll den Umwelt- und Klimaschutz vorantreiben, obwohl die beiden Koalitionsparteien das Thema in ihrem dritten Regierungsbündnis des neuen Jahrtausends erkennbar hintanstellen wollen.

20 Die "Große Koalition für die kleinen Leute" (CSU-Chef Horst Seehofer) will die Integration Europas vorantreiben, den Sozialstaat ausbauen und – vor allem: der AfD das Wasser abgraben. Das Menschheitsthema Erderwärmung? Steht gerade nicht im Vordergrund.

25 Schon der Koalitionsvertrag war für viele Umweltexperten ein "Dokument der Mutlosigkeit", weil er die gültigen Klimaziele aufgab und den Kohleausstieg auf unbestimmte Zeit verschob. Nun bereiten die schwarz-roten Minister ihre ersten Maßnahmen vor, und die folgen ganz derselben Linie: Im Dieselstreit will die Regierung die Autokonzerne vor neuen Lasten bewahren und Fahrverbote um jeden Preis vermeiden. Und bei der Energiewende ist Deutschland offenbar bereit, seine Vorreiterrolle an Frankreich abzutreten.

30 Dabei ist es noch gar nicht lange her, dass Sozial- wie Christdemokraten auf das Wohlwollen der Wähler hoffen durften, wenn sie sich als entschlossene Klimaretter gaben. Doch seit die Bürger durch Flüchtlingskrise und digitale Revolution zutiefst verunsichert sind und sich ganze Regionen von der Wohlstandsentwicklung abgekoppelt fühlen, gilt der Kampf gegen den Treibhauseffekt als Nischenthema. Ökonomie rangiert in der neuen Regierung wieder klar vor Ökologie [...].

35 Dahinter steht eine veränderte Strategie der Union. Vorbei sind die Zeiten, als die CDU mit grünen Themen bei jungen umweltbewegten Akademikern in den Großstädten punkten wollte. Nun zielen die Christdemokraten wieder auf jene traditionelle Mittelschicht auf dem Land, die sich häufig als Verlierer der Energiewende sieht: Mit dem nächsten Windpark in Sichtweite und dem Geländewagen in der Garage fehlt vielen Bürgern das Verständnis, dass sie nun auch noch Geld für eine neue Heizung oder die Wärmedämmung ihres Eigenheims aufbringen sollen. Irgendwann muss mal Schluss sein, heißt die neue Losung in der Union.
40 [...]

Eine bittere Pointe

Vor zehn Monaten noch sah es so aus, als hätten die Österreicher Europa vor den Populisten gerettet. Die Wahl des Grünen Alexander van der Bellen zum Bundespräsidenten und die Niederlage der FPÖ galten als Signal: Der Vormarsch der radikalen Rechten ist nicht unaufhaltsam. Und nun? Könnte es sein, dass ausgerechnet van der Bellen seinen damaligen Konkurrenten, den FPÖ-Politiker Norbert Hofer, demnächst als Minister oder gar als Vizekanzler vereidigen muss? Was für eine bittere Pointe.

Keine Frage, der Ausgang der österreichischen Parlamentswahl ist ein Triumph für die Populisten – und ein Rückschlag für die liberalen, weltoffenen Kräfte in Europa. Die FPÖ erzielte mit 27,4 Prozent ihr bislang bestes Ergebnis, sehr wahrscheinlich wird sie demnächst in Wien mitregieren [...]. Wie konnte es so weit kommen? Österreich ist wirtschaftlich erfolgreich, die Arbeitslosigkeit mit knapp sechs Prozent gering, der Sozialstaat gehört noch immer zu den am besten ausgestatteten in Europa. Und trotzdem ist das Land in den vergangenen Jahren immer weiter nach rechts gerückt, nicht erst seit dem Beginn der Flüchtlingskrise.

Die erste Lehre, die diese Wahl für den Rest Europas bereithält, lautet: Je schwächer die Gegenwehr, desto stärker werden die Populisten. Österreich lebt seit drei Jahrzehnten mit der FPÖ, Jörg Haider hatte sie damals groß gemacht [...]. Vor 17 Jahren, als die FPÖ in Österreich schon einmal mitregierte, war die Empörung groß. Hunderttausende demonstrierten gegen den politischen Tabubruch; die anderen EU-Länder froren ihre diplomatischen Beziehungen zu Wien vorübergehend ein.

Heute ist die FPÖ ein integraler Bestandteil des politischen Systems, an die Stelle von Empörung ist Gewöhnung getreten [...]. Selbst die österreichischen Sozialdemokraten, lange Zeit ein Bollwerk gegen die Rechtsaußen, haben ihren Widerstand zuletzt aufgegeben. Im Burgenland regieren die "Roten" (SPÖ) mit den "Blauen" (FPÖ) [...]. Nun sind die Sozialdemokraten auf dem dritten Platz hinter die FPÖ zurückgefallen.

Rechtspopulisten kann man nicht schlagen, indem man immer weiter nach rechts rückt – das ist die zweite und wichtigste Erkenntnis. Sie führt zu Sebastian Kurz, dem voraussichtlich künftigen Bundeskanzler. Dem 31-Jährigen Chef der österreichischen Konservativen ist es gelungen, den Überdruss an der seit zehn Jahren regierenden großen Koalition auf seine Mühle zu lenken, obwohl er dieser Regierung selbst seit sieben Jahre angehört; erst war er Staatssekretär, dann Außenminister. Doch Kurz hat nicht nur "Veränderung" versprochen, er ist auch der FPÖ weit entgegengekommen. Von den Populisten hat er den Schimpf auf "das System", die Abwehr von Flüchtlingen, generell das Misstrauen gegenüber Ausländern übernommen [...].

Für die Europäische Union wird der Umgang mit Österreich nach der Wahl nicht einfacher werden. Die FPÖ will Teile des österreichischen Arbeitsmarkts für EU-Ausländer schließen; sie will dauerhafte Grenzkontrollen einführen und aus dem Europäischen Stabilitätsmechanismus (ESM) aussteigen [...].

Quelle: Zeit.de, 16.10.2017

Deutschland und Israel - "Besondere" Beziehungen?

5 Seit den frühen 1980er-Jahren und erst recht seit der Wiedervereinigung zählt Israel in den Köpfen und Herzen der Bundesdeutschen zu den drei unbeliebtesten Staaten weltweit. Die Gesellschaft in diesem Trio wechselt: Iran, Nord-Korea, Gaddafis Libyen, das Südafrika der Apartheid. Aber Israel gehört dauerhaft dazu. Warum ist das so? Weil die empirisch nachweisbare Mehrheit der Deutschen in ihrem moralischen Überlegenheitsgefühl Israel gegenüber keine Scham (mehr) empfindet? Im Gegenteil. Israel wird darüber belehrt, was und wie politische Moral eigentlich sei.

10 Die Personifizierung des politisch-moralischen Deutschlehrers war Sigmar Gabriel als Außenminister. Aber schon Bundeskanzler Helmut Schmidt nannte Israel im Herbst 1980 eine Gefahr für den Weltfrieden. Innerparteilich derart geprägt mied Gerhard Schröder in seiner Regierungszeit wo er nur konnte den Dialog mit Israels Regierung.

15 Noch weniger als die FDP und ihre Anhänger zählen die Mandatsträger der Linkspartei zu den besonderen Israelfreunden. Und eine Legende ist zweifellos, dass es in der AfD keine Antisemiten gäbe. Tatsache ist jedoch auch, dass giftige Israel-Kritik und moralischer Dünkel eher von einem CDU-Altlinken wie beispielsweise dem langjährigen Arbeitsminister Norbert Blüm kommen, als aus der ganz rechten Ecke.

Ganz anders - und ebenfalls repräsentativ durch Umfragen seit Jahrzehnten erhärtet - ist das Deutschland-Bild der meisten Israelis. Nach den USA ist Deutschland im Jüdischen Staat das zweitbeliebteste Land. Die Popularität Angela Merkels übertraf beispielsweise die Barack Obamas um ein Vielfaches.

20 Etwa 30.000 Israelis leben in Deutschland, davon rund 20.000 in Berlin. Für sie ist Deutschlands Hauptstadt zwar nicht das himmlische Jerusalem, aber sie ziehen Berlin dem irdischen Jerusalem vor und errichten hier - symbolisch überspitzt - den Dritten Tempel, indem sie hoffen, hier (und nicht in Nahost) Frieden mit den Palästinensern stiften [...]. Ob dieses irdische Nahost-Scheinparadies in Berlin Bestand hat, darf bezweifelt werden. "Juden ins Gas!" brüllten während des Dritten Gaza-Krieges im Juli 2014 muslimische Fanatiker und ihre meist linken deutschen Gesinnungsfreunde in Berlin. Überhaupt ist muslimische Gewalt gegen Diaspora-Juden und Israelis "besonders" in Berlin längst Alltagsphänomen.

30 Dass vor allem Israel die nehmende und Deutschland die gebende Seite wäre, gehört ebenfalls zu den "besonderen" deutsch-israelischen Legenden. Sie wird durch Tatsachen der 1950er-Jahre genährt: Denn unbestreitbar hat das 1952 von der Adenauer-Regierung geschlossene Wiedergutmachungsabkommen Israels wirtschaftliches Überleben ermöglicht. Doch im Kalten Krieg profitierten Bundesrepublik und NATO von Israels Erfahrungen mit sowjetischen Waffen, die in Kämpfen mit arabischen Staaten und Palästinensern entweder unschädlich gemacht oder erbeutet wurden. Heute wäre die Bundeswehr ohne israelische Drohnen noch weniger einsatzfähig, und in der Terrorprävention und -reaktion ist israelische Hilfe nahezu unverzichtbar. Unverzichtbar ist darüber hinaus nicht nur für die deutsche Wirtschaft israelisches IT-Wissen. Ein Beispiel von 35 vielen: Jeder deutsche Produzent kooperiert mit israelischen Firmen bei der Entwicklung der Autos von morgen.

Quelle : Deutsche Welle – Kommentar, 18.04.2018

Kommentar: Entspannung, die zu viel kostet

Der Bundesaußenminister empfängt seinen türkischen Kollegen und in den Fall Yücel kommt Bewegung. Die Türkei scheint ihren Konfrontationskurs aufzugeben - aber der Preis dafür ist hoch. Zu hoch, meint Rupert Wiederwald.

5 Man werde alles tun, um das deutsch-türkische Verhältnis zu verbessern. Das sagte Deutschlands Außenminister Sigmar Gabriel nach dem Treffen mit seinem türkischen Kollegen Mevlüt Cavusoglu in Goslar. Was genau "alles" sein kann, dazu sagte Gabriel zwar nichts, allerdings gibt es deutliche Anzeichen. Zum Beispiel ein Interview im deutschen Nachrichtenmagazin "Der Spiegel". Darin verknüpft er derzeit gestoppte Rüstungsexporte an die Türkei mit dem Fall des inhaftierten Journalisten Deniz Yücel. Das wäre in der Tat ein
10 zynisches Geschäft und ein schädliches dazu.

Der Deal schwächt genau die Position, die Deutschland sich durch eine fein ausbalancierte Politik aus klarer Kante und diplomatischer Behutsamkeit gegenüber der Türkei in den vergangenen Monaten aufgebaut hat. Deutschland hat dafür gesorgt, dass die von der Türkei so gewünschte Zollunion mit der EU zurzeit auf Eis liegt.

15 Das hat die Türkei empfindlich getroffen und bewirkt mehr als starke Worte in der Öffentlichkeit. Gleiches gilt für mehrere Rüstungsprojekte, die gestoppt wurden.

Ausgerechnet das Schicksal des deutsch-türkischen Journalisten an erneute Waffenexporte zu knüpfen, ist zynisch, da gerade Deniz Yücel immer wieder kritisch über die türkischen Sicherheitskräfte und deren Vorgehen in den kurdischen Gebieten berichtet hatte. Seine
20 Freilassung mit der Aufrüstung eben dieser Kräfte zu erreichen, ist kaum zu erklären.

Schädlich ist das Vorgehen, da es Deutschland gegenüber der Türkei und anderen autoritär agierenden Staaten ungläubwürdig macht. Freiheitsrechte sind unverhandelbar und dürfen nicht zum Preis einiger Panzer eingelöst werden. Andernfalls macht sich ein Land, das international gerne die Grundrechte predigt, erpressbar. Und seine Bürger laufen in Gefahr,
25 bei diplomatischen Konflikten zu Geiseln zu werden, die mit Gewehren, Panzern und Raketen aufgewogen werden.

Gabriel selbst weist solch einen Zusammenhang zurück - doch der schädliche Eindruck ist bereits entstanden. Dabei zeigte der sorgfältig aufgebaute Druck auf die Türkei gerade Wirkung. Präsident Recep Tayyip Erdogan und seine Regierung schlugen auf einmal
30 versöhnliche Töne an. Denn in Ankara wächst die Einsicht, dass viele der wirtschaftlichen Probleme besser mit der Europäischen Union zu lösen sind als mit Russland oder China. Diesen Hebel für eine Verbesserung der Menschenrechtssituation zu nutzen, war der richtige Weg. Stattdessen bekommt die Türkei ohne Not den Eindruck, dass auch in Deutschland Rechte verhandelbar sind. Das kann nicht das Ziel deutscher Außenpolitik sein.

Quelle : *Deutsche Welle*, 06.01.2018